

Vorbereitungskreis des Gesprächskreises Rechts (Hrsg.)

# **AUTORITÄRER SOG**

GEFÄHRLICHE VERÄNDERUNGEN  
DER GESELLSCHAFT

30

Autoritärer Sog  
Gefährliche Veränderungen der Gesellschaft

Vorbereitungskreis des Gesprächskreises Rechts (Hrsg.)

**AUTORITÄRER SOG**

**GEFÄHRLICHE VERÄNDERUNGEN  
DER GESELLSCHAFT**

## **IMPRESSUM**

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben  
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Oktober 2021  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

# INHALT

<b>Vorwort</b>	7
<b>Chronologie des Gesprächskreises Rechts 2010–2021</b>	18
Michael Nattke <b>Eine Bürgergesellschaft von rechts</b>	24
«Selbstverharmlosung» durch biedere Vereinsmeierei	
Arbeitskreis Anastasia <b>Die Anastasia-Bewegung</b>	40
Ideologie und Akteur*innen einer rechtsextremen Siedlungsbewegung	
Peter Bierl <b>Die Neuformierung des Ökofaschismus</b>	50
Sonja Brasch <b>«Rassismus und nazistische Ideologie werden nicht durch Gerichtsurteile bekämpft»</b>	65
Eine Abrechnung	
Ellena Bologna und Enrique van Uffelen <b>Über ideologische Bindungen an den Islamismus</b>	78
Materialistisch-feministische Perspektiven auf den Fall einer IS-Rückkehrerin	

Errol Babacan	
<b>Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB)</b>	<b>93</b>
Agentin des türkisch-sunnitischen Nationalismus in Deutschland	
Julika Bürgin	
<b>Bildungsauftrag Extremismusbekämpfung</b>	<b>102</b>
Nils Schuhmacher	
<b>Rechter Kulturkampf und Extremismusprävention</b>	<b>112</b>
Oder: Zwei Seiten welcher Medaille?	
<b>Die Autor*innen und Herausgeber*innen</b>	<b>123</b>

## **VORWORT**

### **«Der Gesprächskreis Rechts ist ein Antidepressivum»**

Die zurückliegenden Jahre waren weltweit von einem Erstarren der antiliberalen, autoritären und extremen Rechten geprägt. Dies gilt auch für die Entwicklung in der Bundesrepublik: der Aufstieg und die Verstärkung der AfD als völkisch-nationalistische Partei und ihr (Wieder-)Einzug in sämtliche Landesparlamente und den Deutschen Bundestag; rechte Terroranschläge, deren Täter international gut vernetzt sind und die ihre Taten per Livestream ins weltweite Netz speisen; und zuletzt das Auftauchen einer rechtsaffinen bis offen rechten Anti-Establishment-Bewegung, die sich im Zuge der Coronapandemie zusammenfand. Der globale autoritäre Sog, der Anfang Januar 2021 in den USA mit dem Sturm eines rechten Mobs auf das Kapitol einen bedrohlichen Höhepunkt fand, ist eine Dynamik, die westliche Demokratien ebenso wie viele andere, teils vorher schon instabile Staaten weltweit in Schieflage bringt.

Sinn und Ziel des Gesprächskreises Rechts (GK Rechts) der Rosa-Luxemburg-Stiftung war und ist es, all diese Entwicklungen in den Blick zu nehmen und in geschütztem Rahmen unsere Analysen, Gedanken, Fragen und auch Unsicherheiten in Bezug auf die Themen zu diskutieren. Der Gesprächsstoff ist dabei in den vergangenen zwölf Jahren wahrlich nicht weniger geworden. Allerdings sind auch wir nicht weniger geworden, sondern von Gesprächskreis zu Gesprächskreis kamen immer mehr Interessierte hinzu. Viele Teilnehmer\*innen reisten regelmäßig für den Gesprächskreis quer durch die Republik, für andere blieb es bei einzelnen Gesprächskreisen – und man traf sich später an unerwarteter Stelle wieder. In den vergangenen zwei Jahren fanden die Gesprächskreise pandemiebedingt überwiegend «hybrid» oder gänzlich online statt: Das veränderte zwar den Charakter der Zusammenkünfte, ermöglichte aber einer noch größeren Zahl von Interessierten, an den Veranstaltungen teilzunehmen.

Die vorliegende Publikation dokumentiert Beiträge aus insgesamt vier Gesprächskreisen der letzten zwei Jahre; als Organisationskomitee wollen wir außerdem die

Gelegenheit nutzen, auf die letzten zwölf Jahre des Gesprächskreises Rechts zurückzublicken. Viel ist passiert, seitdem Fritz Burschel, ehemaliger Referent der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit, im März 2010 zum ersten Gesprächskreis Rechts nach Duisburg einlud. So beschäftigten wir uns zu Beginn der Gesprächskreise mit der Extremismusklausel, durch die zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen rechts die Arbeit erschwert wurde, und es drängte viele in der Not der Lage, sich in einem solidarischen Raum hierzu auszutauschen. Das Thema begleitete uns die Jahre hindurch: Denn auch wenn die Diskussionen um die vom Bund geforderte Extremismusklausel irgendwann verebbten, bleibt das Denken in an den Rändern der Gesellschaft verorteten Extremismen eines, das die Analyse der extremen Rechten, die Bildungsarbeit und nicht zuletzt antifaschistisches Handeln massiv einschränkt. Unter anderem im ersten GK (1/2010) in Duisburg wie auch (digital) im Juni 2021 (GK 1/2021) gab es hierzu Beiträge. Der Blick auf vermeintlich extreme Ränder macht blind für den Rassismus und die Menschenverachtung der selbst ernannten Mitte, die sich nicht erst seit der Gründung und dem Erstarken der AfD immer offener artikuliert. Einen wichtigen radikalisierenden Faktor bildeten die Veröffentlichungen Thilo Sarrazins, die quasi die Tür Richtung «Salonfaschismus» (GK 1/2011) geöffnet haben: «Man wird ja wohl noch sagen dürfen» wurde zur geflügelten Wendung dafür – und entsprechende Taten folgten prompt.

Besonders mitgenommen haben uns die Ereignisse, die auf den Sommer der Migration 2015 folgten: Die zahlreichen rassistischen Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten in den Jahren danach waren in ihrer gewalttätigen und letztlich mörderischen Dimension unerträglich. Die gezielte Instrumentalisierung der Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2016 machte uns als Beobachter\*innen fassungslos – und wir nutzten den Gesprächskreis zur zeitnahen Analyse der Vorfälle. Im Gesprächskreis im April 2016 in Göttingen thematisierten wir demnach sowohl die Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten als auch die Debatten rund um Köln und versuchten gemeinsam, unsere Gedanken dazu zu sortieren. In einer direkten Linie zu den Ereignissen im Jahr 2015 steht der Fall Franco A. Der ehemalige Bundeswehrosoldat wollte unter *false flag* und als Asylsuchender getarnt terroristische Anschläge verüben, um damit eine Reaktionskette bis zu rassistischen Gegenreaktionen und einem Bürgerkrieg auszulösen – der Prozess gegen ihn begann im Jahr 2021 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main.

Apropos Strafverfahren: Die Zahl der bekannt gewordenen Ermittlungen und der laufenden, zurückliegenden und noch anstehenden Strafprozesse zu rechtem Terrorismus ist kaum mehr zu überblicken. Die vielen Verhandlungen beginnen, antifaschistische Prozessbeobachtungsgruppen im ganzen Land an den Rand ihrer Kapazitäten zu bringen. Über fünfeinhalb Jahre hinweg berichteten unabhängige Prozessbeobachter\*innen aus dem Münchner Gerichtssaal über das Verfahren gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) (GK 1/2012; 1/2013) – und mach-



ten öffentlich, was sonst in dieser Detaildichte hinter verschlossenen Gerichtstüren geblieben wäre. Die Protokolle von NSU-Watch geben Einblick in das Entstehen und Funktionieren des NSU-Komplexes, der mit dem Urteil vom Sommer 2018 alles andere als aufgeklärt ist (GK 2/2017). Zuletzt waren es der Strafprozess gegen den Attentäter von Halle, der im Oktober 2019 versucht hatte, ein Blutbad in der dortigen Synagoge anzurichten, und – nachdem das Vorhaben gescheitert war – zwei Menschen tötete, die zufällig seinen Weg kreuzten, sowie das Verfahren wegen des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) im Juni 2019, die unsere Aufmerksamkeit erforderten. Dazu gehört auch die Verhandlung vor dem Landgericht Berlin im Jahr 2020 gegen einen Mann, der seit 2018 gewaltvolle Drohmails an vor allem prominente Frauen geschickt und mit Bombenanschlägen auf öffentliche Gebäude gedroht hatte.

Damit erscheint ein (gar nicht mehr so) neuer Tätertyp auf der Bildfläche, der zwar allein in tödliche Aktion tritt, aber kein Einzeltäter ist. Im stillen Kämmerlein, oft in der elterlichen Wohnung, ist er mit einer hasserfüllten internationalen Online-Community im Austausch, die die Motive Nazismus, Rassismus, Antisemitismus und offene Frauenverachtung teilt. Die Ablehnung emanzipatorischer Gleichstellungspolitiken vonseiten der antiliberalen, autoritären und extremen Rechten beschäftigt den GK schon länger (GK 2/2014); jüngst erweiterten wir die Perspektive um das im deutschen Kontext noch junge Phänomen der sogenannten Incel-Bewegung<sup>1</sup> und um die Dimensionen frauenfeindlicher Gewalt (GK 1/2021).

In die Zeit der Gesprächskreise fällt auch die Gründung der AfD – und die damit einhergehende völkisch-nationalistische Mobilisierung neuer Gruppen (GK 2/2016; 1/2017; 2/2019). Immer wieder fragten wir uns: Sind das wirklich «neue» Kreise? Oder ist doch alles beim Alten geblieben? Handelt es sich bei vielen «lebensälteren» Teilnehmer\*innen der rassistischen Straßenproteste vielleicht um jene Neonazis, die Anfang der 1990er-Jahre Unterkünfte vormaliger Gast- bzw. Vertragsarbeiter\*innen angriffen und den Druck auf der Straße zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993 lieferten (GK 1/2015)? Ist das laute Auftreten von AfD & Co tatsächlich Ausdruck einer stärker gewordenen Rechten? Oder war diese zuvor in Parteien wie CDU und FDP integriert? Jenseits davon, dass die AfD in kommunalen, Landes- und Bundesparlamenten vertreten ist und nicht allen demokratischen Parteien die Abgrenzung gelingt [#Thüringen], interessiert uns stets ihr (vor-)politisches Umfeld: jene «besorgten Bürger», die sich in Initiativen, «Wichtelläufen» und den «-gidas» dieser Republik zusammmentun und das völkische Grundrauschen im Hintergrund der AfD-Wahlkämpfe stellen. Wie ist diese neue rechte Mischszene zusammengesetzt, was eint sie inhaltlich? Und welche Rolle spielen verschiedene Netzwerke, Medienprojekte und insbesondere die selbst ernannte «Neue Rechte» um das Anwesen von

1 Incel ist eine Zusammensetzung aus den englischen Wörtern *involuntary* (dt. unfreiwillig) und *celibate* (dt. zölibatär).

Götz Kubitschek im sachsen-anhaltischen Schnellroda, deren Protagonist\*innen sich zwischenzeitlich als eine Art Bewegungsarchitekt\*innen aufzuspielen suchten? Manch eine Gruppierung konnten wir in den vergangenen zwölf Jahren kommen und wieder gehen sehen: Verwiesen sei an der Stelle auf die mit viel medial gezollter Aufmerksamkeit aufgekommene Identitäre Bewegung (GK 2/2016; 1/2018) und ihr aktueller Fall in die Bedeutungslosigkeit.

Dagegen sind mit der Coronapandemie die diffus «besorgten Bürger» nicht weniger geworden. So schwoll ab Frühjahr 2020 der Protest gegen die Regierungspolitik bei sogenannten Hygiene-Demos stetig an. Als im Herbst vergangenen Jahres der zweite Lockdown absehbar war, gingen Zehntausende bundesweit bei den sogenannten Querdenker-Protesten auf die Straße. Die laut werdende Kritik an den herrschenden Verhältnissen, eine sehr weitgehende Delegitimierung staatlichen Handelns und damit eine ernst zu nehmende Spaltung der Gesellschaft hatten und haben jedoch keineswegs radikaldemokratischen, linken, klassenkämpferischen oder emanzipatorischen Charakter, sondern sind gegenwärtig getragen von geradezu grotesken Grundannahmen, Falschmeldungen und altbekannten Verschwörungsideologien. Wesentliche Bestandteile auch hier: Antisemitismus, Antifeminismus, Wissenschaftsfeindlichkeit und Antirationalismus, Rassismus und Nationalismus, aber auch der gute alte Antikommunismus westdeutscher Prägung.

Bemerkenswert und kennzeichnend für die Einschätzung der neuen rechten Bewegungen von «besorgten Bürgern» und «Querdenkern» ist eine Melange aus ideologischen, politischen und assoziativen Versatzstücken, die hier scheinbar beliebig zusammengeschraubt werden. Rhetorisch formulieren «Querdenker» eine fundamentale Kritik am Istzustand, die hoch anschlussfähig für unterschiedliche und inkonsistente politische Vorstellungen ist, aber eben auch für völkisch-nationalistische Argumentationen. Die benutzten Symbole und Figuren, von der Reichskriegsflagge über «Judensterne» mit der Aufschrift «ungeimpft» bis hin zu den Ikonen Anne Frank, Sophie Scholl, Ernesto Che Guevara und Mahatma Gandhi, erlauben es vielen, sich guten Glaubens den Protesten anzuschließen, und erschweren es den «Ungeübten», aber auch durchaus den Geübten, die Sache stichhaltig zu beurteilen. Unsere Einschätzungen zu Pegida, Querdenken & Co tauschten wir dagegen viele Male im GK aus.

Es bleiben hier viele Themen ungenannt, die wir im GK Rechts in den letzten Jahren ausführlich analysiert haben: extrem rechte Kräfte in den Sicherheitsbehörden; parlamentarische Untersuchungsausschüsse und Aufklärungsbemühungen zum NSU und zu anderen Fragen staatlichen Versagens und geheimdienstlicher Verstrickung (GK 1/2013); Neonazis und Rassismus in der DDR (GK 2/2010) und ostdeutsche Spezifika heute (GK 2/2018; 1/2020); Geschichte rechten Terrors in der BRD (GK 1/2012); internationale Vernetzung der extremen Rechten (GK 1/2014; 1/2018; 2/2018); rechte Kleinstparteien, Reichsbürger & Co (GK 2/2015); Digitalisierung rechter Protest- und Hasskultur(en) (GK 1/2019).

Dieser Band erscheint in einer Reihe von Veröffentlichungen des GK Rechts der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bereits erschienen sind «Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror» und «Autoritäre Formierung. Der Durchmarsch von rechts geht weiter». Enthalten sind Beiträge aus den zurückliegenden vier Gesprächskreisen: In Magdeburg kamen wir noch in persona am 23. November 2019 zusammen, die beiden folgenden Gesprächskreise waren dann schon pandemiebedingt digital und wurden am 6. Juni 2020 aus dem Aquarium am Kotti in Berlin und am 28. November aus dem Jugendclub Horte in Strausberg geschaltet. Am 12. Juni 2021 kamen wir zu einem dritten digitalen GK Rechts zusammen.

In Magdeburg beschäftigten wir uns unter anderem mit den Auswirkungen rechter und völkischer Politiken auf kommunaler und Landesebene und im Bereich von Soziokultur, Jugendhilfe und Vereinswesen. Dazu veröffentlichen wir in diesem Band einen profunden, erweiterten Text von Michael Nattke vom Kulturbüro Sachsen, der einen Einblick in die «Bürgergesellschaft von rechts» gibt. Aus dem Gesprächskreis im Juni 2020 resultieren zwei Beiträge zu völkischen Umtrieben unter dem Deckmantel der Umwelt- und Ökologiebewegung. Der Arbeitskreis Anastasia nimmt die rechts-esoterischen Siedler\*innen der Anastasia-Bewegung unter die Lupe und Peter Bierl zeigt, wie Neofaschist\*innen versuchen, ökologische Themen wie den Klimawandel für sich zu vereinnahmen. Vom Gesprächskreis im Herbst 2020 ist ein Aufsatz enthalten, der rechten Terrorismus und seine juristische Aufarbeitung am Beispiel des Lübcke-Prozesses vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main behandelt. Prozessbeobachterin Sonja Brasch macht darin aus ihrer Enttäuschung über Verlauf und Ergebnis des Verfahrens keinen Hehl.

Ellena Bologna und Enrique van Uffelen reflektieren in ihrem Beitrag ebenfalls ein Strafverfahren und blicken aus materialistisch-feministischer Perspektive auf den Fall einer IS-Rückkehrerin in Hamburg. Ihr Beitrag war Teil eines GK-Schwerpunkts, der sich um das unheilvolle Wirken «ausländischer» faschistischer und rechter Organisationen in Deutschland drehte. Neben der Prozessbeobachtergruppe sprach Errol Babacan über rechte Bestrebungen aus dem Umfeld der Regierungspartei AKP des türkischen Autokraten Erdoğan hierzulande. Der Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen, Murat Çakir, spießte mit spitzer Feder die Verstrickungen der faschistischen «Grauen Wölfe» und ihres Dunstkreises in Deutschland und mit deutschen – zum Teil hochhoffiziellen – Akteur\*innen auf. Sein Beitrag ist aus gegebenem Anlass aktueller Verbotsdebatten bereits auf dem antifra\*-Blog der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht worden. Gerade der Schwerpunkt des Gesprächskreises im Herbst 2020 entsprach dem Bestreben, auch vernachlässigte und wenig beleuchtete Themen auf die Agenda zu heben, und unserer Einschätzung, dass das Agieren «nicht deutscher», extrem rechter, faschistischer und religiös-autoritärer Strukturen nur allzu oft hinten runterfällt. Auch der jüngste, mutmaßlich dschihadistische Messersschlag Ende Juni 2021 in Würzburg, der drei Todesopfer und mindestens neun

zum Teil schwer Verletzte forderte, mag dieser vernachlässigten Kategorie zugerechnet werden: Die drei Getöteten und die weiteren Opfer des Angreifers waren fast ausschließlich Frauen und Mädchen. Misogyne Motive islamistischer Prägung liegen hier auf der Hand.

Im Gesprächskreis vom Juni 2021 sprachen Julika Bürgin, Nils Schumacher und Juliane Lang über die Tücken des Begriffs der Radikalisierung. Inhaltlich schlugen wir damit den Bogen zum ersten GK Rechts 2010, der sich mit dem Paradigma des Extremismus beschäftigte. Zehn Jahre später ist es der Radikalisierungsbegriff, mit dem überwunden geglaubte Hufeisenmodelle durch die Hintertür Eingang in Programme der pädagogischen und zivilgesellschaftlichen Arbeit gegen rechts finden. Nils Schumacher hat seinen Beitrag für diesen Band verschriftlicht. Julika Bürgin stellt uns das entsprechende Kapitel aus ihrem kürzlich erschienenen Buch «Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung» zur Verfügung.

Konzeptionell vorbereitet wird der Gesprächskreis Rechts seit geraumer Zeit von einem Organisationsteam, das aus Juliane Lang, Kira Güttinger, Christoph Kopke und Friedrich Burschel besteht. Das Format Gesprächskreis Rechts ist an den Perspektiven aller vier Beteiligten und denen der regelmäßigen Besucher\*innen gewachsen und hat sich inhaltlich und strukturell spannend entwickelt. Die Einladungen wurden länger und die Inputs kürzer – aber dafür mehr; der Austausch zwischen alten und neuen GK-Hasen und -Häsinnen – etwa in Kleingruppen, den sogenannten Murmelrunden – wurde fester Bestandteil des Programms.

Was bleibt, ist der Anspruch, bundesweit politische Bildung, aktuelle Analysen und den offenen Austausch eines breiten Spektrums von Akteur\*innen der demokratischen Zivilgesellschaft, kritischer Wissenschaftler\*innen und engagierter Antifaschist\*innen zu ermöglichen. So finden die Treffen jedes Mal in einem anderen Bundesland statt. Immer konnten wir an den jeweils schönsten Orten tagen – oft mit Begleitprogramm bereits am Vorabend. Ein Antiquariat, diverse alternative Jugendzentren, ein linkes Radioprojekt, ehemals besetzte Häuser und heutige Kulturstätten – vieles war darunter, langweilig wurde es nie. Selbst im digitalen Raum fanden wir zueinander und wussten, die technischen Tücken zu nehmen. Für die technische Betreuung der drei Online-Gesprächskreise unter Pandemiebedingungen haben in dankenswerter Weise Samuel Signer, Peps Gutsche und Matthias Nehls gesorgt.

Als Organisationskomitee des Gesprächskreises möchten wir an dieser Stelle Danke sagen für fast zwölf Jahre, 23 Veranstaltungen an 21 Orten. Wir danken den zahllosen Interessierten für ihre engagierte Beteiligung und ihre anregenden Diskussionsbeiträge, für Kritik und bereichernde Gespräche.

Viele gute Erkenntnisse und fruchtbare Gedanken bei der Lektüre!

Juliane Lang, Kira Güttinger, Christoph Kopke, Friedrich Burschel  
Berlin, Oktober 2021

## Stimmen zu zwölf Jahren Gesprächskreis Rechts

«Das Wichtigste am GK Rechts bisher war für mich immer, dass es ein Kreis von Fachmenschen ist, die ein antifaschistisches Grundverständnis eint. Im Gegensatz zu öffentlichen Tagungen oder Veranstaltungen war es nie nötig, über ganz grundlegende Überzeugungen zu diskutieren, sondern es gab ein gemeinsames antifaschistisches Fundament. Ich finde, dass die Diskussionen dadurch an Qualität gewonnen haben, der Umgang mit Kritik und Dissens wertschätzend war und ein großes gegenseitiges Vertrauen der Teilnehmenden spürbar war. Für mich waren insbesondere die Präsenzveranstaltungen eine große Freude und ich bin argumentativ gestärkt und mit neuem Wissen nach Hause gefahren.»

«Es ist schon etwas seltsam, inzwischen der Senior beim Gesprächskreis zu sein. Aber er ist mir wichtig. Etliche andere Teilnehmende sind inzwischen zu Freunden geworden. Für mich ist das genau die richtige Mischung aus intensivem Lernen, Meinungs austausch und geselligem Beisammensein von Leuten, die letztlich das gleiche Ziel haben: eine Welt ohne Faschismus und Unterdrückung.»

«Ich warte immer auf den nächsten Gesprächskreis. Ich bin immer dabei, wenn es nur irgend geht. Der Gesprächskreis bietet mir den inhaltlichen Input, den ich so dringend für meine Arbeit im Landtag brauche. Und in den Gesprächen mit Teilnehmenden aus dem ganzen Bundesgebiet kann ich immer wieder lernen, was anders und besser gemacht werden kann, als es in Sachsen geschieht.»

«Zum GK fällt mir sehr viel ein: In einer angenehm offenen und gleichzeitig solidarischen Gesprächs- und Diskussionsatmosphäre werden verschiedene Facetten rechts-extremistischer Ideologie bzw. des Handelns einschlägiger Gruppen und Parteien beleuchtet. Bereichert werden die jeweils wechselnden Themen durch die Beiträge von Fachwissenschaftler\*innen, politisch Aktiven und Betroffenen. Unabhängig davon, ob die Zusammenkünfte analog oder – im Zeichen von Corona – digital stattgefunden haben: Sie waren immer eine Bereicherung für mich.»

«Mein Highlight war definitiv der Beitrag von Julika Bürgin. Ich fand es beeindruckend, mit welcher inhaltlichen Schärfe sie Position zu den gegenwärtigen Tendenzen hinsichtlich des wehrhaften Demokratiegesetzes bezogen hat, und habe dies direkt zum Anlass genommen, mich damit weiter zu beschäftigen. Inspirationsquelle waren dahingehend die Literatursammlung sowie die Beiträge auf der Webpräsenz des Forums für kritische politische Bildung. Der GK hat so nachhaltige Perspektiven vermittelt und Impulse für mich ausgelöst, die ich für meine weitere politische Arbeit außer- und innerhalb des Studiums nutzen möchte. Tatsächlich bin ich mit der Kritik, die Julika im GK platziert hat, kürzlich erst innerhalb der politischen Bildungsarbeit in Berührung gekommen, als mir eine Organisation mitteilte, dass man sich weder parteipolitisch positioniere noch links

«agitiere». Die Begründung ging auf Fördergelder von Ministerien zurück. Mir zeigt das vor allem, dass der GK an der richtigen Stelle ansetzt und ein Forum bietet, in dem wir uns auf solche Situationen vorbereiten können. Perspektivisch hoffe ich, aus dem GK weitere Anregungen für meine Abschlussarbeit ziehen zu können, und freue mich auf den nächsten Termin!»

«Ich finde es gut, dass es den GK Rechts gibt. Habe selbst nur sehr selten daran teilgenommen, weil ich beruflich schon ein bis zwei Wochenenden Dienst habe und mir die Fahrten in andere Regionen meist zu aufwendig sind. Außerdem, nicht euer Verschulden, fehlen bei den GK Rechts die Bewegungslinken, es sind dort doch eher die professionellen Antifas vertreten. Finde ich schade, liegt aber an der Bewegung. Die schriftlichen Ergebnisse oder später in Publikationen vorliegenden Beiträge sind oftmals eine Bereicherung, Denkanstoß und Informationsquelle für meine Arbeit.»

«Ich komme ja eher aus der aktivistischen Ecke und habe mit Wissenschaft nicht so viel zu tun und für mich war es immer besonders, dass ich mich im GK trotzdem (fast) nie fehl am Platz gefühlt habe und immer das Gefühl hatte, dass Wissenschaft und Aktivismus so «zusammengehen» und allen klar ist, dass das eine ohne das andere keinen Sinn ergibt. Dass wissenschaftliche Arbeit immer auch nutzbar gemacht wird für praktische Ideen und dass man praktische Ansätze vor dem Hintergrund von theoretischen Debatten diskutieren kann, aber wertschätzend. Das finde ich mega toll und kenne eigentlich kein anderes Format, in dem das so ist. Von daher: Danke euch für die ganze Orga!»

«Das Besondere am GK Rechts ist für mich die sehr spannende und interessante Mischung der Teilnehmer\*innen. Hier ist unglaublich viel Expertise zu allen möglichen Themen vorhanden, sodass ich bei jedem GK viel Neues lernen darf. Ganz besonders finde ich die Kombination aus Führungen etwa zu den NSU-Tatorten oder den Vorträgen am Vorabend und den intensiven Diskussionen am darauffolgenden Tag. Und jeder GK ist wirklich perfekt organisiert mit tollen Orten für die Tagungen – herzlichen Dank dafür!»

«Ich ärgere mich über mich selbst, dass ich nicht früher auf diese wunderbare Veranstaltungsreihe aufmerksam geworden bin. Zwölf Jahre gibt es diese Treffen nun schon? Ich bin erst seit circa drei Jahren dabei und war immer begeistert von der kompakten und fundierten Information und den anschließenden sachkundigen Diskussionen. Gerade auch deshalb, weil oftmals wichtige Aspekte behandelt wurden, die nicht unbedingt im aktuellen Fokus der Antifa-Debatte stehen. So, wie die Dinge sich politisch entwickeln, werden wir den Gesprächskreis noch viele Jahre benötigen. In diesem Sinne: Weiterhin gutes Gelingen!»

«Der GK ist ein Antidepressivum. Wenn das Gefühl übermächtig wird, in einer Schlammbrühe von rechtem Dreck zu ertrinken, bietet sich der GK als rettende Insel an. Die Wochenenden mit intelligenten, wohlinformierten, aber auch unterhaltsamen und lustigen Genoss\*innen entlassen einen nicht nur klüger in den Alltag, sondern auch besser gelaunt.»

«Wir sind Teil des feministischen «Nachwuchses», der in den letzten fünf Jahren zum GK dazugestoßen ist. Wir haben diesen immer als wertvollen Austauschort empfunden, wo linke Grundwerte geteilt werden und sich doch unterschiedliche (aktivistische, wissenschaftliche, publizistische) Perspektiven treffen können – die meist solidarisch-konstruktiv verhandelt werden. Für uns war es Grundlage für unsere Anwesenheit, dass der GK ein Ort ist, an dem auch jenseits von cis-männlicher Dominanz im Bereich Auseinandersetzung mit der extremen Rechten andere Personen vorgetragen haben, und dass die kleinen Gesprächsrunden nach dem Vortrag die männlichen Monologe gebrochen haben. Zum Teil auch als selbst Vortragende im GK empfanden wir den Raum als solidarisch kritisch. Wir hatten die Möglichkeit, eigene Gedanken und Überlegungen mit anderen zu diskutieren und Impulse daraus mitzunehmen. Wir haben tolle Menschen kennengelernt und mit diesen gemeinsam Ideen gesponnen. Die Verknüpfung zwischen Wissensvermittlung und Austausch und die Bezugnahme auf linken Aktivismus vor Ort mit den Vorabendveranstaltungen war immer sehr gelungen. Für all das sind wir dem Vorbereitungsteam sehr dankbar!»

«Ich habe die Treffen des Gesprächskreises Rechts bisher immer gerne besucht. Nicht nur wegen der spannenden Expertisen und der leckeren Verpflegung. In den Pausengesprächen konnte man bei Mate und Kaffee mit alten Freund\*innen Neuigkeiten austauschen und auch den ein oder anderen neuen Kontakt knüpfen. Solch regelmäßiger Austausch von antifaschistisch aktiven Personen aus dem ganzen deutschsprachigen Raum kannte ich bisher nur von Antifa-Camps. Das bestärkt auch Menschen in ihrem Tun, die sich manchmal in ihrem Bereich als «Einzelkämpfer\*in» abseits von Städten wie Berlin oder Leipzig engagieren. Deswegen ist der GK Rechts weiter notwendig. Die Treffen sind quasi die Gesellschafter\*innen-Versammlungen der Antifa GmbH.»

«Was ich an diesem Gesprächskreis besonders schätze, sind neben der sehr hohen fachlichen Expertise die Art der Debatte und die wechselnden Orte der Tagung. So haben hier neben «gestandenen» Politiker\*innen und Expert\*innen in Sachen (Neue) Rechte viele junge Aktive ebenso wie Nachwuchswissenschaftler\*innen durch eigene Inputs die Möglichkeit, die Debatte zur Entwicklung von und zum Umgang mit Rechten zu gestalten. Statt langer Vorträge bleibt nach kurzen Inputs viel Zeit für intensive Debatten. Und die wechselnden Veranstaltungsorte des Gesprächskreises ermöglichen die Thematisierung regionaler rechter Strukturen und Vorkommnisse und damit eine weitverzweigte Vernetzung von Gegenaktivitäten.»

«Ich schätze den GK als Möglichkeit, aus österreichischer Perspektive Anschluss an die bundesdeutschen Debatten zu bekommen, den Horizont geografisch und thematisch zu erweitern und dabei fachlich wie persönlich von mir geschätzte Kolleg\*innen in angenehmer Atmosphäre zu treffen.»

«Von AfD bis Zschäpe: Der Gesprächskreis Rechts der Rosa-Luxemburg-Stiftung macht es möglich, in einem geschützten Raum aktuelle Entwicklungen zu analysieren, dauerhafte Herausforderungen zu diskutieren und vermeintliche Gewissheiten infrage zu stellen. In angenehmer Atmosphäre kamen hier «alte Häs\*innen» und «junge Füchs\*innen» zusammen. Die Treffen des GK waren vor allem Treffen unter Freund\*innen.»

«Eigentlich gab es fast nur gute Erfahrungen. Vielleicht war Koblenz nicht ganz so schön, aber das lag eher an der Folgeveranstaltung. In Hamburg war der Raum zu klein. Die Mischung der Besucher\*innen ist immer besonders spannend: Manche von den Leuten, die regelmäßig kommen, sind mir inzwischen richtig «ans Herz gewachsen» (klingt kitschig, ja). Und trotzdem, denke ich, schaffen wir es in der Regel ganz gut, auch auf die Bedürfnisse von Menschen einzugehen, die noch nie oder selten dabei waren. Besonders sind mir viele der Gespräche neben dem eigentlichen Programm in guter Erinnerung. Auch die öffentlichen Veranstaltungen vor dem GK fand ich immer super!»

«Die sonnigen und guten Tage in Koblenz sind eine tolle Erinnerung, ebenso wie vor Jahren Mainz mit Klaus Theweleit als Gast und unser Aufenthalt im A&O-Laden in Leipzig. Ach, und der krass heiße (Österreich-)Tag im AZ Conni in Dresden.»

«Wo, ojemine, haben wir mit Reiner Zilkkenat zusammengesessen? An diesen GK dachte ich zuletzt aus gegebenem Anlass. Es war ein sonniger Raum und ich erinnere mich an ein gutes Gespräch mit Reiner – über die SA (was eins so «schön» nennt?!). Oft denke ich auch an Rostock – «Rechter Terror» war das Thema. Kein «schöner», aber gewissermaßen ein Schlüssel-GK für mich. Fragen und Analysen zum Thema sind heute eher mehr denn weniger geworden. Für mich war der GK damals auch mit dem etwas strubbeligen Impuls verbunden, in die Gesprächskultur reinzuquatschen. Meine gute Erinnerung darum: Es ist anders heute, wir kommen mehr und mit mehr Menschen in den Austausch. Das finde ich gut.»

«... der neblige Weg über die Brücke am Vorabend des GK in Magdeburg.»

«... der Austausch in den Kleingruppen.»

«... Input und Austausch zu den spannenden und wichtigen Themen des Tages.»

«... das vegane Catering in Halle bei Radio Corax, wo der GK auch spektakulär war.»



«... dass es Menschen gibt, die den Zugangscodes als Namen angeben. Genau wie ich. Und die sind auch alle klug.»

«... GK in Rostock im halbfertigen Peter-Weiss-Haus.»

«... dass ich heute noch weiß, welchen Gedankenstrang ich jeweils aus den GKs mitgenommen habe, die mir neue Blickweisen eröffnet haben.»

«... gut strukturierte und moderierte Diskussionen, bei denen viele zu Wort kommen, die aber immer nur just so lange dauern, dass man sich aufs nächste Mal richtig freuen kann.»

«... die interessanten und wichtigen Gesprächsthemen.»

«... Quatschen und angeregt Diskutieren in den gemeinsamen Pausen.»

«... als die KPÖ-Frau meinte, in manchen Sachfragen müsse man auch mit der FPÖ zusammenarbeiten, und dann glücklicherweise alle entsetzt waren.»

## **CHRONOLOGIE DES GESPRÄCHSKREISES RECHTS 2010–2021**

### **GK 1/2010, 19.3.2010, Duisburg**

**Wolfgang Wippermann:** «Politologentrug. Extremismuslegende und Totalitarismuskonstruktion»

**Stefan Kausch:** «Ordnung. Macht. Extremismus. Das Konstrukt der ‚guten Mitte‘ und alternative Perspektiven»

**Jens Zimmermann:** «Wissenschaftstheoretische Elemente einer Kritik der Extremismusforschung und Kritische Diskursanalyse als alternative Perspektive für eine kritische Rechtsextremismusforschung»

### **GK 2/2010, 20.11.2010, Leipzig**

**David Begrich:** «Rechtsextremismus in der ‚Übergangsgesellschaft‘. Thesen zur Entwicklung des Rechtsextremismus zwischen 1988 und 1992 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR»

**Ralf Borchert:** «Die ‚Szene‘ vor Ort: Neonazis in der Kulturstadt Weimar»

**Michael Landmann:** «Blick zurück mit vielen Fragezeichen. Alt- und Neonazis in der DDR 1948 bis in die 1980er-Jahre»

### **GK 1/2011, 8.7.2011, Weimar**

**Volker Weiß:** «Deutschlands Abschaffung. Endzeitlicher Nationalismus von Spengler bis Sarrazin»

**Richard Gebhardt:** «Der ‚Fall Sarrazin‘ und die Krise der politischen Repräsentation»

**Sebastian Friedrich:** «Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Ein Blick auf die Sarrazin-Debatte»

### **GK 2/2011, 25.11.2011, Berlin**

**Eberhard Seidel:** «VS in der Bildungsarbeit verstößt gegen geltendes Recht»

**Michael Kohlstruck:** «Antifaschistische Bildung im Widerspruch zwischen Bildung und Politik»

**Richard Gebhardt:** «Ohne Antifaschismus keine demokratische Bildungsarbeit!»

**AG Bildungsarbeit ohne Geheimdienst:** «Kritische Bildungsarbeit muss unabhängig bleiben!»

### **GK 1/2012, 11.5.2012, Kiel**

**Marcel Eilenstein:** «Nazi-Propaganda der Tat? Rechtsterrorismus in Deutschland bis 1990»

**David Begrich:** «Befremdlich abwesend – die 1990er-Jahre»

**Robert Andreasch:** «Gegen die Wand – Rechtsterroristische Traditionen in Bayern von der WSG Hoffmann bis zu 5 Morden der NSU in Bayern»

**Alexander Hoffmann:** «Nach dem ganzen NSU-Schlamassel: Inlandsgeheimdienst abschaffen!»

### **GK 2/2012, 24.11.2012, Mainz**

**Juliane Lang:** «Männlichkeiten in der extremen Rechten – eine Einführung»

**Yves Müller:** «Die Geschichte des Terrors. Kameradschaftsmythos, Körperideal und männlicher Habitus in der SA»

**Klaus Theweleit:** «Wiederkehr der «Männerphantasien»: Politische und Psycho-Analyse rechtsextremer Gewalttäter»

### **GK 1/2013, 4.5.2013, München**

Der «Zschäpe-Prozess» in München – erste Eindrücke, Bedeutung und Reichweite der juristischen Aufarbeitung der Verbrechen mit: Rechtsanwalt **Yavuz Narin**,

Nebenklagevertreter; Rechtsanwalt **Alexander Hoffmann**, Nebenklagevertreter;

**Robert Andreasch**, Prozessbeobachter von a.i.d.a. Parlamentarische Aufarbeitung

des NSU-Skandals: Berichte und Einschätzungen aus den Untersuchungsausschüssen mit: **Martina Renner**, LINKE-MdL Thüringen; **Kerstin Köditz**, LINKE-MdL Sachsen; **Florian Ritter**, SPD-MdL Bayern;

**Gerd Wiegel**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion DIE LINKE

### **GK 2/2013, 26.10.2013, Kassel (gemeinsam mit GK Geschichte)**

**Uwe Fuhrmann:** «Masterplan Soziale Marktwirtschaft?

Zur Entstehungsgeschichte eines Mythos»

**Dominik Rigoll:** «Vom Sicherheitsrisiko zur Selbstverständlichkeit.

Das Problem der «Renazifizierung» in der frühen Bundesrepublik»

### **GK 1/2014, 26.4.2014, Hamburg**

**Fabian Virchow:** «Vor einer Renaissance des autoritären Nationalismus im Europäischen Parlament?!»

**Kerstin Köditz** u. a.: «Rechter Hand der CDU: Wohin treibt die AfD?»

**Andreas Umland**: «Eingeklemmt zwischen autoritären Regimen und dem rechten Rand der Protestbewegungen: Das Dilemma der demokratischen Opposition in der Ukraine und Russland»

### **GK 2/2014, 6.12.2014, Halle**

**Jennifer Stange**: «Mit der Schöpfung gegen Geschlechtergerechtigkeit und wieder zurück in die patriarchale Gesellschaft: Die Horrorszenarien der Konservativen, fundamentalistischen Christen, Rechtspopulist\_innen und Rechtsnationalist\_innen»

**Sebastian Scheele**: «Aktuelle Entwicklungen im organisierten Antifeminismus»

Panel mit **Juliane Lang**, **Ulli Jentsch**, **Felix Hansen**, **Lucius Teidelbaum**:

«Gefährliche Allianzen für ›Lebensschutz‹ und gegen ›Raubtierfeminismus‹, ›Babykaust‹ und ›Kulturmarxismus‹»

### **GK 1/2015, 18.5.2015, Rostock**

**Felix Korsch**: «Ein halbes Jahr Pegida: Woher kam und wohin geht die Bewegung?»

**David Begrich**: «Pegida: eine rechte ostdeutsche Protestbewegung?»

**Sebastian Friedrich**: «Schlaflose reaktionäre Mittelschicht. Mit der AfD und anderen rechten Phänomenen könnte sich ein neues rechtes Projekt etablieren»

**Andreas Waibel**: «Der PC-Diskurs. Wie es rechten Ideolog\_innen gelingt, Linke und Liberale zu verwirren und gegeneinander auszuspielen»

**Stefan Kausch**: «Das (r)echte Unvernehmen. Der Umgang mit Pegida und anderen Störkräften des Demokratischen in unserer Gesellschaft»

### **GK 2/2015, 5.12.2015, Potsdam**

**Esther Lehnert**: «Das Konzept der ›Deradikalisierung‹ und seine Defizite»

**Maximilian Fuhrmann**: «Rückfall in den Extremismus-Diskurs und was dem entgegensetzen ist»

**Christoph Kopke**: «Der III. Weg: Personal, Inhalt und Auftreten einer neonazistischen Kleinpartei»

**Christiane Ritter**: «Veränderte rechte Demo-›Kulturen‹ in NRW und antifaschistische Handlungsmöglichkeiten»

**Felix Korsch**: «Pegida, Reichsbürger, Identitäre und der neue Vigilantismus»

### **GK 1/2016, 23.4.2016, Göttingen**

**Regina Wamper**: «Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung»

**Sara Madjlessi-Roudi**: «Mit rassistischen Klischees gegen die Rechte der Geflüchteten»

**Volkmar Wölk**: «Von Georges Sorel zu Lutz Bachmann?»

**Kerstin Köditz**: «AfD – ein neues Projekt ›18 Prozent‹

Oder gleich die nächste Kanzlerin?»

**Robert Andreasch**: «Salonfähigkeit und ›Extremisierung‹ der Rechten in Bayern»

### **GK 2/2016, 3.12.2016, Saarbrücken**

**Erich Später:** «Autonome saarländische Republik von 1947 bis 55»

**Natascha Strobl:** «Die Identitären»

**Andreas Kemper:** «Der Patriotische Frühling oder faschistoide Formierung: Zur Entwicklung der Alternative für Deutschland (AfD)»

**Matthias Quent:** «Mosaikrechte oder Mimikry? Zur neuen Unübersichtlichkeit rechter Bewegungen»

### **GK 1/2017, 6.5.2017, Bremen**

**Conni Siebeck:** «Wir brauchen [...] eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad. Die Höcke-Rede im Kontext zeitgenössischer geschichtspolitischer Diskurse»

**Max Fuhrmann:** «Best friends forever – die AfD und das Extremismuskonzept»

**Sarah Schulz:** «Das Nichtverbot der NPD: Neue Möglichkeiten für die Exekutive»

### **GK 2/2017, 9.12.2017, Heilbronn**

**Sven Ullenbruch:** «Was geschah am 25. April 2007 auf der Heilbronner Theresienwiese?» (Führung am 8.12.2017)

**Isabella Greif:** «Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt. Strukturelle Defizite und Kontinuitäten am Beispiel der Ermittlungen zum NSU-Komplex»

**Andreas Kallert, Vincent Gengnagel:** «Staatsräson, Vertrauen in den Rechtsstaat und der NSU-Komplex. Eine staatskritische Perspektive»

**Friedrich Burschel:** «NSU und rechter Terror als Thema nach dem Münchener Urteil. Gedanken gegen einen Schlusstrich»

**Michael Koltan:** «Dem rechten Gedankengut linke Werte entgegensetzen. Eine ideologiekritische Erkundung»

**Richard Gebhardt:** «The Great Moving Right Show 2017 – Der Kulturkampf von rechts und der kosmopolitische Neoliberalismus»

### **GK 1/2018, 9.6.2018, Dresden**

**Juliane Lang (Hrsg.), Kirsten Achtelik, Christoph Kopke:**

Buchpräsentation «Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt»

**Claudia Klimt-Weithaler:** «Kürzungen im Sozialbereich und Umfärbelungen. Neoliberale Politik gegen die Schwachen in Österreich»

**Bernhard Weidinger:** «(Zurück) an der Macht: Burschenschaften und FPÖ in Zeiten von Schwarz-Blau»

**Julia Haas:** «Antifeministische Frauenrechtlerinnen. Das Frauenbild der Identitären»

**Judith Goetz:** «Männerbündisch – autoritär – identitär»

Männlichkeitsvorstellungen und -inszenierungen der Identitären»

### **GK 2/2018, 17.11.2018, Hamburg**

**Caroline Keller:** Führung zum Tatort der Ermordung von Süleyman Taşköprü durch den NSU am 27. Juni 2001»

**Joschka Fröschner, Jakob Warnecke:** «Das Lokale ist politisch. Aktuelle extrem rechte Sammlungsbewegungen am Beispiel Cottbus»

**Cash Hauke:** «Ostprodukt rechte Formierung? Gegenstrategien aus einer intersektionalen Perspektive in Ostdeutschland»

**Cordelia Heß:** «Durchmarsch der ›Schwedendemokraten‹. Welche Themen und Probleme greifen sie auf und warum blieb der Erdrutschsieg doch aus?»

**Jan Rettig:** «EU-Feinde im Europäischen Parlament. Der aktuelle Stand der Brüche und Kontinuitäten von Fraktionen (neo-)faschistischer und rechtspopulistischer modernisierter Parteien»

**Daniel Keil:** «Europa als ideologisches Kampffeld. Kontext und ideologische Grundlagen (neu-)rechter europäischer Vernetzung»

### **GK 1/2019, 15.6.2019, Koblenz**

**Oliver Peters:** Die rechtsstaatliche Endlosschleife des Prozesses gegen die Nazis vom «Aktionsbüro Mittelrhein»

**Tina Reis:** «Diskriminierungsverstärker Google, rechte Suchmaschinenoptimierung und was man dagegen tun kann»

**Maik Fielitz:** «Post-Digital Cultures of the Far Right»

**Sebastian Sommer:** «Rechter Protest und kollektive Identität. Selbstbilder in Demo- und Subkulturen rechter Szenen»

**Marius Klein, Lara Hübner:** «Die Rolle von Kampf- und Kraftsport in der deutschen Neonaziszene»

### **GK 2/2019, 23.11.2019, Magdeburg**

**Autor\*innenkollektiv Feministische Intervention (Fe.In):** Buchpräsentation «Frauen\*rechte und Frauen\*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt»

**Kerstin Köditz, Janine Patz, Alexander Lorenz-Milord:** «Talkrunde über die Hintergründe, die Analyse und die Konsequenzen der Wahlergebnisse in Brandenburg, Sachsen und Thüringen»

**Anne Mehrer:** «Die Verschiebung der politischen Kultur durch die Präsenz der AfD»

**Michael Nattke:** «Der Weg zur Revolte. Aufbau und Wirken einer neuen rechten Zivilgesellschaft am Beispiel Sachsens»

**Pascal Begrich:** Kommentar zu den Inputs

### **GK 1/2020, 6.6.2020, hybrid mit Teilpräsenz Berlin**

**Claudia Krieg, David Begrich, Paul Räuber:** «Talkrunde über Ostdeutschland, DDR-Erbe, Ostdeutschland seit der Wende und ›Ostdeutschland in AfD-Hand‹ – und notwendige Perspektiv- und Paradigmenwechsel»

**Arbeitskreis Anastasia:** «Anastasia und ihre Fans. Ideologie und Akteur\*innen einer rechtsesoterischen Bewegung»

**Peter Bierl:** «Aktuelle Positionen der Rechten im Umweltbereich und Schnittmengen mit dem Mainstream und der Umweltbewegung»

**GK 2/2020, 28.11.2020, online mit Steuerungsgruppe in Strausberg**

**Sonja Brasch, Kristin Pietrzyk, Veronika Kracher:** «Talkrunde über die laufenden Strafprozesse nach rechten Terroranschlägen, die Grenzen der juristischen Aufklärung und zum Antifeminismus als Teil der Ideologie der Täter»

**Murat Çakir:** «Die Grauen Wölfe heulen weiter. Türkische Neofaschist\*innen aktiv in Deutschland»

**Errol Babacan:** «Das Wirken der nationalistischen türkischen Regierungspartei in Deutschland als innenpolitische Herausforderung für Linke»

**Feminist Drift:** «Der Umgang des deutschen Staats mit IS-Rückkehrerinnen und deren ideologische Anbindung an den Islamismus. Am Beispiel des Prozesses gegen Elina F.»

**GK 1/2021, 12.6.2021, online mit Steuerungsgruppe in Berlin**

**Volker Weiß:** «Ein Hauch von Wendland unter Reichskriegsflaggen. Die Corona-Demos im Blick der Neuen Rechten»

**Robert Andreasch:** «Wovor die Antifa gewarnt hat. Hunderte Pandemielegner\*innen-Demos in Bayern»

**Dorina Feldmann:** «Demonstrationswelle in Brandenburg. Einordnung der Corona-Proteste»

**Juliane Lang, Julika Bürgin, Nils Schuhmacher:** «Über (De-)Radikalisierung und Extremismusprävention als zentrale Begriffe der Architektur von aktuellen Demokratie-Programmen und Präventionsstrategien» sowie im kritischen Diskurs über rechten Terror, Incels und Einzeltäter\*innen

Michael Nattke

## **EINE BÜRGERGESELLSCHAFT VON RECHTS**

«SELBSTVERHARMLOSUNG» DURCH BIEDERE VEREINSMEIEREI

### **Einleitung**

Ein Videoclip im Internet: In einem Lagerraum für Kleidung im Kellergeschoss eines Gebäudes auf der Wiener Straße in Dresden steht Ingolf Knajder, 1. Vorsitzender des Vereins Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen (DBHDOB e. V.). In ruhigem Tonfall spricht er in die Kamera: «Wir betreuen hier täglich circa 40 Obdachlose und Bedürftige mit kostenlosem Frühstück, kostenlosem Mittagessen und Kaffeetrinken. Die Menschen kommen hierher, um sich zu duschen, Wäsche zu waschen, frische, neue Kleidung kostenlos zu erhalten.» Melancholische Klaviermusik untermalt den Film. Der 2. Vorsitzende des Vereins, Uwe Riedel, weist darauf hin, dass man für das Weihnachtessen für Obdachlose in der Dresdner Ballsporthalle noch Spenden benötige. Es sei die größte Veranstaltung dieser Art in Sachsen. Ein freundlicher junger Mann kommt die Treppe herunter und überreicht beiden ein Paket. Es wird freudestrahlend geöffnet, kleine Gläser werden ausgepackt, auf deren Etiketten «Ein Prozent. Heimathonig» zu lesen ist. Im Abspann wird die Spendennummer des Vereins eingeblendet.

Wer sich dieses Video anschaut, wird nichts Verwerfliches erkennen können. Zwei Männer mittleren Alters engagieren sich für Bedürftige, erzählen von ihrer Arbeit und bitten um Spenden. Ein junger Mann zeigt, wie das praktisch aussehen kann. Schaut man sich die Spenderliste an, findet man darunter seriöse Unternehmen, meistens mittelständische Firmen aus der Region. Die Webseite des DBHDOB e.V. ist mit einem Obdachlosen bebildert, der auf einer Parkbank liegt. Im ersten Absatz von Paragraph 3 der Satzung wird auf die mildtätigen und selbstlosen Zwecke des Vereins hingewiesen, im zweiten Absatz darauf, dass man sich der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Grundgesetz verpflichtet fühle.



Nur kritischere Rezipient\*innen könnten nach ein wenig Recherche misstrauisch werden. So lässt sich über die beiden Vereinsvorsitzenden herausfinden, dass sie wegen verschiedener Hasspostings im Internet angezeigt wurden. Knajder etwa hatte 2016 den Chef der Dresdner Tafel, Andreas Schönherr, derart beleidigt, dass dieser eine Unterlassungsklage veranlasste. Sowohl Knajder als auch Riedel teilten darüber hinaus in sozialen Medien Banner der NPD und von deren Jugendorganisation, den Jungen Nationalisten (JN), und äußerten sich abwertend über Geflüchtete.

Mitglieder des DBHDOB e. V. ließen sich immer wieder mit Funktionären und Parteimitgliedern der AfD fotografieren. Der freundliche junge Mann im eingangs beschriebenen Video ist Michael Schäfer. Er war fünf Jahre lang Bundesvorsitzender der JN und ist seit einigen Jahren unter anderem im Rahmen von Aktionen der extrem rechten Gruppierung «Ein Prozent» aktiv. Ihr Logo zierte die im Video gezeigten Gläser.

Natürlich ist es Rechten nicht verboten, sich für Bedürftige zu engagieren. Hier allerdings geschieht dies im Rahmen der Ideen für eine «Kulturrevolution», die von rechten Theoretiker\*innen seit einiger Zeit angestrebt wird. Der vorliegende Beitrag geht der Rolle von eingetragenen Vereinen in diesem Zusammenhang nach. Dabei werde ich zunächst skizzieren, wie der «Bewegungsgedanke» in den letzten Jahren eine Renaissance erlebte, und anschließend erörtern, warum die praktische Umsetzung derzeit vor allem mit unterschiedlichen Vereinen vorangetrieben wird. Bei der Rezeption der Strategien und Zielsetzungen der extremen Rechten konzentriere ich mich auf Beiträge aus der Zeitschrift *Sezession*, die vom sogenannten Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben wird – dem derzeit einflussreichsten rechten Thinktank der Bundesrepublik – und in dessen Hausverlag Antaios erscheint. Im dritten Teil meines Beitrags stelle ich drei Vereine aus Sachsen und deren Wirken exemplarisch vor.

### **Neuer rechter Bewegungskarakter**

Die Organisationslandschaft der extremen Rechten in der Bundesrepublik differenzierte sich in den letzten zehn Jahren stark aus. Die NPD verlor die Vormachtstellung, die sie ab Ende der 1990er-Jahre aufgebaut hatte; nach diversen Skandalen und internen Machtkämpfen wandten sich viele ihrer Anhänger\*innen enttäuscht ab. Heute ist sie nur noch eine unter mehreren neonazistischen Parteien und spielt keine herausragende Rolle mehr. Zudem löste Thilo Sarrazins Buch «Deutschland schafft sich ab» 2011 einen Dammbbruch aus. Begriffe und Positionen der Neuen Rechten wurden populär und mehrheitsfähig, auch außerhalb genuiner Neonaziszenen sag- und verhandelbar (Gall 2020: 79 ff.; Stahl 2019: 76). Die anschließende Gründung der AfD im Jahr 2013 modifizierte die Parteienlandschaft am rechten Rand und darüber hinaus grundlegend. Im Fahrwasser der gesellschaftlichen Entwicklungen gelang der Partei vor allem in den neuen Bundesländern ein rasanter Aufstieg. Der Großteil der extremen Rechten in Deutschland passte sich diesen Entwicklungen nach und nach

an: Man akzeptierte die Vormachtstellung der AfD im rechten Parteienspektrum und adaptierte die neueren Strategien eines modernisierten Nationalchauvinismus.

Die wichtigste Qualitätsveränderung in den rechten Szenen der letzten 15 Jahre vollzog sich auf sprachlicher und begrifflicher Ebene. Exemplarisch für den neuen Duktus steht Jürgen Elsässer, Chefredakteur des verschwörungsideologischen rechten *Compact*-Magazins. Dieser mahnte im Herbst 2015, dass man sich nicht provozieren lassen dürfe und die Sprache den Zwecken angemessen bleiben müsse (Elsässer 2015). Es gelte, die gesellschaftliche Mitte zu erreichen. Mit einem positiven Bezug auf den historischen Nationalsozialismus oder einem biologisch begründeten Rassismus könne ein Anschluss an Diskurse innerhalb der Bevölkerung nicht hergestellt werden. Die Annahmen sind in den rechten Szenen nicht neu. Jedoch hatten sich diejenigen, die daran auch tatsächlich ihr Handeln ausrichteten, erst im 21. Jahrhundert als meinungsführend durchsetzen können. Die führenden Kreise der extremen Rechten vermeiden heute in der Öffentlichkeit eine allzu plumpe oder offene Verherrlichung des Nationalsozialismus. Der Kulturkampf hat den Kampf um die «Reinheit des Blutes» verdrängt. Was das im Einzelnen heißt, soll weiter unten mit der Strategie der «Selbstverharmlosung» kurz skizziert werden. Dabei dominieren zunehmend die Ideologeme des Ethnopluralismus (Bruns/Strobl 2020: 245 ff.). Das äußere Feindbild, auf das sich verschiedene Strömungen der extremen Rechten in Deutschland und Europa einigen konnten, ist «der Islam». Als innerer Feind in der Bundesrepublik wurden die politische Klasse als Ganzes («das Establishment», «die da oben») sowie eine angeblich von Linken dominierte Medienlandschaft («Lügenpresse») ausgemacht. Darüber hinaus rückten die Themen Migration und Zuwanderung seit 2015 wieder in den Fokus. Wie Felix Korsch resümiert: «In diesem Sinne wird der Kulturkampf von rechts in erster Linie als ein rassistisch motivierter Verdrängungswettbewerb gegen Migrant\*innen geführt, der sich zeitgleich gegen weitere Feindbilder richtet, die genauso dem klassischen Inventar der extremen Rechten entnommen sind.» (Korsch 2016: 16)

Neben diesen inhaltlichen Schärfungen konnten auch neue Demonstrations- und Aktionsformate den gesellschaftlichen Resonanzraum für extrem rechtes Denken im letzten Jahrzehnt erheblich ausweiten. Orientierung suchten Vordenker\*innen dabei unter anderem in den Schriften von Antonio Gramsci, Guy Debord oder Lenin sowie den Erfahrungen der Subversiven Aktion oder der Kommunikationsguerilla als Angriffe auf die Normalität. Man lernte, durch symbolische Aktionen und Provokationen Aufmerksamkeit zu erregen und Öffentlichkeit herzustellen, und nutzte dabei vor allem die sozialen Medien und deren Reflexe. Es gelang dadurch, aus einer Minderheitenposition die eigene Agenda spektakulär in den Mehrheitsdiskurs zu rücken (Stahl 2019: 75 ff.).

An zahlreichen Orten, insbesondere in Sachsen, demonstrierten 2015/16 Tausende Menschen gegen die Unterbringung von Asylsuchenden, darunter viele, die vorher keiner extrem rechten Szene zugeordnet werden konnten. Mit der AfD zog eine Partei in Landtage und den Deutschen Bundestag ein, die gegen Muslim\*innen und

Geflüchtete hetzt und hetzt. Zahlreiche ihrer Mitglieder und Funktionsträger\*innen positionieren sich dabei klar rassistisch, islamfeindlich und sozialdarwinistisch. Die Partei entwickelte sich immer mehr zum parlamentarischen Arm der extremen Rechten. Die Autor\*innen des Buches «Rechte Bedrohungsbündnisse» bezeichnen die AfD als das Kernelement eines Milieus des autoritären Nationalradikalismus (Freiheit u. a. 2020: 104 ff.). Beflügelt von diesen Erfolgen, gründeten sich neue Gruppen und Netzwerke am rechten Rand, so etwa der Zukunft braucht Bildung e. V. in Meißen oder der bereits vorgestellte Verein Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen. Sie positionieren sich in der Regel in ihren Äußerungen und Handlungen selbst nicht klar und deutlich rassistisch oder sozialdarwinistisch. Eine eindeutige Einordnung als antidemokratische oder gar neonazistische Vereinigung ist ohne das Wissen um die unten beschriebene Strategie der «Selbstverharmlosung» nicht möglich; ihre Zugehörigkeit zur rechten Bewegung deuten diese Vereine in Chiffren und Gesten lediglich an. So verweist zum Beispiel die Bildunterschrift «Dresden zeigt, wie's geht» nicht nur auf eigene Aktionen, sondern ist innerhalb der rechten Szenen als ein Leitspruch der völkischen Pegida-Bewegung bekannt.

Vereine, Parteien, Verlage und andere Gruppen schaffen eine bisher nicht dagewesene Vielfalt am rechten politischen Rand der Bundesrepublik. Zugleich existiert derzeit keine politische Kraft oder führende Person innerhalb dieses Spektrums, die in der Lage wäre, das gesamte Lager entscheidend zu lenken. Dieser Zustand der Zersplitterung am rechten Rand ist nicht völlig neu, sondern vergleichbar mit der Situation vor dem vorübergehenden Aufstieg der NPD. Allerdings streben die diversen Gruppierungen heute nicht mehr nach einem gemeinsamen Organisationsdach, sondern nach einer Stärkung des Bewegungsgedankens. Mit ihm wird eine Klammer um die verschiedenen Strömungen gebildet, durch die gleichzeitig ihre Selbstständigkeit gewährleistet wird. Scheitern einzelne Versuche oder Ideen, dann gefährdet dies nicht (mehr) das Große und Ganze. Im Sinne eines bewegungsförmigen Ansatzes hat die extreme Rechte auch gelernt, dass das Setzen auf unterschiedliche Führungsaktivist\*innen erfolversprechender ist. Im Theorieorgan *Sezession* und anderen Veröffentlichungen des Antaios-Verlags insistieren immer wieder Autor\*innen darauf. Ins Gespräch gebracht wird eine «patriotische Bewegung», die auf unterschiedlichen Wegen und in unabhängigen Formen einen «Kampf um die Identität und das damit zusammenhängende Selbstbestimmungsrecht unserer Völker» (Kubitschek 2016a: 10) führt. Als politisches Lager, das diesen Kampf zu führen hat, beschreibt IfS-Mitbegründer und Antaios-Verlagsleiter Götz Kubitschek einen «bunten Haufen» aus «Intellektuellen, Medien, Verlagen, Bürgerbewegungen, Projekten, Gesinnungsgemeinschaften, Demonstrationsbündnissen und einem parteipolitischen Arm samt parlamentarischer Verankerung» (ebd.), den man zu einer politischen Einheit formen müsse, ohne eine Führung zu beanspruchen.

Gemeint sind in Kubitscheks Aufzählung unter anderem die AfD, die «Ein Prozent»-Gruppierung, die Identitäre Bewegung, extrem rechte Vereine und Zusammenschlüsse

in Kommunen, Pegida und andere asyloffendiliche Bewegungen oder «Nein zum Heim»-Kampagnen, Zeitschriften und Magazine wie *Sezession* und *Compact*, Onlinemedien wie *Politically Incorrect* oder *Blaue Narzisse*, die Zeitung *Junge Freiheit* als «wichtigste[s] Organ unseres Lagers» (ebd.) und der Verlag Antaios selbst. Gemeinsam will man sich in einer Pflicht zu handeln sehen, wenn es etwa heißt: «Unser Widerstand ist ein Widerstand aus Notwehr.» (Lisson 2008: 52)

Das Wort «Widerstand» fungiert als einer der Leitbegriffe der Szene und wird durch die sogenannte Neue Rechte erneut mit Leben gefüllt. So ist er inzwischen eine zentrale Formel der völkischen Demonstrationsbewegung Pegida in Dresden und bildet eine Verbindung bis in die militante Neonaziszene, die ihn seit Langem ausdrücklich verwendet.<sup>1</sup> Aufgegriffen wurde die Parole «Widerstand» ab der zweiten Jahreshälfte 2020 auch auf Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie. Nicht nur dadurch entsteht eine gute Anschlussmöglichkeit für die extreme Rechte.

Ein weiteres Bindeglied der verschiedenen rechten Szenen ist der Verschwörungsmythos vom «Großen Austausch». Der drohende «Volkstod» als Paranoia einer völkischen und rassistischen Ideologie ist ein seit Jahrzehnten von Neonazis reproduziertes Bild (Botsch/Kopke 2019: 24 ff.). Nicht zuletzt durch die Thesen Sarrazins schaffte es die Metapher von der angeblichen Selbstabschaffung der Deutschen bis in den Mainstream. Im Sinne der oben bereits angedeuteten sprachlichen Veränderungen innerhalb der rechten Milieus wurde dieses Bild an die eigenen Zwecke angepasst. Die heutige Rede vom «Großen Austausch» lehnt sich an das gleichnamige Buch von Renaud Camus (2016) an, analog spricht die Szene auch von «Umvolkung». Wie Gideon Botsch und Christoph Kopke ausführen, verbinden sich in dieser Idee biologische, antisemitische, rassistische und antifeministische Motive und werden für die modernisierten Zwecke der Neuen Rechten so aufbereitet, dass eine gesellschaftliche Anschlussfähigkeit besteht (Botsch/Kopke 2019: 34 ff.).

Deutlich wird das «Bewegungsdenken» auch an einzelnen Aussagen namhafter Neonazis. Der Musiker Michael «Lunikoff» Regener beispielsweise sagte in einem Interview mit der Zeitschrift *NS Heute* im März 2018: «In der Situation, in der sich das deutsche Volk befindet, ist für Hader und Parteienstreit kein Platz.» (NS heute 2018) Er appellierte dafür, die AfD zu wählen, und freute sich über deren Einzug in den Deutschen Bundestag: «So sage ich, wir haben erstmals seit 1949 eine, sagen wir mal, ‹pro-deutsche› Partei im Bundestag, mit 90 Mann, bingo, jetzt lass sie doch erstmal reinmarschieren, dann gucken wir uns das vier Jahre an.» (Ebd.) Dass sich ein Neonazi wie Regener über den Einzug einer Partei in ein Parlament freut, die in ihren öffentlich gemachten Zielen noch nicht einmal annähernd die eigene Ideologie widerspiegelt, ist neu. Zwischen der militanten Szene und der AfD sieht Regener eine klare

1   Erinnert sei in diesem Zusammenhang unter anderem an White Aryan Resistance (dt. «Weißer Arischer Widerstand», WAW) oder die neonazistischen Veranstaltungen unter dem Titel «Tag des nationalen Widerstandes».

Arbeitsteilung: «Der Nationale Widerstand hat nicht die Aufgabe, als demokratische Kraft gewählt zu werden – das wird sowieso nicht passieren –, er hat die Aufgabe, Kader zu bilden, junge Leute ranzuziehen und sich auf Kommendes vorzubereiten.» (Ebd.) Deutlich wird an diesen und ähnlichen Ausführungen, dass man sich als Teil einer größeren politischen Bewegung mit unterschiedlichen Aufgaben wähnt. Statt die AfD etwa für ihre offiziellen Positionen zu kritisieren, die eine NS-Verherrlichung kaschieren, betont Regener den Nutzen und die Rollenverteilung der Bewegung.

Ereignisse wie die Aufmärsche in Chemnitz im Spätsommer 2018 haben gezeigt, dass die unterschiedlichen Gruppen durchaus in der Lage sind, temporär und ereignisbezogen zusammenzuarbeiten: Hier war das gesamte Spektrum dieser Bewegung gemeinsam auf der Straße (AIB 2018: 6ff.). Das Wissen in den extrem rechten Szenen über ebene Arbeitsteilung legt einen Grundstein dafür, dass scheinbar unpolitisch agierende Vereine im sozialen oder kulturellen Bereich zur Erreichung des übergeordneten Ziels der Bewegung beitragen.

Als Ziele ihres politischen Handelns formulieren die derzeit dominierenden Vordenker\*innen nicht etwa Reformen, sondern fabulieren offen davon, «eine legale Revolution gegen eine gesetzesbrecherische Obrigkeit zum Erfolg zu führen» (Waldstein 2016: 32). Das politische System mit seinen unterschiedlichen Parteien wird als Ganzes zum «erstarrten Blockparteiensystem» (Lisson 2008: 12) stilisiert, gegen das man nicht verlieren dürfe. Sie bauen sprachlich eine Frontstellung gegen die parlamentarische Demokratie, ihre Vertreter\*innen und damit die Grundlagen des derzeitigen politischen Systems auf: «Das Altparteien-Kartell könnte beispielsweise nicht ergänzt, sondern geradezu auseinandergejagt werden.» (Kubitschek 2016b: 26) In der jüngeren deutschen Geschichte verwenden verschiedene extrem rechte Akteur\*innen von den Republikanern bis zur NPD den Begriff der «Altparteien». Dass auch der damalige AfD-Chef Alexander Gauland ein Jahr nach Kubitschek, im September 2017, davon sprach, die Altparteien zu jagen, dürfte kein Zufall sein. Zwischen Gauland und dem IfS gibt es durchaus eine Zusammenarbeit (Heide 2020). Kubitscheks Zitat kann als klare Ansage zur Überwindung der repräsentativen Demokratie gelesen werden.

Dass extrem rechte Bewegungen die derzeitige politische Ordnung überwinden wollen, wird an verschiedenen Textpassagen der *Sezession* oder anderer Schriften des Antaios-Verlages deutlich. In seinen Artikeln spitzt Kubitschek zu: «Sie oder wir – drunter geht es nicht mehr» (Kubitschek 2016b: 29) oder «Wer für Deutschland ist, muss siegen wollen!» (Ebd.) Um dieses Ziel zu erreichen, findet inzwischen in den rechten Texten auch eine Diskussion über die Notwendigkeit von Gewalt statt (Menzel 2016). Auch ein immer wiederkehrender Bezug auf das Ende der DDR kann als Ankündigung eines politischen Umsturzes gelesen werden, der den liberaldemokratischen Rechtsstaat überwinden möchte. Am Ende, so ist sich zum Beispiel der neurechte Autor Felix Menzel sicher, werden die derzeitigen politischen Autoritäten «genauso enden wie die DDR-Führung 1989 und die russischen Kommunisten» (ebd.: 37).

Das Erstarken einer rechten Bewegung kann an verschiedenen Faktoren festgemacht werden. Zum einen kann die AfD in den ostdeutschen Bundesländern mehr als ein Fünftel der Wahlberechtigten mobilisieren. Zum anderen haben die Teilnehmendenzahlen bei Pegida 2014/15 in Dresden, im Spätsommer 2018 in Chemnitz, bei Anti-Asyl-Demonstrationen in verschiedenen Städten und nicht zuletzt bei diversen Querdenker-Demonstrationen während der Corona-Lockdowns im gesamten Land eine bisher nie da gewesene Quantität erreicht. An einigen Orten ist eine fünfstellige Zahl von Menschen den extrem rechten und antidemokratischen Aufrufen gefolgt.

### **Die Rolle der Vereine in der Bewegung**

Im Februar 2017 beschrieb Götz Kubitschek in der *Sezession* einen Dreischritt, wie die rechte Bewegung den eigenen Resonanzraum vergrößern könne, um politischen Einfluss zu gewinnen. Zunächst gehe es darum, in die Grenzbereiche «des gerade noch Sagbaren und Machbaren provozierend vorzustößen und sprachliche oder organisatorische Brückenköpfe zu bilden, zu halten, zu erweitern» (Kubitschek 2017: 27 f.). Ziel dieses ersten Schrittes sei «nichts anderes als die Schaffung neuer Gewohnheiten» (ebd.: 28). In einem zweiten Schritt gehe es um eine «Verzahnung» mit den Positionen des politischen Gegenübers, die Kubitscheks Meinung nach umsetzbar ist, indem man «auf Sprecher aus dem Establishment verweist, die dasselbe schon einmal sagten oder wenigstens etwas Ähnliches» (ebd.). Das Ziel dieser Maßnahme sei es, die klaren Fronten zu rechten politischen Standpunkten aufzulösen. Der dritte Schritt, den er als «Selbstverharmlosung» bezeichnet, ist Kubitschek zufolge der entscheidende. Wichtigste Aufgabe der Zeit sei es, «die «emotionale Barriere» einzureißen, die zwischen dem Normalbürger und seiner Hinwendung zur politischen und vorpolitischen Alternative aufgerichtet ist» (ebd.). Dies gelinge nur durch eine konsequente «Selbstverharmlosung»: «Es ist der Versuch, die Vorwürfe des Gegners durch die Zurschaustellung der eigenen Harmlosigkeit abzuwehren und zu betonen, dass nichts von dem, was man fordere, hinter die zivilgesellschaftlichen Standards zurückfalle.» (Ebd.) In der politischen Praxis kommen genau hier die eingetragenen Vereine aus dem rechten Spektrum ins Spiel. Soziales oder kulturelles Engagement vor Ort erhöht die Wahrnehmbarkeit als vermeintlich unverdächtiger, hilfreicher und anerkannter Akteur im lokalen Kontext. Bei Kubitschek heißt es, dass man die «Selbstverharmlosung» so verinnerlichen solle, dass sie zu einer «zweiten Haut» (ebd.) werde.

Seit den Erfolgen von Pegida wird mit der Gründung von solchen eingetragenen Vereinen der ernsthafte Versuch unternommen, eine Bürgergesellschaft<sup>2</sup> von rechts zu etablieren. Die Anzahl von Vereinen in Sachsen, deren Vorstände oder Gründungs-

2 Ich nutze den Begriff der Bürgergesellschaft in Abgrenzung zu dem der Zivilgesellschaft. Letzteres Konzept beinhaltet meiner Ansicht nach ein emanzipatorisches Moment, das den rechten Bewegungen nicht innewohnt. Darüber hinaus ist der Begriff der Bürger\*in ausschließend, weil er in der Regel nur die\*den Staatsbürger\*in meint. Dies kommt den Vorstellungen der Rechten sehr nahe.

mitglieder extrem rechten Szenen angehören, hat sich zwischen 2014 und 2021 von 20 auf mindestens 42 mehr als verdoppelt.<sup>3</sup>

Eine der Themensetzungen ist dabei die «soziale Frage». Der *Sezession*-Autor Benedikt Kaiser schreibt dazu: «Solidarität ist dabei anthropologisch und historisch zuallererst ein Aspekt der Fürsorge für den räumlich oder kulturell, religiös oder ethnisch Nächsten. Solidarität braucht daher gerade auch angesichts der kapitalistischen Verwerfungen Grenzen.» (Kaiser 2016: 31) Hier wird deutlich, dass es bei einem sozialen Engagement von rechts in allererster Linie um die Nationalisierung und Ethnisierung sozialer Verteilungsfragen geht. Darüber hinaus wolle man, so Kaiser, der Sozialdemokratie und der Linken mit der «sozialen Frage» die letzte Domäne nehmen, die ihnen noch geblieben sei.

Eingetragene Vereine werden darüber hinaus gegründet, um in Kommunen Kulturveranstaltungen durchzuführen und/oder sich der Heimat- und Traditionspflege zu widmen. Im Jahr 2015 wurde eine entsprechende Richtung innerhalb der extremen Rechten vorgegeben: «Pegida, oder vielmehr die gesellschaftliche Strömung, die Pegida vertritt, muss sich die gesamte Palette zivilgesellschaftlicher Druckmittel zum eigenen Vorteil aneignen: Bürgergruppen, Lobbyorganisationen, Nachbarschaftsinitiativen, Interessenvertretungen, Blockaden, Petitionen und Bürgerentscheide. Auf jedem Feld müssen Interessenverbände der Deutschen dem Meinungs- und Gestaltungsdiktat der fast schon totalitären Buntideologie entgegentreten. Institutionalisierte und damit permanente Interessenwahrnehmung in der Mittelebene über dem Straßenprotest, aber unterhalb der Parteibildung muss das strategische Ziel sein.» (Baumgartner 2015: 3) Dieses Zitat aus der *Sezession* zeigt einmal mehr: Die extreme Rechte hat verstanden, dass eine gesellschaftliche Diskursverschiebung nach rechts und die eigens propagierte «Kulturrevolution» nur mit einem Netzwerk aus unterschiedlichen Akteur\*innen gelingen können. Die Gründung eingetragener Vereine ist eine ebensolche «permanente Interessenwahrnehmung in der Mittelebene».

Die Zielgruppe der Bemühungen um die Etablierung einer rechten Bürgergesellschaft «sind dabei primär die eigentlich Unpolitischen, die es nun zu politisieren gilt», heißt es in einem weiteren Strategiepapier: «Sie müssen den Eindruck gewinnen, dass unser Weltbild schon bald das vorherrschende sein könnte.» (Kurz 2016: 27) Dabei sei behutsam vorzugehen: «Man muss die Leute dort abholen, wo sie stehen. Und: Der Köder muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.» (Meyer 2015: 30) Eine rechte Bürgergesellschaft will durch ein Engagement für deutsche Obdachlose und Bedürftige und/oder durch die Wiederbelebung regionaler Traditionen und Brauchtumpflege «zur Identifikation einladen, ja geradezu zur Identifikation nötigen. Sie erzeugt ein Wirgefühl, sie stärkt die eigene Identität». (Ebd.) Diese Zeilen können als praktische Handlungsanweisung für die eigene Szene gelesen werden, um das bereits

3 Diese Angaben beruhen auf der Zählung des Kulturbüros Sachsen e. V.

beschriebene Kernthema zu etablieren: «Niemand kann mehr ignorieren, dass das deutsche Volk ausgetauscht wird.» (Kurz 2016: 27) Es geht demnach beim Aufbau einer rechten Bürgergesellschaft nicht zuletzt um die Hinführung zu ebenjenen Inhalten rechter Propaganda und deren Ausweitung in den Lebensalltag der Menschen. Klar wird spätestens hier, dass solche Vereine nicht in erster Linie das Allgemeinwohl stärken sollen, sondern die eigene politische Agenda. Im großen Puzzle der unterschiedlichen Ideen und Schritte im Sinne der rechten «Kulturrevolution» kann die Vereinsarbeit als ein unverzichtbares Puzzleteil angesehen werden. Dass dieses Puzzle nicht in wenigen Tagen zusammensetzen ist, ist der extremen Rechten bewusst. «Zunächst muss auf eine Revolte hingedacht und hingearbeitet werden, auf eine Revolte gegen den Großen Austausch», meint Kubitschek (2016a: 13). Gemeint ist hier ein eher langfristiger Prozess. Es sei daher an dieser Stelle klargestellt, dass die Vereinsgründungen und die Aufnahme der Arbeit allein noch keine rechte «Kulturrevolution» auslösen. Sie werden jedoch durchaus mitgedacht.

Als eines der Vorbilder für politische Veränderungen wird die Regierung von Viktor Orbán genannt (Stahl 2019: 91). In Ungarn ist es rechten Ideolog\*innen in den letzten Jahren gelungen, die gesellschaftlichen Mehrheiten zu gewinnen und die eigene Macht schrittweise auszubauen und zu sichern (Tóth 2019). Bei der Frage nach Strategien, die politische Macht in Deutschland zu erlangen, heißt es mit Blick auf Ungarn: «Grundlegend dafür waren ganz konkrete und einfache Maßnahmen, wie die Gründung von «Bürgerkreisen», Vernetzungen und Mitgliederbetreuung im Stil moderner NGOs, Nutzung sozialer Medien und die harmonische Zusammenarbeit von Partei, Bewegung und metapolitischen Denkern.» (Sellner 2016: 22)

Theoretiker\*innen der extremen Rechten haben in den letzten Jahren immer wieder sehr offen beschrieben, wie die politische Wende oder «Revolte» umgesetzt werden soll. Klar wird dabei, dass die deutliche Zunahme eingetragener Vereine durch Akteur\*innen der Szene kein Zufall ist. Vielmehr hat sich offenbar ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass eine Veränderung der politischen Kultur nicht mit einzelnen Parteien, Organisationen oder Personen möglich ist. Um Diskursmacht zu erhalten, muss angestrebt werden, dass sich die Mitwirkung extrem rechter Akteur\*innen in ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen normalisiert. So werden zusätzliche Gelegenheitsstrukturen geschaffen, die es ermöglichen, dass etwa nationalistisches und rassistisches Denken zu einer legitimen Meinung und damit zur Normalität wird, die nicht mehr infrage gestellt wird. Mit dem Wissen um die gemeinsame Bewegungsidee können sich die Obdachlosenvereine um Obdachlose kümmern, die Kulturvereine Kultur veranstalten und die Literaturvereine Bücher vorstellen. Im Sinne einer Arbeitsteilung, wie ich sie oben beschrieben habe, müssen sie sich dann nicht selbst rassistisch, chauvinistisch oder islamfeindlich positionieren. Sie transportieren die Gedanken der Bewegung mit, indem sie Zugehörigkeit signalisieren und den extrem rechten Akteur\*innen aus dem politischen Raum die Orte und Bilder liefern, die sie für ihre Strategie der «Selbstverharmlosung» benötigen.



Vor Ort werden dann oft diejenigen zur Zielscheibe, die das Wirken der Vereine kritisch thematisieren und problematisieren, während rechtes Denken zugleich relativiert und verharmlost wird. So entsteht eine Schweigespirale, weil kritische und menschenrechtsorientierte Aktive keine Rückendeckung erhalten und sich nicht mehr öffentlich äußern (können). Dies trifft ländliche Regionen ungleich härter als den großstädtischen Raum. Demografische Transformationsprozesse, soziale Segregationsprozesse, der Verlust gut ausgebildeter und qualifizierter Menschen sowie Anpassungs- und Konformitätsdruck sind im ländlichen Raum stärker ausgeprägt (Freiheit u. a. 2020: 202 ff.). Die gesellschaftliche Verfestigung extrem rechter Positionen über Selbstverharmlosungsstrategien und die Gründung gemeinnütziger Vereine ist dann nur schwer aufzuhalten.

### **Das Wirken rechter Vereine an einzelnen Beispielen**

Der mehrfach vorbestrafte Pegida-Gründer Lutz Bachmann hatte bereits in der Anfangszeit seiner Demonstrationsbewegung immer wieder Obdachlose als diejenigen in Stellung gebracht, um die sich der deutsche Staat nicht ausreichend bemühe. In verschiedenen Reden betonte er 2014/15, dass Asylsuchende eine «Rundumversorgung» genießen, deutsche Obdachlose dagegen vernachlässigt würden. Bedürftige «Deutsche» wurden hier nicht zum ersten Mal gegen Geflüchtete ausgespielt. Neu war aber, dass 2016 im Umfeld von Pegida ein Verein entstand, der sich dauerhaft der Unterstützung von Obdachlosen widmen wollte. Zur Gründung des DBHDOB e.V. kamen am 21. Juli sieben Dresdner\*innen in einem Autohaus zusammen. Der gewählte 1. Vorsitzende Ingolf Knajder hatte in der Vergangenheit keinen Hehl aus seinem aktiven Engagement für Pegida gemacht. Er und der 2. Vorsitzende Uwe Riedel teilten zudem in sozialen Medien mehrfach die asylfeindlichen Posts extrem rechter Akteur\*innen oder äußerten sich selbst abwertend über Asylsuchende. In einem Interview soll Knajder 2016 gesagt haben, dass man sich klar entschieden habe, «Asylanten und Flüchtlingen» nicht helfen zu wollen, da diese «in einem Rundumservice versorgt» seien, «der seinesgleichen» suche (zit. n. Teidelbaum 2018). Nachdem diese und ähnliche Äußerungen Kritik hervorgerufen hatten und seine angesehene Stellung in Dresden gefährdeten, war der Verein darum bemüht, abwertende Statements über Geflüchtete zu unterlassen. Einige Jahre später, im Dezember 2019, klagte Knajder gegen einen Fernsehbeitrag des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), demzufolge der DBHDOB e.V. nur deutschen Obdachlosen und Bedürftigen helfe. Von der Verankerung in der rechten Szene hatte man sich allerdings keineswegs gelöst. Eine Werbeanzeige für den Verein erschien im *Compact*-Magazin. Unmittelbar nach der Gründung wurden die ersten Videoclips im Internet veröffentlicht, in denen Aktionen für Bedürftige in Szene gesetzt wurden. Verantwortet und verbreitet wurden diese Filme von der Gruppierung «Ein Prozent».

Wie erfolgreich der DBHDOB e.V. mit seiner Arbeit zunächst war, zeigte sich unter anderem daran, dass renommierte Dresdner Unternehmen in der Öffentlichkeit als

Spender auftraten. Unterstützung erhielt der Verein zudem von einem CDU-Stadtrat und von Kommunalpolitiker\*innen der Freien Wähler. Im Vorstand engagierte sich zeitweilig ein damaliges Mitglied der FDP-Stadtratsfraktion. Daneben gibt es – erwartungsgemäß – eine besondere Nähe zur AfD. So waren in einem Videoclip zum Dresdner Weihnachtessen Politiker\*innen der Partei zu sehen, wie sie Essen an Bedürftige ausgeben. Was der Verein vorübergehend erreicht hatte, war eine Akzeptanz der eigenen Arbeit bis weit in ein nicht rechtes, bürgerliches Spektrum der Stadt Dresden hinein. Erst durch Interventionen von Antifaschist\*innen und einer kritischen Öffentlichkeit konnte die Etablierung des DBHDOB e. V. als anerkannter sozialer Player (vorerst) gestoppt werden. Die Unterstützerkreise schrumpften auf die eigene rechte Blase zurück. In der Weihnachtszeit 2020 waren es dann wieder vornehmlich extrem rechte Akteur\*innen wie der Organisator der Neonazi-Demonstrationen zum 13. Februar, Maik Müller, und einige AfD-Politiker\*innen, die sich in den sozialen Medien als Unterstützer\*innen des Vereins präsentierten.

Ein zweites Beispiel ist der am 7. März 2018 in Dresden gegründete eingetragene Verein für ein extremismusfreies Sachsen, der in der Öffentlichkeit unter der Bezeichnung «Exfreisa» firmiert. Unter den sieben Gründungsmitgliedern befanden sich Sebastian Wippel und Carsten Hütter, Landtagsabgeordnete der AfD, der Publizist und Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion Felix Menzel, der AfD-Kreisrat Dirk Wartenberg sowie Achim Exner, Mitbegründer von Pegida. Auf seiner Webseite präsentiert sich der Verein in der Tradition der Extremismus-Doktrin, also der vereinfachenden Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus. Mit Projekten und Initiativen, Informationsveranstaltungen, politischer Bildungs- und Aufklärungsarbeit für junge Menschen sowie der Auswertung der Arbeit von Exekutive, Legislative und Judikative in Sachsen wolle man Extremismusprävention betreiben. Daneben heißt es in der Selbstdarstellung: «Wir wenden uns nicht gegen den Extremisten als Menschen. Gemäß dem Prinzip ›Hoffnung‹ geben wir keinen deutschen Staatsbürger auf, der sich von einem Irrweg abwenden möchte.» (VeS o. J.)

Zwischen Juli 2018 und Juni 2019 gab der Verein nahezu monatlich die Zeitung *Jugend spricht* mit einer Printauflage von 1.000 Stück und einem online zugänglichen PDF heraus. Verantwortlicher Vertreter im Sinne des Pressegesetzes war zunächst der AfD-Landtagsabgeordnete Roberto Kuhnert aus dem Landkreis Görlitz. Später übernahm Annegret Kuhnert, die Mitarbeiterin des AfD-Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla, diese Aufgabe. Die Aufmachung der Zeitung erinnert im Layout und in den Inhalten an die *Blaue Post* der sächsischen AfD-Landtagsfraktion. Zielgruppe waren vor allem Schüler\*innen, vorübergehend arbeiteten einige Gymnasiast\*innen an der Zeitung mit. Neben globalen und nationalen Themen gab es einige regionale Artikel zu Ostsachsen, wo das Blatt immer wieder im Umfeld von Schulen verteilt wurde. Auf einem Instagram-Kanal und in einer Whatsapp-Gruppe wurden Jugendliche zudem aufgefordert, sich zu politischen Themen einzubringen. Hier blieb der Kreis der Abonnent\*innen mit knapp 130 bei Instagram (Stand 1.10.2021) aller-

dings weit hinter den eigenen Erwartungen zurück. Doch unabhängig davon zeigt die Arbeit des Vereins, wohin die Reise gehen soll: die politische Bildung als ein Feld zu etablieren, auf dem die AfD in ihrem Sinne agieren kann. Zudem zeigen sich hier weitere Verbindungen in die extreme Rechte: Gründungsmitglied Felix Menzel hatte in der Vergangenheit mit dem Aufbau der Schülerzeitung und des späteren Zeitungs- und Onlineprojekts *Blaue Narzisse* bewiesen, dass er in der Lage ist, Publikationen mit rechten Inhalten erfolgreich umzusetzen (Breuer u. a. 2020: 116f.). Zudem ist er als jahrelanger enger Begleiter von Götz Kubitschek mit der Idee vertraut, eine rechte Bürgergesellschaft zur Umsetzung einer «Kulturrevolution» aufzubauen.

Neben dem Verein für ein extremismusfreies Sachsen e. V. entstanden in den letzten Jahren weitere Vereine in Sachsen, die im Feld der politischen Bildungsarbeit aktiv sind, darunter unter anderem der eingetragene Verein zur Förderung politischer Bildung aus Kamenz und Pro Mitsprache e. V. aus Dresden. Der dritte Verein, auf den hier näher eingegangen werden soll, ist der Haamtleit e. V. («Heimatleute») aus Löbnitz im Erzgebirge, ein Heimatverein, der sich der lokalen Traditions-, Brauchtums- und Mundartpflege verschrieben hat. Seit seiner Gründung 2016 veranstaltet der Verein unter anderem den «Erzgebirgischen Heimattag» als großes Freiluftfest, bei dem lokale Traditionen im Mittelpunkt stehen sollen. Die Veranstaltung steht in der Tradition des Schieferlochfestes, das in Löbnitz am gleichen Ort in der Vergangenheit stattfand. Zum Heimattag kamen zwischen 2016 und 2019 mehrere Hundert Menschen aus der Region. Es gab Heimatmusik, ein Programm für Kinder, regionales Essen und Getränke, Verkaufsstände sowie die Möglichkeit, sich im Schnitzen oder Klöppeln zu versuchen. Als einer der Organisatoren und Ideengeber trat in der Öffentlichkeit Max Eska (vgl. Wendland 2016) in Erscheinung, der sich in dieser Zeit fest in der Identitären Bewegung verortete und an zahlreichen ihrer Aktionen teilnahm. Eine der Vorsitzenden des Vereins war Anett P., die laut Vereinsunterlagen auch Mitglied des neonazistischen Oelsnitzer Vereins «Unsere Heimat – unsere Zukunft» war. Für mindestens vier weitere Personen, die für den Haamtleit e. V. bei der Durchführung der Heimattage in Erscheinung traten, ist ebenfalls eine klare Verbindung in die extrem rechte Szene der Region nachweisbar. Auf den Heimattagen wurden neonazistische Tattoos und Outfits zur Schau getragen, an einem Verkaufstand entsprechende Kleidung angeboten. Nachdem Antifaschist\*innen vor Ort diese Verbindungen thematisiert hatten, stellten sich Mitglieder des Vereins im Löbnitzer Stadtrat den Fragen der Stadträt\*innen und stritten ab, etwas mit extrem rechten Ideen zu tun zu haben. Heutzutage werde, wie in der Diskussion im Stadtrat betont wurde, «übersensibel» reagiert, wenn irgendwer etwas mit «Heimat» organisiere (o. A. 2017). Und so war es in all den Jahren möglich, dass der Haamtleit e. V. von der Stadt bei der Durchführung seiner Veranstaltungen unterstützt wurde und mit Unternehmen und anderen Vereinen aus der Region zusammenarbeitete. Auf den Weihnachtsmärkten in der Stadt war er stets mit eigenem Stand vertreten. Die lokale Ausgabe der *Freien Presse* berichtete immer wieder wohlwollend über seine Aktivitä-

ten. Derweil bewegten sich einige seiner Mitglieder auch auf einschlägigen Events wie Demonstrationen des Vereins Freigeist e.V. des Neonazis Stefan Hartung oder dem extrem rechten Kampfsportevent Tiwaz (EXIF 2019). Auf letzterer Veranstaltung waren auch Personen, die dem Unterstützungsumfeld des NSU zugerechnet werden. Trotz dieser Verbindungen kamen zahlreiche Menschen aus der Region außer zum Heimattag auch immer wieder zu den diversen Liederabenden, Wanderungen oder Fahrradausflügen des Haamtleit-Vereins.

## **Fazit**

Der autoritäre Nationalradikalismus ist laut den Autor\*innen des Buches «Rechte Bedrohungsallianzen» weitaus gefährlicher als der klassische Rechtsextremismus und Neonazismus: Er sei vor allem darauf angelegt, einen Normalisierungsprozess umzusetzen. Mit einem langfristigen Eindringen in gesellschaftliche Institutionen und Bereiche sollen diese destabilisiert und autoritäres Denken sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)<sup>4</sup> zu einer neuen Norm werden (Freiheit u. a. 2020: 126 ff.). Sei dies erst einmal geschehen, lasse sich autoritärer Nationalradikalismus deutlich schwieriger problematisieren.

Die rechten Szenen haben in den letzten Jahren enorme Modernisierungen, Qualitätsveränderungen und Lernprozesse durchlaufen. Die klaren Abgrenzungslinien demokratischer Akteur\*innen zu den Milieus, die eine Orientierung an Gleichwertigkeit und Menschenrechten ablehnen, können so möglicherweise erodieren (ebd.: 124 f.). Grundlegend für Normalisierungsprozesse sind die sozialräumlichen Gelegenheitsstrukturen. Das, was sich im alltäglichen Leben der Bezugsgruppen in der Gesellschaft abspielt, schafft langfristig ebenjene Erfahrungen, die als Normalität wahrgenommen werden. Hierbei kann eingetragenen Vereinen und ihren Aktivitäten vor Ort eine tragende Rolle zukommen. Trotzdem sollte in der Analyse Vorsicht geboten sein: Theorie und Praxis klaffen in der extremen Rechten oft weit auseinander.

Auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung geht es den neuen rechten Vordenker\*innen in einem ersten Schritt um eine geistige völkische Revolte und in einem zweiten um die Mobilmachung einer rechten Bürgergesellschaft, umgesetzt durch rechte Graswurzelbewegungen und die Etablierung von festen Strukturen. Zusammen machen genau diese beiden Schritte die «Kulturrevolution» aus, von der in neurechten Schriften immer wieder die Rede ist. Sie sind nicht getrennt voneinander zu betrachten, sondern bedingen einander. Dieser Beitrag sollte verdeutlichen, dass einzelne rechte Akteur\*innen bereits am zweiten Schritt arbeiten. Die kleinteilige, alltagsweltliche und regional begrenzte Arbeit einer rechten Vereinslandschaft verfolgt genau diese Basisarbeit. Mit dem Eintrag ins Vereinsregister werden Voraussetzun-

<sup>4</sup> Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) ist ein sozialwissenschaftlicher Begriff. Das so bezeichnete Syndrom umfasst verschiedene Einstellungsdimensionen wie Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Homophobie, Sexismus und Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

gen für etablierende Strukturen geschaffen. In einem dritten Schritt wird es dann um die Mobilmachung der so entstandenen völkischen Bürgergesellschaft für eine rechte Revolte gehen, um den liberal-demokratischen Parlamentarismus durch eine nationalistisch-autoritäre Ordnung zu ersetzen. Selbstverständlich steht diese Revolte nicht unmittelbar bevor, und die Arbeit einer Reihe der neu gegründeten Vereine ist derzeit noch ineffektiv und oft nur von begrenzter Dauer. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht eine deutliche Lücke. Zudem sind die Normalisierungs- und Raumgewinne selbst in Sachsen (noch) nicht flächendeckend. Wenn uns heute 42 Vereine bekannt sind, in deren Vorständen extrem rechte Mitglieder sitzen, und wir von einer größeren Dunkelziffer ausgehen müssen, dann ist das einerseits ernst zu nehmen. Jeder einzelne dieser Vereine könnte dazu in der Lage sein, bisher noch nicht erreichte Milieus der Gesellschaft für extrem rechtes Gedankengut zu öffnen oder zumindest mit diesem in Berührung zu bringen. Andererseits existieren allein im Bundesland Sachsen rund 30.000 eingetragene Vereine (Sächsisches Staatsministerium der Justiz 2017); der Anteil derer, die aktiv an einer rechten Bürgergesellschaft und deren Etablierung mitarbeiten, bleibt im Verhältnis dazu im unteren Promillebereich. Was allerdings gelingt, ist die zunehmende Normalisierung von rechten Akteur\*innen und Ideen in bestimmten gesellschaftlichen Bezugsgruppen in einzelnen Regionen, vorerst in einem regional und räumlich sehr begrenzten Rahmen: Wenn es etwa einem rechten Obdachlosenhilfverein vorübergehend gelingt, mit Stadträt\*innen nicht rechter Fraktionen oder seriösen Unternehmen der Region zusammenzuarbeiten. Wenn junge Gymnasiast\*innen an der Jugendzeitung eines Vereins mitarbeiten, der von AfD-Funktionär\*innen dominiert wird. Oder wenn ein Verein im Erzgebirge eine dreistellige Zahl von Menschen für seine Veranstaltungen begeistern kann. Hier werden Personen, die durch Vereinsaktivitäten in Erscheinung treten, als tatkräftige Mitglieder des Gemeinwesens wahrgenommen und akzeptiert. Eine Abgrenzung zu ihnen und ihren politischen Positionen findet in der Regel nicht statt. Auf diese Weise werden unter anderem Ideologien der Ungleichwertigkeit stabilisiert.

Folgt man dem konzentrischen Eskalationsmodell als Analyserahmen für «rechte Bedrohungsallianzen» (Freiheit u. a. 2020: 59), dann bildet sich durch die Stabilisierung von GMF in der Gesellschaft die Legitimation für Milieus des autoritären Nationalradikalismus. Das Modell beschreibt, wie die Abwertung von markierten Gruppen als Legitimationsmuster für politische Bewegungen, Parteien und rechtsterroristische Vernichtungsakteur\*innen wirkt (ebd.: 58 ff.). Mit Blick auf die oben beschriebene Renaissance der rechten Bewegungsidee lassen sich ein pegidanaher Obdachlosenhilfverein, ein politischer Bildungsverein der AfD oder ein rechter Heimatverein im Erzgebirge eben nicht völlig losgelöst von denen betrachten, die rechte Ideologien in mörderische Gewalt umsetzen. Wenn die Normalisierung von GMF, die langfristig und im Alltag stattfindet, nicht permanent problematisiert und verhindert wird, dann wird sie dazu beitragen, diese rechte Bewegung zu stabilisieren. Eine breite und verzweigte Basis regionaler Akteur\*innen ist die Grundlage für eine

politische Bewegung. Dass sich darin wiederum Täter\*innen ermutigt fühlen, ihren Hass in Gewalt umzusetzen, wissen wir nicht erst seit den Anschlägen von Hanau und Halle. Wem daran gelegen ist, den rechten Täter\*innen ihre Legitimationsbasis zu entziehen, der oder die sollte mit der Auseinandersetzung nicht erst beginnen, wenn die rechtsterroristischen Vereinigungen bereits bestehen.

## Literatur

- AIB – Antifaschistisches Infoblatt (Hrsg.) (2018): Rassistische Mobilisierungen in Chemnitz, in: AIB 120.
- Baumgartner, Falko (2015): Der zweite Atem der PEGIDA, in: Sezession 4/2015, S. 2–3.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2019): «Umvolkung» und «Volkstod». Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, Ulm.
- Breuer, Jens/Kovahl, Ernst/Reuß, Maria/Schwarz, Patrick (2020): Who-is-Who. Eine unvollständige Vorstellung von Aktivist\*innen der «Neuen Rechten», in: der rechte rand (Hrsg.): Das IfS. Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre «Institut für Staatspolitik», Hamburg, S. 113–118.
- Bruns, Julian/Strobl, Natascha (2020): Eine schrecklich nette Familie. Zum Verhältnis der Identitären und der Neuen Rechten, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin, S. 231–255.
- Camus, Renaud (2016): Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda.
- Elsässer, Jürgen (2015): Rede auf der *Compact*-Konferenz, 24.10.2015, Berlin, [www.youtube.com/watch?v=kv00omV94zs](http://www.youtube.com/watch?v=kv00omV94zs).
- EXIF – Recherche und Analyse (2019): «Tiwaz» 2019: Neonazis & Hoologans trainieren für Straßenkampf & «Tag X», 17.6.2019, <https://exif-recherche.org/?p=6105>.
- Freiheit, Manuela/Heitmeyer, Wilhelm/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II., Frankfurt a. M.
- Gall, Jan (2020): Sarrazin als Fanal?, in: der rechte rand (Hrsg.): Das IfS. Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre «Institut für Staatspolitik», Hamburg, S. 79–82.
- Heide, Stephanie (2020): Die Akademien vom Ziegenhof, in: der rechte rand (Hrsg.): Das IfS. Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre «Institut für Staatspolitik», Hamburg, S. 165–168.
- Kaiser, Benedikt (2016): Abstiegsangst und Aufbegehren im Krisenkapitalismus, in: Sezession 12/2016, S. 28–31.
- Korsch, Felix (2016): Wehrhafter Rassismus. Materialien zu Vigilantismus und zum Widerstandsdiskurs der sozialen Bewegung von rechts, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 17, Berlin, S. 15–54.

- Kubitschek, Götz (2016a): Hygienefimmel und Thymos-Regulierung, in: *Sezession* 2/2016, S. 10–13.
- Kubitschek, Götz (2016b): Schlingen im Widerstandsmilieu, in: *Sezession* 6/2016, S. 26–29.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung, in: *Sezession* 7/2017, S. 26–28.
- Kurz, Georg (2016): Weltbildfixierung, Weltbildwechsel, in: *Sezession* 12/2016, S. 24–27.
- Lisson, Frank (2008): Widerstand. Lage. Traum. Tat, Schnellroda.
- Menzel, Felix (2016): Kehrt die Gewalt zurück?, in: *Sezession* 4/2016, S. 34–37.
- Meyer, Lutz (2015): Die Erreichbarkeit der noch nicht Erreichten, in: *Sezession* 10/2015, S. 30–35.
- NS Heute (2018): Weltanschauung & Rock 'n' Roll. Im Gespräch mit Lunikoff, 8/2018.
- o. A. (2017): Lößnitzer Haamitleit: Wir sind nicht braun, in: *Freie Presse*, 23.9.2017.
- Sächsisches Staatsministerium der Justiz (2017): Alles zum Verein, Dresden.
- Sellner, Martin (2016): Polarisierung und Wende – von Ungarn lernen, in: *Sezession* 2/2016, S. 18–22.
- Stahl, Enno (2019): Die Sprache der Neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien, Stuttgart.
- Teidelbaum, Lucius (2018): Ein Herz für (deutsche) Obdachlose?, in: *der rechte rand* 170.
- Tóth, István (2019): Orban, in: *der rechte rand* 176.
- VeS – Verein für ein extremismusfreies Sachsen (o. J.): Über uns, Homepageeintrag, [www.extremismusfreies-sachsen.de](http://www.extremismusfreies-sachsen.de).
- Waldstein, Thor v. (2016): Zehn Thesen zum politischen Widerstandsrecht, in: *Sezession* 2/2016, S. 30–32.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.
- Wendland, Ralf (2016): Heimattag: Bunt statt braun, in: *Freie Presse*, 15.8.2016.

Arbeitskreis Anastasia

## **DIE ANASTASIA-BEWEGUNG**

### **IDEOLOGIE UND AKTEUR\*INNEN EINER RECHTSESOTERISCHEN SIEDLUNGSBEWEGUNG**

#### **Einleitung**

Der Arbeitskreis Anastasia hat sich 2018 aufgrund der erhöhten Aktivitäten und Ausbreitung der rechtsesoterischen Anastasia-Bewegung gegründet. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Informationen und Rechercheergebnisse über diese Esoterikströmung zusammenzutragen und darüber in Vorträgen und Workshops aufzuklären. Neben der Ideologie der Anastasia-Bewegung, die auf den Ausführungen des russischen Autors Wladimir Megre basiert, fokussieren wir in diesem Beitrag speziell auf die im Ökologie- und Naturschutzbereich existierenden Verknüpfungen, denn alle Beteiligten des Arbeitskreises sind durch ihr Studium oder ihr privates Interesse im Bereich Naturschutz, Landwirtschaft und Forstwirtschaft auf völkische, rassistische und andere problematische Tendenzen gestoßen. Diese Verbindungen haben wir im universitären als auch antifaschistischen Kontext erforscht. Des Weiteren stellen wir einzelne Akteur\*innen, ihre Aktivitäten und die gut vernetzte Szene vor. Ein Blick darauf, wie diese Siedlungsbewegung mit den Entwicklungen rund um die Coronapandemie umgeht, ermöglicht einen aktuellen Bezug.

#### **Ideologie der Anastasia-Buchreihe**

Als Grundlage der Anastasia-Bewegung – auch als Familienlandsitz-Bewegung bekannt – dient die zwischen 1996 und 2010 in Russland erschienene zehnbändige Romanreihe «Die klingenden Zedern Russlands» von Wladimir Megre. Auf Deutsch wurden die Bände zwischen 1999 und 2011 herausgegeben. Die Buchreihe bewegt sich irgendwo zwischen Fantasy und Science-Fiction. Das, was die fiktive Figur der Anastasia bzw. der Autor Waldimir Megre über bestimmte Themen zu sagen hat, wird von den Anhänger\*innen der Bewegung als Wahrheit und Anleitung für ein besseres Leben angenommen. Megre bedient sich in seinen Büchern verschiedener Religio-



nen, Sekten und Kulte, wobei er kein einheitliches Konzept verfolgt, sondern seine Vorstellungen von einem Band zum anderen ändert.

Beim Blick auf die Buchreihe sticht die merkwürdige Nummerierung ins Auge. Es gibt die Bücher 1 bis 7, 8.1, 8.2 und 10 – einen Band 9 gibt es nicht. Megre fordert die Leser\*innen auf, den Inhalt von Band 9 durch ihr Wirken auf eigenen Familienlandsitzen selbst zu erschaffen (Megre 2003b: 60). Während der erste Band der Anastasia-Reihe relativ harmlos erscheint und eher einzelne Abschnitte skeptisch stimmen, nehmen die problematischen Passagen in den folgenden Büchern deutlich zu. Im Folgenden skizzieren wir den Inhalt und beleuchten einige Aspekte näher.

### *Die Traumreise des Wladimir Megre*

Die Buchreihe beginnt mit einer angeblichen Reise, die der Autor Wladimir Megre in die russische Taiga unternommen haben soll, um eine «klingende Zeder», einen Zedernbaum, dem Heilkräfte nachgesagt werden, zu finden. «Gott erschuf die Zeder als Speicher kosmischer Energien [...]. Mit Millionen ihrer Nadeln empfängt und speichert sie Tag und Nacht lichte Energie.» (Megre 2003a: 11) Megre preist Zedernöl als Allheilmittel an, wobei er selbst über das einzig richtige Rezept zur Herstellung verfüge. So wird in Onlineshops (z. B. von der Megre GmbH von Sergej Rusak) das Zedernöl unter dem Warenzeichen «Die klingenden Zedern Russlands» zu horrenden Preisen angeboten. So lässt sich nicht nur mit dem Verkauf der (Hör-)Bücher, sondern auch mit diversen Zedernprodukten gutes Geld verdienen.

Auf dem Weg zu dieser «klingenden Zeder» trifft Megre eine Frau namens Anastasia: «Vor mir stand eine junge, tadellos gebaute Frau mit langem, goldblondem Haar. [...] Alles an dieser Taiga-Lady war attraktiv und bezaubernd.» (Ebd.: 25) Megre verliebt sich in Anastasia und zeugt mit ihr zwei Kinder. Was dann folgt, gleicht einer Fantasygeschichte: Anastasia kann nicht nur mit Tieren reden, mit einem Strahl Menschen heilen und sich per Telepathie unterhalten, sie weiß auch, dass die Welt einzig durch Kleingärtner gerettet werden kann. «Menschen, die ein eigenes Stück Land bearbeiten, geht es besser, und viele von ihnen leben auch länger.» (Ebd.: 70) Auf Grundlage dieser angeblichen Aussage entwickelt Megre das Ideal des Kleingärtners zu einem Konzept der sogenannten Familienlandsitze weiter. Jede Familie soll einen Hektar Land besitzen, ein Haus darauf errichten und möglichst autark leben. Ein einzelner Hof wird Familienlandsitz genannt, empfohlen wird, dass sich mehrere Familienlandsitze zu einer Siedlung zusammenschließen.

Megre beschreibt auf der einen Seite die gute, ursprüngliche, durch Anastasia symbolisierte Lebensweise, in der die Menschen ihre natürlichen Fähigkeiten (mit Tieren reden, Telepathie, Heilkräfte) ausleben könnten, und auf der anderen Seite – als Gegenpol dazu – das moderne Leben in den Städten, das durch Technik, Krankheiten und Vereinsamung geprägt sei. «Die Menschen werden verstehen, dass die technokratische Entwicklung zum Untergang führt, und man wird sich an den Ursprung wenden. [...] Ich will damit sagen, dass sie durch ihre Arbeit den Vorgang beschleu-

nigen und damit auch zur Bewusstwerdung der Fehlentwicklung beitragen.» (Ebd.: 49) «Technokratie», also die Ausrichtung von Regierungen und Verwaltungen nach wissenschaftlichem und technischem Wissen, ist ein Lieblingswort von Megre, das er immer wieder als Grund dafür anführt, warum in unserer Welt vieles schief läuft.

### *Heimat, Familie und Ahnen*

Die Bedeutung eines Familienlandsitzes unterstreicht Megre damit, dass es angeblich nur durch den eigenen Bodenbesitz möglich sei, in Kontakt mit seinen Ahnen zu treten: «Wähle dir zunächst einen Ort auf der Erde aus. [...] Dort nimm dir einen Hektar Land. Suche das Land gut aus, denn diese Entscheidung soll für Jahrhunderte gelten.» (Megre 2005: 168) Einen Familienlandsitz gestalten, einen Garten anlegen und ein eigenes Haus bauen – all das seien Taten, mit denen Botschaften der Vorfahren an folgende Generationen übermittelt werden könnten. Dabei betont er die angestrebte Sesshaftigkeit in Abgrenzung zur modernen, globalisierten und flexiblen Welt.

Auch den Heimatbegriff verknüpft er mit den Ahnen: «Ich fragte sie, was zu tun sei, um Kriege zu vermeiden – irdische wie interplanetare –, um der Kriminalität Einhalt zu gebieten und um gesunde, glückliche Kinder zu haben. Sie antwortete: «Wladimir, alle Menschen brauchen den Rat: Holt euch eure Heimat zurück!» (Ebd.: 153) Heimat beschreibt er als den Ort, wo sich die «Daseinsebenen» eines Menschen vereinen und man geboren wurde.

Obwohl Megre immer wieder die Bedeutung eines eigenen Stückes Land sowie der Vorfahren hervorhebt, kann nicht von einer richtigen Blut-und-Boden-Ideologie gesprochen werden, denn Megre schreibt weniger von «Rasse» oder Volk, als dass er die einzelne Person und deren Entwicklung in den Vordergrund stellt. Seine Konzepte lassen sich aber gut in diese Richtung weiterentwickeln und bieten entsprechende Anknüpfungspunkte. So beschäftigen sich Akteur\*innen der rechten Szene intensiv mit Megres Ideen (z. B. Frank Willy Ludwig, siehe unten).

Das in den Büchern vermittelte Rollenbild ist reaktionär. So lässt Megre Anastasia sagen: «Ich möchte gern noch einmal eine Stadt besuchen [...], um mich zu überzeugen, ob ich mir bestimmte Situationen in eurem Leben richtig vorstelle. Zum Beispiel ist es mir unbegreiflich, wie die dunklen Kräfte es schaffen, die Frauen dermaßen zu verdummen, dass sie ahnungslos die Männer mit ihren Reizen anziehen und ihnen somit die richtige Wahl unmöglich machen, die Wahl der Seele. Dann müssen sie leiden, weil sie keine richtige Familie haben können, denn ...» Und wieder stellte Anastasia verblüffende, anspruchsvolle Überlegungen an, diesmal über Sex, Familie und Kindserziehung.» (Megre 2003a: 56) In diesen «verblüffenden und anspruchsvollen Überlegungen» werden moderne Frauen als dumm und lüstern beschrieben; die ideale Frau dagegen als unterwürfig und auf ihre Rolle als Muse des Mannes beschränkt. Auch die Anhänger\*innen der Anastasia-Bewegung leben sehr traditionelle Rollenbilder: Frauen sind die Hüterinnen der Familie, naturverbunden und übernehmen die häusliche Arbeit. Männer dagegen sollen vor allem handwerkliche

Tätigkeiten ausüben und sind für Garten- und Hausbau zuständig. Sex ist beispielsweise nur dann gut und richtig, wenn dadurch ein Kind gezeugt werden soll, Homosexualität ist dagegen per se schlecht. Megre schreibt: «[...] begegnet sie jeweils einem Mann, der ihr seelisch sehr nahesteht und mit dem sie glücklich sein könnte. Was besonders wichtig wäre: Sie würden ein Kind zeugen, das der Welt viel Gutes geben könnte.» (Ebd.: 120 f.) Auf der Homepage des Siedlungsprojekts Weda Elysia, das die Anastasia-Bücher als Grundlage für ihr Lebenskonzept verwendet, ist zu lesen: «Eine Familie besteht für uns aus Vater (Mann), Mutter (Frau) und Kind/ern.» (Zit. n. Freitag 2019)

Megre greift in seiner Buchreihe auch das Konzept der Telegonie auf. Die Telegonie war ein Bestandteil der Vererbungslehre des 19. Jahrhunderts, die später zur Grundlage der nationalsozialistischen «Blutschutz-Gesetze» wurde. Demnach bestimmen frühere Geschlechtspartner der Frau die Eigenschaften eines Kindes. Megre schreibt dazu: «Wenn eine Frau eine voreheliche Beziehung hatte, dann ist die Wirkung ihres ersten Mannes auf das Äußere und den Charakter des Kindes, das sie mit einem anderen Mann, zum Beispiel ihrem Ehemann, haben wird, bereits vorprogrammiert.» (Megre 2007: 145) Im Gegensatz zur NS-Ideologie gibt es aber laut Megre die Möglichkeit, sich von der Wirkung der Telegonie durch ein Ritual wieder «reinzuwaschen» (ebd.: 145 ff.).

### *Der uralte Kampf Gut gegen Böse*

Des Weiteren sind die Bücher von rassistischen und antisemitischen Passagen durchzogen. So spricht Megre immer wieder von einem alten Volk – im sechsten Band als «Wedrussen» bezeichnet –, das alle magischen Fähigkeiten Anastasias besessen habe. «Wir – Asiaten, Europäer, Russen und diejenigen, die sich vor kurzem Amerikaner genannt hatten, sind in Wirklichkeit Menschen-Götter aus einer Zivilisation der Wedrussen.» (Megre 2003b: 104) Die Wedrussen werden als blond und blauäugig beschrieben, die Überhöhung als Menschen-Götter ist als rassistische Abgrenzung zu anderen zu verstehen. Mit dem Begriff der Wedrussen bezieht sich Megre auf das Vedische, eine Sprache und Kultur, die ab 1500 vor Christus im Norden Indiens vorherrschte. Megre behauptet, daraus habe sich die vorchristliche slawische Zivilisation entwickelt (ebd.: 104 ff.). Für diese These gibt es keine wissenschaftlichen oder historischen Belege.

Das angebliche Zeitalter der Weden wurde laut Megre vom Zeitalter des Okkultismus abgelöst, in dem geheime Mächte die Geschicke der Welt lenken (ebd.: 105). Okkult bedeutet so viel wie «verborgen» oder «geheim». Anastasia habe im Unterschied zu den meisten Menschen den Okkultismus durchschaut: «Die Völker der Erde werden heute von nur sechs Menschen beherrscht – von Priestern. Ihre Dynastien sind zehntausend Jahre alt. Von Generation zu Generation geben sie ihren Nachkommen das okkulte Wissen weiter. [...] Unter den sechs gibt es einen Oberpriester, der sich so nennt und sich heute für den obersten Führer der menschlichen Gesellschaft

hält.» (Ebd.: 165) Oft spricht Megre nur nebulös von «dem Okkulten» oder «okkulten Kräften», in anderen Passagen wird er aber eindeutig und ersetzt «okkult» durch «jüdisch». Megre erweitert die biblische Geschichte von Moses, in der Moses das jüdische Volk aus Ägypten in die Wüste führt, durch die Erzählung, dass Moses ein Handlanger des «Oberpriesters» gewesen sei und die Jüdinnen und Juden während der Zeit in der Wüste «programmiert» habe, sodass diese jetzt als «biologische Roboter» funktionierten. Weil die Jüdinnen und Juden «programmiert» worden seien, seien sie nur bedingt schuldfähig, zum Beispiel für ihre vermeintliche Geldgier. Allerdings sei es auch kein Zufall, wenn ihnen im Verlauf der Zeitgeschichte so viel Unheil widerfahren sei. «Da das schon mehr als ein Jahrtausend geschieht, kann man den Schluss ziehen, dass das jüdische Volk vor den Menschen Schuld hat. Aber worin besteht die Schuld? Die Historiker [...] sprechen davon, dass sie Verschwörungen gegen die Macht anzettelten. Sie versuchten, alle zu betrügen, vom Jungen bis zum Alten. [...] Das bestätigt die Tatsache, dass viele Juden wohlhabend sind und sogar auf die Regierung Einfluss nehmen können.» (Ebd.: 174) Damit bedient Megre das jahrhundertalte Stereotyp des geldgierigen Judens, der die Geschicke der Welt beeinflusst.

Nach diesen Ausführungen zum Inhalt der Bücher ist deutlich geworden, dass sich niemand in der Anhängerschaft damit herausreden kann, dass es nur einen problematischen Teil der Anhänger\*innen gebe, die Bücher aber unbedenklich seien und in romantischer Weise nur vom Gärtnern handelten (vgl. Rosga 2018: 35).

### **Vernetzung und Akteur\*innen**

Im Folgenden geben wir zunächst einen Überblick über das engmaschige Netzwerk der Anastasia-Bewegung. Darüber hinaus besteht eine weitreichende Vernetzung einzelner Akteur\*innen der Anastasia-Bewegung mit neonazistischen und völkischen Kreise. Wir stellen einzelne Anhänger\*innen hier vor. Auch wenn die Bücher mit ihrer bunten Zusammenstellung von Glaubenssätzen verschiedenster Religionen, Kulte und Sekten kaum Bezugspunkte für die völkische Rechte bieten, treffen sich dennoch einzelne Akteur\*innen im völkischen Zeltlager oder bei entsprechend markierten Tanzabenden in der Dorfschenke.

Kurz nach Erscheinen der Bücher auf Deutsch formierte sich Anfang der 2000er-Jahre eine Anhängerschaft, die gemeinsame Reisen nach Russland organisierte, um die sogenannte Schetinin-Schule zu besuchen, die Megre in den Büchern als besonders positives Beispiel im Sinne seiner Lehre hervorhebt (Megre 2000: 133 ff.).<sup>1</sup> 2011 begannen sich Anastasia-Begeisterte deutschlandweit zu vernetzen, zwischen 2014

1 Bei der Schule handelt es sich um ein Internat im Wald, in dem die Kinder militärisch gedrillt und nationalistisch geschult werden. Im deutschsprachigen Raum setzt die Lais-Bewegung das pädagogische Konzept um. Die Frage, wie es derzeit um (freie) Schulgründungen nach dem Schetinin- bzw. Lais-Konzept bestellt ist, kann hier nicht weiter beleuchtet werden. Es lässt sich allerdings eine eindeutige Bedrohung aufgrund von regionalen Bestrebungen ausmachen (vgl. Röpke 2020) und auch in diversen Chatgruppen bei Telegram wird das Schulthema präsenter; vgl. dazu Fachstelle infoSekta (2016).

und 2017 wurden Festivals auf der Burg Ludwigstein in Nordhessen veranstaltet. Danach wurde dazu aufgerufen, nur noch kleinere Veranstaltungen zu organisieren, vermutlich aufgrund erhöhter negativer Medienaufmerksamkeit.

Außerdem trifft sich die Szene bei Workshops und Vorträgen, Seminaren oder Volkstanzkursen. Hier vermitteln sie nicht nur «Wissen» und Ideologie, sondern bringen auch Interessierte zusammen und werben neue Mitglieder. In einem klassischen Einstiegsworkshop können die Teilnehmer\*innen zum Beispiel lernen, wie sie einen eigenen Familienlandsitz aufbauen. Sie bekommen dabei die Chance, auch ohne ein Grundstück zu besitzen, Teil einer Gemeinschaft zu sein.

### *Familienlandsitze als Allheilmittel*

In der Szene sehr aktiv ist Frank Willy Ludwig. Er wohnt in Nordbrandenburg in der Nähe von Eberswalde und betreibt die Seite «Urahn Germania», auf der er seinen «Auftrag» beschreibt: «arisches Wissen in den Stämmen erwecken, Reinigung von Mensch und Raum, autarke Siedlung und Schule und regionale Selbstständigkeit» (Ludwig o. J.). Zudem erklärt er in diversen Videos die Ideen aus den Anastasia-Büchern als die Lösung aller Probleme und verbreitet antisemitische Inhalte. Sich selbst beschreibt er als Kleingärtner, der nach dem Vorbild Anastasias seinen Familienlandsitz aufbaut. Und weil nach Anastasia Kleingärtner die Welt retten, begreift auch er sich als ein Retter der Welt. Auf den Anastasia-Festivals hielt er Vorträge und übernahm zentrale zeremonielle Aufgaben (z. B. begleitete er Baumpflanzungen mit dem Horn). Spätestens seit 2011 spielt er eine wichtige Rolle in der Vernetzungsarbeit der Anastasia-Bewegung, er organisiert Stammtische im Nachbarlandkreis, Gruppenreisen nach Rügen oder Vorträge und Seminare im ganzen deutschsprachigen Raum. Dabei propagiert er die Taktik, dass man sich, bevor man einen Familienlandsitz errichtet, im Dorf beliebt machen sollte. Durch Feste, Singen und Tanzen würde man sich weniger angreifbar machen und friedlich wirken. Würde man dann beschuldigt, rechtsradikal zu sein, könne man später auf den «Schutz» der Dorfgemeinschaft zurückgreifen. Diese Strategie verfolgen alle uns bekannten Familienlandsitz-Projekte – und in den meisten Fällen funktioniert sie.

Der Anastasia-Anhänger Frank Willy Ludwig verteufelt in seinen Vorträgen und Youtube-Videos nicht nur Technokratien, sondern gleich alle Wörter, die auf «-kratie» enden (Bürokratie, Demokratie) (Ludwig 2015). Auch betont er Wörter oft anders, um seine Deutung der Begriffe klarzumachen. Aus «Demokratie» wird so die «Dämonkratie» und «Revolu-zion» oder «Zivilisat-zion» spricht er als etwas aus, von dem man gesund werden und heilen müsse. Mit dem Anhang «-zion» verweist er auf die antisemitische Mär, dass hinter der heutigen, modernen Welt Jüdinnen und Juden stünden, die einen besonderen Einfluss auf das Weltgeschehen hätten. Damit sind seine Inhalte eindeutig antisemitisch und dem Verschwörungsglauben zuzuordnen.

Alle seine verbreiteten Inhalte durchzieht eine bedrohliche Stimmung – in Videos aus dem Jahr 2020 meint er, das Coronavirus hätte einen höheren Sinn: So sei es

natürlich, dass viele Menschen stürben, die Natur sortiere eben aus, um ein vermeintliches Ungleichgewicht zu beheben und die Menschheit zu «reinigen». Er sagt auch: «Alle Krankheiten sind Folge vom erkrankten Bewusstsein oder vom stagnierten Bewusstsein» und knüpft damit an klassische, esoterische Ideen vom «Karma» an.

In einem seiner Videos zitiert Ludwig Anastasia: «Wenn die Menschheit an den Abgrund kommt durch -kratie, durch Technokratie, Bürokratie, Demokratie, werden sie sich wieder an den Ursprung wenden. Jetzt sind wir am Abgrund und jetzt ist auch jeder betroffen.» Vor dem Hintergrund der Coronapandemie ließe sich dies wie folgt übersetzen: Die Demokratie und die digitalisierte und technologisierte Welt sind schuld am Coronavirus. Deshalb müssen alle Menschen Familienlandsitze aufbauen und ein reines Bewusstsein entwickeln. Eine solche Argumentation ist schlichtweg menschenfeindlich. Es ist unmöglich, eine Pandemie spirituell zu bekämpfen, und dennoch nutzen Akteur\*innen wie Ludwig die Gunst der Stunde, um sich Gehör für ihre Inhalte zu verschaffen.

### *Der nette Gärtner von nebenan*

Ein weiterer prominenter Vertreter der Anastasia-Bewegung ist Konstantin Kirsch, der in Biogärtner- und Permakulturkreisen durch Bücher über Naturbauten in den 1990er-Jahren recht bekannt geworden ist und sich als der nette Gärtner von nebenan ausgibt. So berichtete der Hessische Rundfunk in der Vergangenheit mindestens drei Mal durchweg positiv über ihn und sein «Waldgartendorf».

Kirsch betreibt verschiedene Webseiten und einen Blog über seinen Gartenbau und andere Themen, die Beiträge haben oft einen antisemitischen Touch und vermitteln ein rassistisches Weltbild. Er ist ein Experte für die Bücher von Megre und hat sogar ein Nachschlagewerk dazu geschrieben. Auf dem Youtube-Kanal «Lebens Forum Wohlstand», einer esoterischen Plattform, gibt es Interviews und Zusammenfassungen über die einzelnen Bände von ihm. Zur Coronapandemie äußerte er sich mehrfach und vergleicht die Anastasia-Bücher mit dem Virus: Sie verbreiteten sich ähnlich stark und wenn sich jemand «infiziert» hätte, wäre für denjenigen nichts mehr so wie vorher. So fänden die Anastasia-Bücher trotz des Versuchs der «Massenmedien», sie in Verruf zu bringen, weiterhin breiten Anklang (Kirsch 2020).

### *Die Wurzeln der Vernetzung*

Der «Goldene Grabow» ist eine Familienlandsitz-Siedlung im Nordwesten Brandenburgs mit inzwischen sechs siedelnden Familien. Seit 2013 werden auf bis zu 80 Hektar Land, das die Initiator\*innen der Siedlung Iris und Markus Krause gekauft haben, sogenannte Probelandsitze angeboten. Auch eine Schule nach Anastasia-Vorbild war geplant. 2015 fand in Grabow ein Anastasia-Festival und das Sommerlager des «Sturmvogels» statt, einem rechtsnationalen Jugendverband, der seine Ursprünge in der 1994 verbotenen rechtsextremen «Wiking Jugend» hat (Röpke 2016).

Iris Krause habe 2011 die Anastasia-Bücher gelesen und, wie so viele Anastasia-Begeisterte, darin die Antwort auf all ihre Fragen gefunden. Sie fing daraufhin an, ein deutschlandweites Netzwerk aufzubauen, mit dem sie die Festivals organisierte. Markus Krause besuchte 2007 das Ostertreffen des antisemitischen «Bunds für Gotterkenntnis – Ludendorffer» (Duwe/Wandt 2020). Das Paar pflegt Kontakte mit einschlägigen extrem Rechten und völkischen Gruppierungen und ist gut vernetzt (ebd.). Ihre Familienlandsitz-Bestrebungen in Grabow sowie ihr Engagement bei Dorffesten sind in der Szene gern gesehen und ihre Siedlung wächst. Für die erhöhte Aufmerksamkeit und Diskussion in der Öffentlichkeit sind vor allem negative Presseberichte der letzten fünf Jahre verantwortlich (vgl. Röpke 2020).

### *Auf Heimatboden heimatreu Heimat bewahren*

Ein weiteres Anastasia-Projekt ist der von Maik und Aruna Schulz gegründete Verein Weda Elysia in Wienrode in Sachsen-Anhalt. Es handelt sich hier um keine direkt zusammenhängende Familienlandsitz-Siedlung, sondern vielmehr um verteilte Grundstücke und Kleingärten in nächster Nähe. Im Dorf selbst haben sie den alten Gasthof gekauft und bauen ihn zum «Haus Lindenquell» aus. Das Haus soll ihnen unter anderem als kulturelles Zentrum und Regionalladen dienen. Im Internet stellen sie ihre Projekte vor und zeigen mit Fotos den Fortschritt ihres Bauvorhabens. Die von ihnen gegründete Weda Elysia Heimatland-Stiftung fördere das «Erb- und Gestaltungsrecht auf eigenen Heimatboden» und sei «Bewahrer von Grund und Boden» (Weda Elysia o. J.). Es geht ihnen um die Aufrechterhaltung rückschrittlicher Lebensweisen, eine spirituelle Verbindung mit der eigenen Scholle und um «de[n] letzte[n] Versuch, die Rasse noch zu retten» (zit. n. Duwe/Wandt 2019).

Eine gute Beziehung pflegt die Familie Schulz unter anderem zu Gerhild Drescher, die in Wienrode regelmäßig Volkstanzkurse anleitet. Drescher ist seit 1993 in völkischen und neonazistischen Organisationen wie der Heimmattreuen Deutschen Jugend, dem Deutschen Mädelerwanderbund und der Deutschen Gildenschaft organisiert und gab dem völkischen Nachwuchs Musikunterricht. Außerdem ist sie auf zahlreichen Veranstaltungen der Identitären Bewegung sowie auf den Anastasia-Festivals anzutreffen.

### **Anschlüsse der Anastasia-Bewegung**

Wie wir in diesem Beitrag dargestellt haben, ist die Anastasia-Bewegung aktiv mit verschiedenen rechten Gruppierungen vernetzt. Sie kann als Teil der «völkischen Landnahme», wie sie von Röpke und Speit (2019) beschrieben wird, verstanden werden, auch wenn in den Büchern selbst auf einen anderen Ursprung der vermeintlichen Völker Bezug genommen wird als in der völkischen Bewegung, die in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstand. Akteur\*innen der Anastasia-Bewegung verfolgen eine antidemokratische Strategie und verbreiten rassistisches und antisemitisches Gedankengut.

Auch die Esoterikszene hat längst erkannt, dass sich mit Anastasia-Workshops und dem Verkauf von (Zedern-)Produkten und Büchern gut Geld verdienen lässt. Das Heilsversprechen der Anastasia-Bücher, dass wir alle dieselben magischen Fähigkeiten wie Anastasia besitzen könnten, übt eine große Anziehungskraft aus. Die Coronakrise wird von der Bewegung als Chance wahrgenommen. Sie geht davon aus, dass eine globale Krise kommen wird und die Idee der Familienlandsitze bereits die Lösung dafür darstellt. So werden in einschlägigen Chatgruppen munter Querdenker-Erzählungen verbreitet und der Anbau des eigenen Gemüses gleichzeitig als Allheilmittel propagiert.

Auch wenn nicht alle Anhänger\*innen der Anastasia-Bewegung der rechten Szene zuzuordnen sind, so lässt sich die problematische Weltanschauung der Bücher nicht wegdiskutieren oder ausklammern, wie es ein Großteil der Anhängerschaft versucht (Rosga 2018). Es gilt, die Anastasia-Bewegung und ihre Netzwerke weiter aufmerksam zu beobachten und für eine Sensibilisierung in anschlussfähigen Bereichen zu sorgen.

## **Literatur**

- Barth, Claudia (2006): Über alles in der Welt, Aschaffenburg.
- Duwe, Silvio/Wandt, Lisa (2019): Grüner Garten, brauner Boden. Siedler-Bewegung Anastasia, Kontraste, 11.4.2019, [www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-11-04-2019/siedler-bewegung-anastasia.html](http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-11-04-2019/siedler-bewegung-anastasia.html).
- Duwe, Silvio/Wandt, Lisa (2020): Völkische Siedler auf dem Vormarsch, Kontraste, 29.10.2020, [www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/voelkische-siedler-101.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/voelkische-siedler-101.html).
- Freitag, Stefanie (2019): Anschlussfähigkeit des Ökolandbaus für rechte Siedlungen gestern und heute. Erkenntnisse zur Sensibilisierung von Ökolandbau-Studierenden, Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz, [www.nf-farn.de/bibliothek/anschlussfaehigkeit-oekolandbaus-rechte-siedlungen-gestern-heute](http://www.nf-farn.de/bibliothek/anschlussfaehigkeit-oekolandbaus-rechte-siedlungen-gestern-heute).
- InfoSekta – Fachstelle für Sektenfragen (2016): Einordnung der Anastasia-Bewegung im rechtseoterischen Spektrum, Zürich, [www.infosekta.ch/media/pdf/Anastasia-Bewegung\\_10112016\\_.pdf](http://www.infosekta.ch/media/pdf/Anastasia-Bewegung_10112016_.pdf).
- Kirsch, Konstantin (2020): Was hat Corona mit Anastasia zu tun?, Blogbeitrag, 16.5.2020, [www.konstantin-kirsch.de/2020/05/was-hat-corona-mit-anastasia-zu-tun.html](http://www.konstantin-kirsch.de/2020/05/was-hat-corona-mit-anastasia-zu-tun.html).
- Ludwig, Frank Willy (o. J.): Homepageeintrag, [www.urahnererbe.de/index.php/ur-ahnenerbe](http://www.urahnererbe.de/index.php/ur-ahnenerbe).
- Ludwig, Frank Willy (2015): Vortrag zum «Urahnererbe Germania», 16.5.2015, [www.youtube.com/watch?v=P18Z-aT24Dk](https://www.youtube.com/watch?v=P18Z-aT24Dk).
- Megre, Wladimir (2000): Anastasia, Bd. 3: Raum der Liebe, Frankeneck.
- Megre, Wladimir (2003a): Anastasia, Bd. 1: Tochter der Taiga, Jestetten.



- Megre, Wladimir (2003b): Anastasia, Bd. 6: Das Wissen der Ahnen, Göllesheim.
- Megre, Wladimir (2005): Anastasia, Bd. 4: Schöpfung, Jestetten.
- Megre, Wladimir (2007): Anastasia, Bd. 8.2: Die Bräuche der Liebe, Göllesheim.
- Röpke, Andrea (2016): Der Sturmvoael, in: Antifaschistisches Infoblatt 2/2016, [www.antifainfoblatt.de/artikel/der-sturmvoael](http://www.antifainfoblatt.de/artikel/der-sturmvoael).
- Röpke, Andrea (2020): Sekte frisst Dorf, Blick nach rechts, 2.10.2020, [www.bnr.de/artikel/hintergrund/sekte-frisst-dorf](http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/sekte-frisst-dorf).
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Berlin.
- Rosga, Anna (2018): Anastasia Bewegung – ein (un-)politisches Siedlungskonzept?, Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz, Berlin, [www.nf-farn.de/bibliothek/anastasia-bewegung-un-politisches-siedlungskonzept](http://www.nf-farn.de/bibliothek/anastasia-bewegung-un-politisches-siedlungskonzept).
- Weda Elysia (o. J.): Strukturen für unser Siedlungsprojekt, [www.weda-elysia.de/strukturen-fuer-unser-siedlungsprojekt](http://www.weda-elysia.de/strukturen-fuer-unser-siedlungsprojekt).

Peter Bierl

## **DIE NEUFORMIERUNG DES ÖKOFASCHISMUS**

### **Einleitung**

Die absehbaren globalen ökologischen Katastrophen und ihre sozialen und politischen Folgen sind eine zentrale Herausforderung der Gegenwart. Obwohl Erkenntnisse über den Klimawandel seit etwa einem halben Jahrhundert vorliegen, hat es die bürgerliche Umweltpolitik mit wenigen Ausnahmen kaum geschafft, diese Entwicklungen zu stoppen. Mehr als Aktionismus, Rhetorik und Kosmetik war nicht drin. Denn der fundamentale Widerspruch besteht darin, dass Umweltzerstörung die stoffliche Seite der Kapitalverwertung darstellt und das Resultat dessen ist, was oft als «Wachstumszwang» bezeichnet wird. Der Staat wiederum ist Staat des Kapitals, der diese Verwertung garantieren muss. Die Zerstörungen haben jedoch inzwischen ein Ausmaß erreicht, dass selbst bürgerliche Wissenschaftler\*innen warnen, die menschliche Zivilisation sei in Gefahr.

Dabei sind Ursachen und Folgen klassenspezifisch zu begreifen. An dieser Stelle kann dieser wichtige Gesichtspunkt nicht vertieft werden. Sehr, sehr vereinfacht ausgedrückt bedeutet das: je reicher, desto größer der ökologische Fußabdruck, der Verbrauch an Energie und Rohstoffen und der hinterlassene Müllberg. Die Folgen treffen Reiche weniger als Arme, den globalen Norden weniger als den Süden. Vorstellbar ist eine weltweite Struktur aus abgeschotteten Festungen der Wohlhabenden inmitten von Elendszonen. Im Ansatz ist das schon Realität. Längst haben die Staaten der Europäischen Union das Mittelmeer zum Massengrab für Geflüchtete gemacht. Die Alternative «Sozialismus oder Barbarei», die Rosa Luxemburg angesichts des Ersten Weltkriegs formuliert hat, ist unverändert aktuell.

### **Getrennt marschieren, vereint schlagen**

Die Möglichkeiten von Neofaschist\*innen, die Umweltfrage aufzugreifen, sind vielfältig und gefährlich. Sie reichen von der Blockade ökologischer Politik über Terrorismus bis hin zur Propagierung und Etablierung einer Ökodiktatur.

Die derzeit dominante Richtung der neofaschistischen Rechten um die AfD präsentiert sich dezidiert antiökologisch: Sie sind für Atomkraft, für den Ausbau des Flugverkehrs, für die Autoindustrie, für den Wirtschaftsstandort und die Exportnation, gegen eine Energiewende, gegen Elektroautos und Windkraft (AfD 2019; Gauland 2020). Ähnlich wie die Schweizer Volkspartei (SVP) oder die britische UK Independence Party (UKIP), aber anders als die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) leugnet die AfD den menschengemachten Anteil am Klimawandel oder spielt ihn herunter (Schaller/Carius 2019). Von «Schwindel» oder gar «Verschwörung» ist die Rede, die Rechte dreht den Spieß um und wirft insbesondere den Grünen vor, eine Ökodiktatur errichten zu wollen.

Andere extrem rechte Gruppierungen verfolgen etwas andere Ansätze. So präsentieren sich Neonazis als heimat- und traditionsbewusste Ökobauern und -bäuerinnen, die in der Tradition der Artamanen<sup>1</sup> vor allem in sogenannten strukturschwachen Gebieten siedeln. Ein Schwerpunkt ist Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Niederbayern, Niedersachsen oder Baden-Württemberg sind sie zu finden. Sie versuchen, in sozialen Strukturen, insbesondere in Umweltgruppen Fuß zu fassen.<sup>2</sup> Wie viele solche Siedler\*innen es gibt, darüber gibt es keine offizielle Statistik. Man vermutet, dass es inzwischen etwa 1.000 Personen sind. Oft sind es Familien mit vielen Kindern. Viele sind in der «Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung» organisiert, einer neuheidnischen Gruppe mit dem Motto «Ökologisch denken – naturgemäß leben – artgemäß glauben» (Amadeu Antonio Stiftung 2014: 14; Speit/Röpke 2019).

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) inszeniert sich nach wie vor als umweltbewusste Heimatschutzpartei, lehnt aber wie die AfD die Energiewende ab und geht auf Distanz beim Thema Klimawandel. Stattdessen setzt die NPD auf völkischen Antikapitalismus: Die Wegwerfmentalität als Resultat des kapitalistischen Wachstumszwangs sei der Hauptfaktor der Umweltzerstörung (Zasowk 2019).

Im Unterschied zur deutschen extremen Rechten versucht die französische sogenannte Neue Rechte kontinuierlich, das Thema Umwelt zu instrumentalisieren (GRECE 1994). Der wichtigste Ideologe, Alain de Benoist, mimt dabei eine antikapitalistische Haltung und greift die Postwachstumsdebatte auf. Wenn de Benoist einerseits den Verbrauch fossiler Energien wegen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes rügt und den Untergang prognostiziert, andererseits aber das Potenzial von Wind- und Sonnenenergie schmälert, die Klimabewegung angreift und von einer «bestrafenden Ökologie» schwadroniert, also konkrete Vorgaben für das Kapital ablehnt, wird deutlich, dass dieser Anti-

1 Die Artamanen waren ein völkischer Siedlungsbund, der in der Weimarer Republik entstand und 1934 korporativ in die Hitlerjugend übernommen wurde. Zu den Mitgliedern, die später zur NS-Führung zählten, gehörten der Reichsbauernführer und Landwirtschaftsminister Richard Walther Darré, der Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, Rudolf Höß, sowie der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler (Breuer 2008).

2 Publik wurde 2007 der Fall der «Initiative für eine gentechnikfreie Region Nebel/Krakow am See» in Mecklenburg-Vorpommern, deren Vorsitzender, ein Landwirt, sich als NPD-Mann entpuppte.

kapitalismus im Rahmen des bekannten hohlen Geschwätzes verbleibt. Postwachstum ist für de Benoist eine Chiffre für Askese und Verzicht, für ein Zurück zu traditionellen Hierarchien und Bindungen und Umweltschutz wird ideologisch instrumentalisiert im Kampf gegen Individualismus, Feminismus und Migration. Den Umweltschutz zieht er auch für rassistische Vorstellungen heran, etwa wenn er Artenschutz mit dem «Schutz der Vielfalt der Völker und Kulturen» gleichsetzt. Dabei zeigt sich de Benoist mit den deutschen Kamerad\*innen auf einer Wellenlänge, wenn er eine «Überbetonung des Klimawandels» kritisiert (de Benoist 2020).

Auch in der Neuen Rechten in Deutschland ist das Thema Ökologie präsent. So werden etwa im Institut für Staatspolitik (IfS), dem wichtigsten Thinktank der extremen Rechten in Deutschland, und in seinem Umfeld regionale Wirtschaftskreisläufe propagiert oder die Postwachstumsdebatte wird aufgegriffen.<sup>3</sup> Ein prägnantes Beispiel dafür ist das «Ökomanifest von rechts», ein Text, den Philip Stein im September 2014 in der IfS-Zeitschrift *Sezession* publizierte.<sup>4</sup> Darin schreibt er: «Von den vielen Deutungsschlachten, die von der deutschen Rechten in den letzten Jahrzehnten verloren wurden, wiegt der vorherrschende Alleinanspruch des linken Milieus auf Themen und Begriffe wie Umwelt, Natur und Ökologie nachträglich wohlhmöglich am schwersten, und tritt gleichzeitig so erdrückend zutage.» (Stein 2014)

Das Ergebnis sei, dass die grüne Bewegung von der gleichnamigen Partei sowie Vereinen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) dominiert werde, die Umwelt und Natur in «linkes Hoheitsgebiet verlagert haben». Damit einhergehe der gesellschaftliche Konsens, dass «die Natur immer links stehe» (ebd.). Stein will diese Situation korrigieren und plädiert für eine «neue rechtsökologische Radikalität». Man müsse die Grünen überholen, fordert er und stellt drei Punkte heraus: Erstens brauche es einen starken Staat (mit Verweis auf den Nazi-Kronjuristen Carl Schmitt), letztlich die Ökodiktatur. Er verweist auf den Veggie-Day, den die Grünen im Wahlkampf 2013 vorschlugen. Das sei ein Vorstoß gewesen, den die Rechten hätten vorbringen müssen, anstatt wie Liberale und Konservative die Grünen deswegen als Spaßbremsen und Verbotspartei zu schmähen. Zweitens müsse die Gesellschaft vom «Wachstumswang» befreit werden und die Wirtschaft schrumpfen. Drittens schließlich müsse man zum Generalangriff auf die Moderne unter dem Motto «zurück zum Ursprung» übergehen, geistig, kulturell, wirtschaftlich und vor allem seelisch.

Im Sinn dieses Manifests plädiert Björn Höcke (2017) für eine «konservative Ökologie». *Die Kehre*, ein im Jahr 2020 neu entstandenes Zeitschriftenprojekt aus dem IfS-Umfeld, soll sich dieser Aufgabe widmen. Der Name bezieht sich auf das Werk «Die Technik und die Kehre» (1953) des Antisemiten und Nazi-Philosophen Martin

3 Bereits auf der ersten IfS-Sommerakademie im August 2000 gab es einen Beitrag zur ökologischen Krise.

4 Stein spielt innerhalb der extremen Rechten eine wichtige Rolle als Aktivist und Ideologe, er ist Leiter des Vereins «Ein Prozent für unser Land», der sich «als professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen» bezeichnet, sowie Inhaber des Verlags Jungeuropa.

Heidegger. In dieser Schrift entwickelt Heidegger eine skeptische Position gegenüber der modernen Technik, sieht gleichzeitig in ihr jedoch Anzeichen der Rettung. «Im Wesen der Gefahr west und wohnt eine Gunst, nämlich die Gunst der Kehre der Vergessenheit des Seins in die Wahrheit des Seins», schreibt Heidegger in seinem unnachahmlichen Schwurbelstil (Heidegger 1962: 42). Der Herausgeber der Zeitschrift, Jonas Schick, ist nach Recherchen von AfD Watch Bremen ein ehemaliger Kader der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative, dann der Identitären Bewegung (AfD Watch Bremen o. J.). Er kritisiert die Konservativen der alten BRD, weil sie die «Kronjuwelen», den Naturschutz, der Linken überlassen hätten. Er rügt die AfD, die unerschütterlich an einer «Markt- und Industriegläubigkeit» festhalte und deren ökologisches Profil «enorm zu wünschen» übrig lasse (Schick 2020a).

Die Resonanz auf solche Ansätze ist zurückhaltend bis ablehnend. Der Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, Alexander Gauland, der als ehemaliger CDU-Funktionär zu jenen gerechnet werden darf, die die Kronjuwelen hergaben, verspürt im Interview mit Schick kein Bedürfnis, diese zurückzuholen. In der Haltung etwa von Heidegger sei «immer eine rückwärtsgewandte Utopie präsent, die in der Realität nicht praktikabel ist», beschied Gauland (2020: 37).<sup>5</sup> Götz Kubitschek wiederum hält Umweltpolitik, die in seinen Augen wesentlich Verzicht und Askese beinhaltet, für nicht massentauglich und damit unmöglich. Für ihn ist die Forderung von Stein, die Umweltfrage wieder von rechts zu besetzen, angesichts der Stärke der Linken auf diesem Gebiet unrealistisch (Kubitschek 2020: 33).

### **Aus Alt mach Neu**

Es sei dahingestellt, inwieweit Taktik, ideologische Differenzen oder schlicht Rivalitäten und Machtgerangel der Hintergrund für diese Kakophonie sind. Wichtiger erscheint mir, dass sich eine neue arbeitsteilige Herangehensweise der Rechten herauskristallisiert. Dazu gehören folgende Komponenten:

Ökologie wird erstens als Bewahrung von Haus und Hof, Kulturlandschaft und Bauerntum, von vermeintlich natürlichen Strukturen wie Ehe und Familie sowie als Erhaltung einer kosmisch-natürlichen Ordnung aufgefasst. Umweltschutz wird in diesem Sinn als Heimatschutz propagiert. Der Begriff Konservatismus wird verwendet, um Distanz zum Faschismus zu mimen.

Die Rechten greifen zweitens auch die Postwachstumsdebatte unter dem konservativen Label des Bewahrens auf. Im rechten Kontext hat Postwachstum die Funktion, den modernen Individualismus anzuprangern und eine Verzichtsideologie zu predigen. Zwar wird gelegentlich ein Wachstumszwang des Kapitalismus angeführt, aber das ist nicht mit einer kritischen Analyse der Produktionsverhältnisse oder gar irgend-

<sup>5</sup> In seinem Vortrag zur Nachhaltigkeit wendet sich Gauland gegen Heidegger sowie Friedrich Georg Jünger und Ludwig Klages, denen er zwar attestiert, das Thema Umweltschutz von konservativer Seite aufgegriffen zu haben, allerdings unpolitisch, denn ohne moderne Technik ginge es nicht (Gauland 2020: 61, 81 f.).

welchen Ambitionen, diese zu überwinden, verbunden. Es bleibt bei Forderungen des Maßhaltens, der völkischen Idee, die Wirtschaft möge der Nation dienen, sowie vagen Vorstellungen einer Regionalisierung und Dezentralisierung. Der Kauf regionaler Produkte sei «ein patriotischer Akt», heißt es in den «Thesen für eine konservativ-ökologische Wende» von *Recherche D*, einem weiteren völkischen Zeitschriftenprojekt (Recherche D 2019). Mit der linken Postwachstumsdebatte hat dieser rechte Ansatz nichts zu tun. Weder finden sich dort die Forderung nach einem «guten Leben für alle» noch die nach einer globalen Verteilungsgerechtigkeit, geschweige denn ein antisexistischer oder antirassistischer Anspruch.

Drittens vertreten die verschiedenen extrem rechten Bewegungen unterschiedliche Positionen zum Klimawandel, die aber gut miteinander vereinbar sind. Die AfD und ihr Umfeld leugnen, was offensichtlich ist, oder behaupten gar, mehr Kohlendioxid und mehr Wärme würden den Planeten ergrünen lassen.<sup>6</sup> Andere konzentrieren sich darauf, eine vermeintliche «Klimahysterie» und Bewegungen wie Fridays for Future anzugreifen. Als Diskursstrategie greifen manche Rechte sogar den Begriff Ökofaschismus auf, entkernen ihn inhaltlich und richten ihn gegen die Umweltbewegung sowie eine vermeintlich «verbietende Ökologie». Dabei spielt die Parole «Naturschutz statt Klimaschutz» eine wichtige Rolle, um vor technokratischen Ansätzen zu warnen.

Darüber hinaus können Öko-Rechte einen Grundwiderspruch bürgerlicher Umweltpolitik nutzen: Versprechen wie etwa der eines Green New Deal sollen vor allem Kapitalverwertung und Wirtschaftswachstum garantieren, aber zugleich Nachhaltigkeit verheißeln, die damit nicht zu erreichen sein wird. Denn eine sozialistisch-ökologische Politik bestünde darin, sämtliche Schlüsselbranchen, also Autoindustrie, Bauindustrie, Chemieindustrie, Luft- und Raumfahrt sowie Landwirtschaft um- und rückzubauen, denn die ökologischen Katastrophen sind nur noch aufzuhalten, wenn der Verbrauch von Ressourcen und Energie sowie der Ausstoß von Giftstoffen und Müll drastisch reduziert werden. Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise ist das prinzipiell unmöglich und darum ist der Green New Deal eine Illusion (Bierl 2021). Vor diesem Hintergrund kritisieren Rechte die Windkraft aus Gründen des Naturschutzes sowie das Elektroauto wegen des enormen Verbrauchs von metallischen Rohstoffen. Bergmann lehnt in *Die Kehre* zudem Biogasanlagen ab aufgrund der entstehenden Monokulturen, des Flächenverbrauchs und Gifteinsatzes (Bergmann 2019: 48 ff.). Diese Einwände sind zwar durchaus zutreffend, aber nicht originell, sie wurden längst von ökologischen Linken und sogar in der öffentlichen Diskussion im bürgerlichen Lager angemahnt. Beiträge wie der von Bergmann zeigen aber, dass sich manche rechte Autor\*innen tatsächlich in die Thematik einarbeiten und wir uns als antifaschistische und sozialistisch-ökologische Linke darauf einstellen

6 Gauland dagegen äußert aus taktischen Gründen, man dürfe sich dem Gedanken nicht verschließen, dass «an der These vom menschlichen Einfluss auf das Klima etwas stimmen könnte», weshalb das Thema gründlich erforscht werden müsse (Gauland 2020: 79).

müssen, dass die extreme Rechte ausnahmsweise zu fundierter und rationaler Argumentation in der Lage ist.

Schließlich bleibt als vierter und letzter Punkt ein Evergreen, auf den sich alle rechten Strömungen verständigen können: Der Öko-Malthusianismus, also die Unterstellung, eine vermeintliche Überbevölkerung, die vor allem von den Menschen in Afrika und Asien verursacht werde, sei das Hauptproblem und die Hauptursache der Umweltzerstörungen (siehe Abschnitt «Öko-Malthusianismus»).

### **Traditionslinien**

Bei diesem neuen Arrangement, das ich im vorhergehenden Abschnitt skizziert habe, kann die Rechte auf Traditionsbestände der Lebensreform- und Heimatschutzbewegung zurückgreifen. Allerdings finden sich auch offene Bezüge auf den historischen Nationalsozialismus.<sup>7</sup>

Die Bewegungen der Lebensreform und des Heimatschutzes um 1900 richteten sich gegen bestimmte Aspekte der Industrialisierung, gegen Urbanisierung und Landflucht, aber auch gegen emanzipatorische Tendenzen wie die Arbeiter- und die Frauenbewegung (Bierl 2014). Die Heimatschützer\*innen wandten sich gegen die Zerstörung von Natur und Landschaft, vor allem aus ästhetischen und moralischen Erwägungen. Die Harmonie der Natur und eine heile Landschaft sollten den Menschen sittlich läutern. Im Sinne der Blut-und-Boden-Ideologie galt eine bestimmte Kulturlandschaft als Ausdruck wie als Lebensgrundlage einer bestimmten «Rasse» (Bierl 2020).

Lebensreformer\*innen erhoben den Anspruch, alle Lebensbereiche zu verändern: Ökonomie und Landwirtschaft, Gesundheit und Ernährung, Kleidung und Freizeit, Pädagogik, Kunst und Kultur. Unter dem Motto «Zurück zur Natur» sollten die Menschen ihr Leben umgestalten. Aus diesem Milieu heraus entstanden Siedlungsprojekte und Gartenstädte, der Wandervogel und die Reformpädagogik. Bis heute gehalten haben sich Tierschutz und Vegetarismus, Reformhäuser und Vollwertkost, die FKK-Bewegung, die Anthroposophie und die sogenannte Freiwirtschaftslehre, etwa in Gestalt von Tauschringen und Regionalwährungen, dazu der Glaube, durch Körperarbeit, Herstellung «naturnaher» Produkte sowie eine andere seelische Haltung eine bessere Welt zu schaffen (Bierl 2012).

Lebensreformer\*innen und Heimatschützer\*innen deuteten die gesellschaftlichen Veränderungen ihrer Zeit als eine Art Zivilisationskrankheit. Sie misstrauten dem gefeierten Fortschritt nicht aus gesellschaftskritischer Perspektive, sondern weil sie – in der damaligen Sprache – deutsches Volkstum in Gefahr wähten, die biologisch-«rassische» und kulturelle nationale Identität. Vertreter\*innen dieser Bewegungen be-

7 Die *Sezession* würdigte 2013 in einem Heft mit dem Schwerpunkttitle «Heimatboden» einige Vertreter der Lebensreform- und Heimatschutzbewegung sowie Nationalsozialisten wie den Landwirtschaftsminister Walter Darré oder den Reichslandschaftsanwalt Alwin Seifert. Im ersten Heft der *Kehre* nahm Schick Bezug auf den Heimatschützer und Nazi Paul Schultze-Nauheim (Schick 2020b: 21).

klagten einen Verfall der Kultur, eine «Degeneration» der Menschheit, insbesondere einer «nordischen Rasse», und schmähten die Großstadt als «Grab der Arier» wegen der dort sinkenden Geburtenrate. Paradigmatisch war die Ablehnung der Impfung: Der Natur würde ins Handwerk gepfuscht. Sie Sorge durch Krankheiten für Auslese und Ausmerzung der «Minderwertigen». «Natürlich» war in dieser Perspektive nur der Kampf ums Dasein. Die Krankheit sei als Prüfung von Geist und Körper zu akzeptieren und ausschließlich mit «natürlichen» Mitteln, den Kräften des eigenen Körpers oder traditionellen Methoden zu bekämpfen.

Diese Auffassung findet sich, ohne explizite sozialdarwinistisch-eugenische Begründung, noch heute in anthroposophischen Kreisen, die eine Masern-Impfung für ihre Kinder verweigern. Sie ist im grün-alternativen Spektrum neben der Vorliebe für Homöopathie und andere «alternative» Heilmethoden sowie der Ablehnung der sogenannten Schulmedizin weit verbreitet. Bei den Querdenker-Demonstrationen seit März 2020 gegen Maßnahmen zum Schutz vor der Coronapandemie sind Anthroposoph\*innen und Impfgegner\*innen stark vertreten.

Vor diesem ideologischen Hintergrund ist es nicht überraschend, dass diese ersten Lebensreformer\*innen und Heimatschützer\*innen dann mit den Nationalsozialist\*innen kollaborierten, ihnen Personal und Ideen für einen Naturschutz mit Alibifunktion lieferten. Denn das faschistische Regime konnte seine Politik nur auf das gesamte industrielle Potenzial des Landes gestützt verwirklichen. Allein wegen der Kriegsvorbereitung stieg der Verbrauch an Flächen, Energie und Rohstoffen enorm an.

Eine kritische Aufarbeitung gab es nach 1945 so wenig wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft. Als sich die zweite Umweltbewegung in Westdeutschland in den 1960er-Jahren entwickelte, war der Einfluss von Gruppen und Personen aus der Lebensreform- und Heimatschutzbewegung, von Nationalsozialist\*innen oder mindestens Kollaborateur\*innen bis hinein in die Gründungsphase der Grünen groß. Die Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung der Umweltbewegung als Teil der Linken erfolgte erst im Laufe der 1970er-Jahre, als sich größere Teile der (radikalen) Linken des Themas annahmen und es nicht mehr als kleinbürgerliche Spinnerei abtaten. Dieser Wandel ist gemeint, wenn Stein oder Schick heute klagen, die Rechte habe sich das Umweltthema nehmen lassen. Allerdings hatten diese Linken oft keine Skrupel, mit Nazis zusammenzuarbeiten. Sie verharmlosten solche als «Wertkonservative» oder behaupteten hinterher, sie hätten nichts von ihrer Orientierung gemerkt.<sup>8</sup>

8 So schreibt Jutta Ditfurth über ein Beratungstreffen von Grünen, Bunten und Linken im Collegium Humanum des vormaligen NSDAP-Funktionärs Werner Georg Haverbeck Ende Juni 1979 nach der Europawahl: «Der Ort schien uns zuerst politisch einigermaßen unverdächtig. Hatte Haverbeck doch mit Erhard Eppler und Egon Bahr zusammengearbeitet. Ein Bürgerlicher, wie es schien, ein Wertkonservativer. Dass er nach wie vor ein Rechtsextremist war, begriffen wir leider erst später.» (Ditfurth 2001: 80) Den Chef der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), August Hausfleiter, charakterisiert sie als nationalliberal (ebd.: 68). Dieser musste 1980 als Grünen-Vorsitzender zurücktreten, nachdem eine NS-Kriegspropagandaschrift und Kontakte zur NPD 1965 bekannt wurden.



## **Ideologische Schnittmengen**

Aus einer emanzipatorischen Perspektive besteht das Problem nicht nur in einer falschen Bündnispolitik, sondern den ideologischen Schnittmengen, die sich aus (klein-)bürgerlichen und romantisch-esoterischen Strömungen der Umweltbewegung speisen, ihrem Unverständnis der Mechanismen der Kapitalverwertung sowie der Vergesellschaftungsformen Staat und Nation. Sie bieten der Rechten Anknüpfungspunkte und behindern die Entwicklung einer emanzipatorischen politischen Ökologie.

Schon die Lebensreformer\*innen und Heimatschützer\*innen pflegten eine mystische Vorstellung der Natur als eine göttliche Ordnung, in die sich alle einzufügen hätten. Das, die Besinnung auf das Ganze, den Urgrund, schwingt aktuell wieder in der rechten Ökologie mit. In der modernen Umweltbewegung waren esoterische Strömungen, etwa die New-Age-Szene und die Anthroposophie, immer vertreten. In den 1970er-Jahren entstand die sogenannte Tiefenökologie, die heute in Teilen der Tierrechtsbewegung und im Umfeld von Extinction Rebellion beliebt ist. Tiefenökologie begreift ökologische Zerstörungen als Ausdruck eines falschen Weltbilds. Die Lösung liege in einem Wertewandel hin zu intuitivem Erkennen, einem neuen spirituellen und biozentrischen Bewusstsein. Diese neue Grundhaltung soll den Menschen ermöglichen, sich wieder in das «planetare Ökosystem» einzufügen (Gottwald 1995: 17; Capra 1982: VIII f.) Tiefenökologie ist damit eine idealistische, keine kritisch-materialistische Richtung.

Tiefenökolog\*innen und Tierrechtler\*innen kämpfen gegen einen sogenannten Anthropozentrismus, eine in ihren Augen falsche Sicht, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das wirft allein schon erkenntnistheoretische Probleme auf. Selbst Tierrechte wurden von Menschen erfunden und definiert. Eine Befreiungsbewegung von Tieren kann es nicht geben, was auf einen objektiven und fundamentalen Unterschied zwischen Menschen und Tieren verweist.

Der Biozentrismus wiederum ist eine ebenso menschengemachte Sichtweise, immunisiert sich jedoch gegen Kritik, indem seine Aussagen als «natürlich» ausgegeben werden. Diese Haltung reicht bei einigen Vertreter\*innen bis zu offener Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus: Paul Watson, Mitgründer von Greenpeace, heute der Boss der Meeresschutzorganisation Sea Shepherd, imaginiert die Erde als gigantischen beseelten Organismus, der von einem Virus, dem Menschen, befallen sei. Watson bezeichnet sich selbst als Misanthropen, also Menschenfeind, und wendet sich gegen Migration.

Alain de Benoist wiederum schiebt in seiner Schrift zur Postwachstumsdebatte (2009) die Schuld an der Umweltzerstörung einem jüdisch-christlichen Monotheismus in die Schuhe. Dieser habe den Menschen aus kosmischen und natürlichen Zusammenhängen gelöst (de Benoist 2009: 144, 149 ff.). Die jüdisch-christliche Religion habe die naturverbundeneren polytheistischen und heidnischen Religionen verdrängt. De Benoist zitiert den französischen Philosophen Michel Serres mit den Worten, er hasse «den Monotheismus für diesen Holocaust der Gottheiten» (ebd.:

162). Solche Formulierungen sind Beispiele für einen sekundären Antisemitismus, der die Shoa relativiert, indem der Begriff inflationär verwendet wird und alle möglichen historischen Ereignisse mit den deutschen Verbrechen gleichgesetzt werden. In diesem Fall werden Jüdinnen und Juden über die Konstruktion einer Kette Judentum–Monotheismus–Anthropozentrismus indirekt für alle Widersprüche der Moderne verantwortlich gemacht.

Diese Position findet sich auch bei Reinhard Falter wieder, einem ehemaligen Funktionär der Grünen, der in anthroposophischen Blättern publizierte, sich inzwischen im Umkreis des IfS bewegt und als Koryphäe in Sachen Ökologie gefragt ist. Laut Falter gehört eine «religiös bedingte Naturfeindschaft» zur kulturellen «Tradition des Judentums». Der «Kampf des Wüstengottes gegen die Göttlichkeit der Naturmächte» wirke bis heute fort (Falter 2002: 25).

Die Vorstellung, Jüdinnen und Juden seien schuld an Naturzerstörung und Tierquälerei, weil sie geldgierig und als Abkömmlinge von Nomad\*innen ohne Bezug zur Scholle seien, stammt aus der völkischen Bewegung. Einige Ökolog\*innen, Friedensfreund\*innen, Biozentrist\*innen und Tierrechtler\*innen recycelten solche Ansichten bereits in den 1980er-Jahren. Sie verwiesen auf den Anthropozentrismus und argumentierten, die jüdische Religion habe eine rein instrumentelle Sichtweise auf die «Mitwelt» begründet, was in Sätzen des Alten Testaments wie «Macht Euch die Erde untertan» zum Ausdruck komme.<sup>9</sup>

Eine wesentliche Rolle für die Ideologie der Neuen Rechten spielt der Ethnopluralismus, ein Konzept, das Henning Eichberg, ein Vordenker der Neuen Rechten, in den 1970er-Jahren entwickelt hat. Es beinhaltet die Vorstellung, Völker hätten sich völlig voneinander getrennt in unterschiedlichen Kulturen entwickelt. Diese Unterschiedlichkeit wird als Ethnopluralismus, der erhalten bleiben solle, positiv bewertet. Darum müsse «nationale Identität» gegen Einwander\*innen und kulturelle Einflüsse aus dem Ausland verteidigt werden, womit seinerzeit im westdeutschen Kontext vor allem Musik und Filme aus den USA gemeint waren. Andernfalls würden sich die traditionellen «homogenen Kulturen» zu einer Monokultur vereinen und auflösen (Feit 1987: 122 ff.).

In Gestalt des Kulturrelativismus findet sich heute eine ähnliche Vorstellung in der Linken und der Umweltbewegung wieder. Analog zum Schutz von Tieren und Pflanzen, dem Erhalt der Biodiversität, sollen Kulturen unbedingt erhalten werden.

9 Diesem Genre widmeten sich Franz Alt, Luise Rinser, Karlheinz Deschner oder der Theologe Eugen Drewermann. Der Tiefenökologe Ralph Metzner schrieb, die ausbeuterische Haltung des Menschen gegenüber der Natur beginne mit der neolithischen Sesshaftwerdung und dem Anthropozentrismus, der auf die jüdisch-christliche Theologie zurückgehe. Der Animismus ursprünglich lebender Völker, wonach die ganze Natur als beseelt gilt, sei stets ökologisch gewesen, im Gegensatz zu monotheistischen Religionen und dem Atheismus, die zerstörerisch seien. Deren Weltanschauung habe zu einer Entwicklung geführt, die «in den faschistischen, völkermörderischen, totalitären Holocausts, die die europäische Zivilisation der Welt des 20. Jahrhunderts auferlegte, ihren grausigen Höhepunkt» fand (Metzner 1995: 32, 37).

So heißt es in der Grundsatzerklärung des International Forum on Globalization (IFG) und anderen Veröffentlichungen von Globalisierungskritiker\*innen, es gelte, eine «weltweite Homogenisierung von verschiedenen, lokalen und indigenen Kulturen und Lebensformen» zu einer «globalen Monokultur» zu verhindern (IFG 2001). Als Alternative zur herrschenden Gesellschaft betrachtet das IFG die «Entwicklung autonomer, regionaler und lokaler Produktionskreisläufe» sowie die «Unterstützung von Biodiversität, kultureller Verschiedenheit und Verschiedenheit von sozialen und politischen Systemen» (ebd.). Verschiedenheit wird als positiver Wert gesetzt, ohne auf konkrete Inhalte einzugehen. Abgesehen davon, dass dahinter ein statischer Kulturbegriff steckt, der Brüche, fließende Übergänge und permanente Veränderung ausblendet, basieren fast alle Kulturen auf Ausbeutung und Herrschaft und beinhalten Haltungen und Praktiken, die gewalttätig, sexistisch und/oder homophob sind – die Aufzählung ist sicher unvollständig.

Die Rede von der Vielfalt der Kulturen und Systeme resultiert auch daraus, dass eine sozialistische Perspektive fehlt, auf eine Kritik von Staat und Nation verzichtet wird und eine falsche Sicht des Kapitalismus dominiert. Diese beschränkt sich darauf, bestimmte Phänomene zu skandalisieren, vorzugsweise aus der Finanzsphäre (Banken, Börse, Zins, Schulden), oder über menschliches Fehlverhalten zu moralisieren. Dabei finden sich sogar Bekenntnisse zum freien Markt etwa bei Arne Naess, dem Begründer der Tiefenökologie (Naess 2017). Er hat nicht begriffen, dass Umweltzerstörung die stoffliche Seite der Kapitalakkumulation ist, die aus Marktbeziehungen erwächst.

### **Öko-Malthusianismus**

Eine der gefährlichsten Ansichten ist die Vorstellung, eine Überbevölkerung des Planeten sei eine oder gar die wesentliche Ursache der Umweltzerstörung. Dieser Öko-Malthusianismus ist falsch, weil eine schiere Zahl von Menschen anstelle der gesellschaftlichen Verhältnisse als Ursache ausgemacht wird. Würden die 800 Millionen ärmsten Menschen auf dieser Welt einfach verschwinden, wäre der ökologische Gesamt-Fußabdruck der Menschheit nicht entscheidend kleiner, weil sie so wenig verbrauchen. Obendrein befinden wir uns weltweit in einer Phase des demografischen Übergangs. Die Geburtenraten sinken allmählich, die Weltbevölkerung wird nach den aktuellen Prognosen der Vereinten Nationen um das Jahr 2100 stagnieren und anschließend schrumpfen.

Die fixe Idee der Überbevölkerung geht auf den britischen Ökonomen Thomas Malthus (1766–1834) zurück. Die Ökovariante entwickelten in den 1920er-Jahren einige Biolog\*innen und Ökolog\*innen in den USA. Populär wurde diese Vorstellung in den späten 1960er-Jahren unter anderem dank des Bestsellers «Die Bevölkerungsbombe» von Paul Ehrlich (1968), der schon mit dem Titel, der auf die Atombombe anspielt, Menschen als Massenvernichtungswaffen diffamierte. Ehrlich war allerdings kein Rechter, sondern ein Linksliberaler und Bürgerrechtler. Er wurde von der christ-

lichen Rechten wegen seiner Forderungen nach Verhütung, Abtreibung und Bevölkerungskontrolle attackiert.

Zu den wichtigsten Öko-Malthusianer\*innen in Deutschland zählte Herbert Gruhl, zuerst CDU-Politiker, dann Mitgründer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Grünen sowie der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Er betrachtet Hungerkatastrophen als natürlichen Ausgleich gegen die vermeintliche «Bevölkerungsexplosion». Der Mensch sei «ein globaler Parasit» oder – Nietzsche zustimmend zitierend – «die Hautkrankheit des Planeten» (Gruhl 1992: 7 f.).

Der Öko-Malthusianismus ist eine zentrale Doktrin des Bioregionalismus und der Tiefenökologie. Beide Strömungen beziehen sich auf das Konzept der Tragfähigkeit. Gemeint ist damit, dass nur eine bestimmte Anzahl von Menschen in einer Region leben könne, ohne die natürliche soziale und kulturelle Umwelt zu vernichten. Daraus wird die Forderung abgeleitet, für jede Region eine Obergrenze festzustellen und die Bevölkerungszahl entsprechend durch Geburten- und Zuwanderungskontrolle zu begrenzen.

Für Arne Naess war Bevölkerungspolitik das Markenzeichen, das die Tiefenökologie von «anthropozentrischen» Umweltschützer\*innen unterscheidet (Naess 1995b: 51). Er plädierte dafür, die Zahl der Menschen auf ein «vertretbares Mindestmaß zu reduzieren» (ebd.: 47). Naess betonte, dass die Reduzierung gewaltfrei und ethisch vertretbar erfolgen müsse und darum Jahrhunderte dauern werde. Doch zwanglos kann es kaum abgehen, wenn manche Tiefenökolog\*innen und Biozentrist\*innen fordern, die Weltbevölkerung möglichst schnell zu reduzieren. Dave Foreman, der Gründer des internationalen Netzwerks radikaler Umweltgruppen Earth First!, und Paul Watson wollen ähnlich wie Paul Ehrlich das Recht, Kinder zu bekommen, beschränken (Foreman 2012: 62; Watson 2012: 135). Manchen geht es nicht bloß darum, ökologische Zerstörungen zu stoppen, sondern um ein Gesellschaftsmodell, das eine deutlich verringerte Zahl von Menschen voraussetzt. So schwärmen Tiefenökolog\*innen und Anarchoprimitivist\*innen von einer «Rückkehr in die Wildnis», ein «Rewilding» jenseits der Zivilisation (Cafaro/Crist 2012: 11; Zerzan 2008: 159 ff.).

Foreman und Watson fordern wie Ehrlich außerdem, Einwanderung zu begrenzen (Foreman 2012: 62; Watson 2012: 135). Bereits Naess hatte eine zu liberale Einwanderungspolitik gerügt: «Nachdem der heutige Lebensstil in den reicheren Ländern der Welt im Vergleich zu den ärmeren Ländern eine gigantische Pro-Kopf-Verschwendung zur Folge hat, schafft jeder Einwanderer von einem armen in ein reiches Land ökologischen Stress. Es liegt auf der Hand, dass die Kinder der Einwanderer gleichermaßen das fatale Konsummuster der reichen Länder übernehmen und so weiterhin zur ökologischen Krise beitragen.» (Naess 1995a: 294)

In der Schweiz gibt es eine Gruppe namens Ecopop (Kürzel aus *ecology* und *population*), die auf der Grundlage eben dieser «Tragfähigkeit» die Bevölkerungszahl fixieren möchte. Diese Gruppe schaffte es (bis Herbst 2012), über 100.000 beglaubigte Unterschriften für ein Plebiszit gegen Überbevölkerung und Einwanderung zu

sammeln.<sup>10</sup> Ecopop gehört der European Population Alliance an, einem europaweiten Zusammenschluss, dem aus Deutschland die Herbert-Gruhl-Gesellschaft (HGG) angehört und der solche Ziele im Namen des Umweltschutzes vertritt.<sup>11</sup> Auf internationaler Ebene lanciert die Foundation for Deep Ecology Kampagnen zur Bevölkerungskontrolle.

Björn Höcke ließ sich im November 2015 über vermeintlich unterschiedliche Reproduktionsstrategien von männlichen Afrikanern und Europäern aus. Er folgerte daraus, dass Deutschland die Grenzen schließen müsse, um die Afrikaner\*innen zu einer «ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik» zu bewegen. Denn dort gebe es zu viele Menschen (Höcke: 2015). Ähnliche Argumente finden sich bei NPD und FPÖ oder in der Zeitschrift *Sezession* unter dem Schlagwort «Postwachstumsökonomie». Wobei die «zu vielen» immer die anderen sind. Verfechter\*innen der Überbevölkerungslegende beherzigen nie den Rat des Anarchisten Erich Mühsam, sich konsequent selbst zu entleiben. Stattdessen wird Malthusianismus rassistisch aufgeladen und richtet sich immer gegen als minderwertig definierte Gruppen und Klassen.

### **Glänzende Perspektiven**

Wie also wird sich die Rechte künftig zur Umweltfrage verhalten? Meine Prognose lautet: wie gehabt. Ein minoritärer Ökoflügel mimt Problembewusstsein, die Mehrheit setzt Kapitalverwertung auf Kosten von Mensch und Natur durch. Weil Fakten und Argumente allenfalls eine instrumentelle Rolle spielen, sind Neofaschist\*innen enorm flexibel. Das garantiert Anschlussfähigkeit in alle Richtungen:

Bei Bedarf sind sie kapitalfreundlich und antiökologisch. Damit adressieren sie Teile der Bourgeoisie und des Mittelstands, die unmittelbar profitieren, aber auch Mittelschichten und Lohnabhängige, deren Existenz von bestimmten Branchen abhängt, das zeigt der hohe Zuspruch bei Wahlen für die AfD im Braunkohlerevier in der Lausitz, oder die auf ein bestimmtes Konsummodell und relative Privilegien im Vergleich zu vielen Menschen im globalen Süden nicht verzichten wollen.

Oder aber die Rechte bedient sich des Mystizismus, der Blut-und-Boden-Ideologie und eines völkischen Pseudo-Antikapitalismus und zielt auf eine esoterische und kleinbürgerliche Klientel, die von Gemeinwohlökonomie und Regionalgeld schwärmt. Heimattümelei ist in Deutschland ohnehin übergreifend angesagt und Sozialdarwinismus und Malthusianismus bis weit ins bürgerliche, grüne und linke Lager verbreitet, wie die aktuellen Corona-Debatten zeigen. Erinnert sei an Boris Palmer, den grünen Oberbürgermeister von Tübingen, der bekrittelte, durch die Co-

10 Bei der Abstimmung am 30. November 2014 beteiligte sich knapp die Hälfte der Bevölkerung. Ein Viertel davon unterstützte den Vorschlag: Das heißt, mehr als zwölf Prozent der Schweizer\*innen befürworteten das Anliegen.

11 Die HGG ging aus den Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD) hervor, ihrerseits eine rechte Abspaltung von der ÖDP, und pflegt das ideologische Erbe Gruhls. Einige HGG-Aktivist\*innen wie der Vorsitzende Volker Kempf gehören der AfD an.

ronamaßnahmen würden nur Menschen gerettet, die sowieso bald sterben müssten. Der Journalist Alan Posener (2019) hat im Rahmen seiner AfD-Politikberatung in der *Welt* den Neofaschist\*innen geraten, doch endlich eine konsistente Umweltpolitik zu formulieren, die sich auf das Thema Überbevölkerung stützt.<sup>12</sup> Clemens Tönnies griff in seiner Polemik gegen eine höhere Mehrwertsteuer für Fleisch im Sommer 2019 auf das rassistisch-sexistische Stereotyp vom triebgesteuerten Schwarzen und die Überbevölkerung zurück. Die öffentliche Empörung hielt sich in Grenzen, er durfte Aufsichtsratsvorsitzender von Schalke 04 bleiben. Die Überausbeutung von osteuropäischen Arbeiter\*innen, die ihm Extraprofite beschert, war sowieso kein Thema bis in seiner Fleischfabrik in Gütersloh im darauffolgenden Jahr ein Corona-Hotspot entstand, der jeder Beschreibung spottete.

Als Koalitionspartner kann die Rechte (das zeigt das Beispiel der FPÖ) wie andere bürgerliche Parteien «Realpolitik» betreiben, die allenfalls kosmetischen Umweltschutz erlaubt. Fantastereien über Autarkie, Energieunabhängigkeit und Regionalgeld finden dann ihre Schranken an der Kapitalverwertung. Es kann aber auch direkt und unmittelbar mörderisch werden, wie der Anschlag in Christchurch zeigte. Der Attentäter bezeichnete sich als Ökofaschisten und kombinierte die Verschwörungsideologie vom großen Austausch mit der Überbevölkerungslegende.

Nach Bedarf können Neofaschist\*innen einerseits jede Maßnahme der Regierung und jeden Vorschlag der Grünen als diktatorisch diskreditieren, andererseits lassen sich eine Festung Europa, eine Diktatur, Rohstoffkriege, Rassismus bis hin zu Ausmerzungen und Massenmord auch als ökologischer Notstand begründen. In beiden Fällen bliebe das enorme Destruktionspotenzial des Kapitals erhalten, dazu für weite Teile der Bevölkerung im globalen Norden das Versprechen, das gegenwärtige Konsummodell beizubehalten. Die Querdenker-Bewegung mit ihrer Realitätsverweigerung und dem Wunsch nach Rückkehr in den kapitalistischen Normalbetrieb erscheint wie ein Vorläufer und Muster einer solchen regressiven Haltung. Insofern könnte bei der absehbaren Zuspitzung der sozialen und politischen Folgen ökologischer Zerstörungen erneut der Faschismus als terroristische Form kapitalistischer Krisenlösung zum Zuge kommen.

## Literatur

AfD – Alternative für Deutschland (2019): Dresdner Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagsfraktionen, Dresden.

AfD Watch Bremen (o. J.): Jonas Schick, <https://afdwatchbremen.com/jonas-schick-ja/>.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2014): *Völkische Siedler im ländlichen Raum*, Berlin.

12 Der Bevölkerungszuwachs sei ein «Haupttreiber des Klimawandels», behauptet Posener (2019).

- Bergmann, Lotta (2020): Die Wiese – bedrohter Lebensraum, in: Die Kehre 4/2020, S. 48–54.
- Bierl, Peter (2012): Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rassenwahn: Kapitalismuskritik von rechts: Der Fall Silvio Gesell, Hamburg.
- Bierl, Peter (2014): Grüne Braune: Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts, Münster.
- Bierl, Peter (2020): Keine Heimat nirgendwo. Eine linke Kritik der Heimatliebe, Berlin.
- Bierl, Peter (2021): Weniger Realismus wagen. Der Green New Deal läuft auf eine Enttäuschung hinaus, in: Jungle World, 3.6.2021.
- Breuer, Stefan (2008): Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt.
- Cafaro, Philipp/Crist, Eileen (Hrsg.) (2012): Life on the Brink. Environmentalists confront Overpopulation, Athens/London.
- Capra, Fritjof (1982): Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild, München.
- Carius, Alexander/Schaller, Stella (2019): Convenient Truths. Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe, Berlin.
- de Benoist, Alain (2009): Abschied vom Wachstum. Für eine Kultur des Maßhaltens, Berlin.
- de Benoist, Alain (2020): «Wer von Ökologie spricht, ohne den Kapitalismus in Frage zu stellen, sollte besser schweigen.», in: Die Kehre 3/2020, S. 32–38.
- Ditfurth, Jutta (2001): Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung, München.
- Falter, Reinhard (2002): Das Umweltproblem neu formulieren, in: Kempf, Volker/Strelow, Heinz-Siegfried (Hrsg.): Naturkonservativ heute. Jahrbuch der Herbert-Gruhl-Gesellschaft e. V., Essen.
- Feit, Margret (1987): Die «Neue Rechte» in der Bundesrepublik. Organisation. Ideologie. Strategie, Frankfurt a. M./New York.
- Foreman, Dave (2012): The Great Backtrack, in: Cafaro, Philipp/Crist, Eileen (Hrsg.): Life on the Brink. Environmentalists confront Overpopulation, Athens/London, S. 56–71.
- Gauland, Alexander (2020): Nachhaltigkeit als konservatives Prinzip, in: Gauland, Alexander (Hrsg.): Nation, Populismus, Nachhaltigkeit. Drei Vorträge, Schnellroda, S. 51–82.
- Gottwald, Franz-Theo (1995): Zur Geschichte der Tiefenökologie, in: Gottwald, Franz-Theo/Klepsch, Andrea (Hrsg.): Tiefenökologie. Wie wir in Zukunft leben wollen, München, S. 17–24.
- GRECE – Groupement de Recherche et des Etudes pour la Civilisation Européenne (Hrsg.) (1994): Les Enjeux de L'Écologie, Actes du XXV<sup>e</sup> colloque national du Grece, 29.11.1993, Paris.

- Gruhl, Herbert (1992): Die Fahrt in den Abgrund, in: *Wir selbst* 1–2/1992, S. 6–13.
- Heidegger, Martin (1962): Die Technik und die Kehre, Pfullingen.
- Höcke, Björn (2015): Festrede beim 3. Kongress des Instituts für Staatspolitik am 21./22.11.2015, [www.youtube.com/watch?v=kMcStcmSv08](http://www.youtube.com/watch?v=kMcStcmSv08).
- IFG – International Forum on Globalization (2001): Information on the International Forum on Globalization, in: *Bulletin of Science, Technology and Society* 3/2001, S. 230–232.
- Kubitschek, Götz (2020): Entortung und Masse sind per se destruktiv, nivellierend, unorganisch, unökologisch, in: *Die Kehre* 4/2020, S. 30–34.
- Metzner, Ralph (1995): Die Entfaltung des ökologischen Weltbildes, in: Gottwald, Franz-Theo/Klepsch, Andrea (Hrsg.): *Tiefenökologie. Wie wir in Zukunft leben wollen*, München, S. 25–40.
- Naess, Arne (1995a): Politik und ökologische Krise. Eine Einführung, in: Gottwald, Franz-Theo/Klepsch, Andrea (Hrsg.): *Tiefenökologie. Wie wir in Zukunft leben wollen*, München, S. 283–298.
- Naess, Arne (1995b): Einfach an Mitteln, reich an Zielen, in: Gottwald, Franz-Theo/Klepsch, Andrea (Hrsg.): *Tiefenökologie. Wie wir in Zukunft leben wollen*, München, S. 41–60.
- Naess, Arne (2017): Wir müssen unsere Fürsorge ausdehnen. Im Gespräch mit dem Öko-Philosophen Arne Naess, Netzwerk für Tiefenökologie, <https://tiefenoekologie.de/12-politik-des-herzens/12-arne-naess-wir-muessen-unsere-fuersorge-ausdehnen>.
- Posener, Alan (2019): Warum lässt die AfD dieses Thema liegen?, in: *Die Welt*, 23.7.2019, [www.welt.de/debatte/kommentare/article197303269/Klimawandel-Warum-laesst-die-AfD-dieses-Thema-liegen.html](http://www.welt.de/debatte/kommentare/article197303269/Klimawandel-Warum-laesst-die-AfD-dieses-Thema-liegen.html).
- Recherche D (2019): Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende, 7.6.2019, <https://recherche-dresden.de/sieben-thesen-fuer-eine-konservativ-oekologische-wende/>.
- Schick, Jonas (2020a): Die Kehre, <https://die-kehre.de/2020/04/28/die-kehre/>.
- Schick, Jonas (2020b): Landschaftsarbeiten (I): Spuren der Energienutzung, in: *Die Kehre* 1/2020, S. 20–25, <https://die-kehre.de/2020/04/28/die-kehre/>.
- Speit, Andreas/Röpke, Andrea (2019): *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*, Berlin.
- Stein, Philip (2014): Ökomanifest von rechts, in: *Sezession*, 22.9.2014, <https://sezession.de/46543/oekomanifest-von-rechts>.
- Watson, Captain Paul (2012): *The Laws of Ecology and Human Population Growth*, in: Cafaro, Philipp/Crist, Eileen (Hrsg.): *Life on the Brink. Environmentalists confront Overpopulation*, Athens/London.
- Zasowk, Ronny (2019): Echter Umweltschutz statt Klimahysterie, 29.3.2019, <https://npd.de/2019/03/echter-umweltschutz-statt-klimahysterie/>.
- Zerzan, John (2008): Warum Primitivismus?, in: Kuhn, Gabriel (Hrsg.): *Neuer Anarchismus in den USA. Seattle und die Folgen*, Münster.



Sonja Brasch

## **«RASSISMUS UND NAZISTISCHE IDEOLOGIE WERDEN NICHT DURCH GERICHTSURTEILE BEKÄMPFT» EINE ABRECHNUNG**

Das Urteil im Prozess gegen Stephan Ernst und Markus H. erging nach 45 Prozesstagen am 28. Januar 2021, doch aufgeklärt sind die Umstände des Mordes an Walter Lübcke und des Angriffs auf Ahmed I. noch lange nicht. Die zentralen Fragen der beiden Nebenklageparteien blieben unbeantwortet, alle Verfahrensbeteiligten legten Revision gegen die Entscheidung des 5. Strafsenats des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main ein. Zurück bleiben die Erinnerungen an einen langen, kräftezehrenden Prozess und wichtige und ernüchternde Erkenntnisse über den Umgang mit rechtem Terror und Rassismus in Deutschland.

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke ermordet, hingerichtet mit einem Schuss in den Kopf auf der Terrasse seines Wohnhauses in Isth. Sein Mörder, der Kasseler Neonazi Stephan Ernst, wurde zwei Wochen später festgenommen, überführt hatten ihn die Ermittler\*innen mittels einer DNA-Spur am Hemd des Toten.

Kurz nach der Festnahme wandte sich der 2015 aus dem Irak nach Deutschland geflüchtete Ahmed I. zusammen mit der Opferberatungsstelle response per Brief an die ermittelnde Staatsanwaltschaft, da er vermutete, dass Ernst es war, der ihn im Januar 2016 mit einem Messer niedergestochen hatte. Die Bundesanwaltschaft ermittelte und gab im März 2020 bekannt, dass auch diese Tat Gegenstand des Verfahrens sein würde.

Beide Verbrechen müssen zusammen betrachtet werden, auch wenn das Gericht nicht von Ernsts Schuld im Fall Ahmed I. überzeugt ist. Sie bilden die zeitliche Klammer der rassistischen Mobilisierung im Land und stellen die folgerichtige Umsetzung der Propaganda von AfD und ihren Anrainerorganisationen, der selbst ernannten «Mosaikrechten», dar.

## **Lohfelden als Kristallisationspunkt der rassistischen Mobilisierung**

Deutschland im Jahr 2015, der Sommer der Migration. Die Politik setzt bundesweit auf die Einrichtung großer Erstaufnahmelager. So auch in Nordhessen. Für die Organisation ist das Regierungspräsidium verantwortlich, dem der CDU-Mann Walter Lübcke als Regierungspräsident vorsteht. Auf dem alten Flughafengelände in der Nähe des 3.000-Seelen-Dorfs Calden etwa wird eine Zeltstadt für ebenso viele Personen errichtet, gleichzeitig wird der 2013 neu eröffnete und unrentable Flughafen Kassel-Calden zu einem der zehn wichtigsten Abschiebeflughäfen Deutschlands. Die Landtagsfraktion der LINKEN kommentierte damals in einer Pressemitteilung: «Parallel zu den Plänen in Bayern, grenznahe Abschiebelager zu errichten, entsteht im schwarz-grün regierten Hessen ein großes Zeltlager am Flughafen Kassel-Calden. Offensichtlich soll der rote Zahlen schreibende Regionalflughafen nun als Abschiebeflughafen seine Daseinsberechtigung erhalten. Das ist das hessische Verständnis von One-Stop-Government: Aufnahme und Abschiebung in einem Zug. Das Vorhaben ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die sich für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen einsetzen. Und es ist ein Armutszeugnis der besonderen Art für die hessischen Grünen.» (Cárdenas 2015).

In anderen Städten und Gemeinden werden alte Baumärkte zu Unterkünften umfunktioniert. So auch in Lohfelden, einem Vorort von Kassel. Um der Bevölkerung die Lagerpolitik nahezubringen, werden Bürgerversammlungen abgehalten, auf denen sich dann allerdings die rassistische Stimmung entlädt. Der lokale Pegida-Ableger Kagida («Kassel gegen die Islamisierung des Abendlandes») hatte zur Teilnahme an der Versammlung am 14. Oktober 2015 im Bürgerhaus Lohfelden aufgerufen, viele Anhänger\*innen waren dem Aufruf gefolgt. Unter ihnen auch die späteren Angeklagten Stephan Ernst und Markus H.

Die Stimmung war von Beginn an aufgeheizt. Hier sagte Lübcke den Satz, der ihn zur Zielscheibe der Rechten machen sollte: «Ich würde sagen, es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten. Und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist.» Markus H. filmte die Szene, schnitt sie zusammen und lud sie auf seinem YouTube-Kanal hoch. Das Video wurde oft geteilt und in verschiedenen Momenten der rassistischen Mobilisierung aufgegriffen, unter anderem von dem Katzenkrimi-Autor und *Compact*-Kolumnisten Akif Pirinçci und der Ex-CDUlerin und heutigen Vorsitzenden der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, Erika Steinbach. Walter Lübcke erhielt Drohungen, seine Adresse wurde im Internet veröffentlicht.

Im November 2015 wurde Ahmed I. nach seiner Flucht aus dem Irak im ehemaligen Hornbach-Markt in Lohfelden untergebracht, ebenjener Unterkunft, die in der Rechten bundesweit mit der Aussage Lübckes verbunden wurde. Der junge Musiker, der vor dem IS aus seiner Heimat fliehen musste, wollte am Abend des 6. Januar 2016 zur Tankstelle gehen, um Zigaretten zu holen. Er hörte Musik und rauchte, als sich ihm eine Person von hinten auf einem Fahrrad näherte. Er machte instinktiv einen

Schritt zur Seite, um Platz zu machen, spürte einen Schlag am Rücken und sank zu Boden, als ihm die Beine versagten. Der Täter hatte ihm eine Klinge zwischen die Schulterblätter gerammt und ihn schwer verletzt. Bis heute hat Ahmed I. mit den Folgen der Verletzung zu kämpfen. Schnell zog er die Verbindung zur «Kölner Silvesternacht» und gab den Beamt\*innen, die ihn kurz nach der Operation im Krankenhaus befragten, direkt zu verstehen, dass für ihn nur Rassismus als Tatmotiv infrage komme. Er sei nicht beraubt worden und mit seiner Kapuze nicht als Geflüchteter zu erkennen gewesen, sodass er davon ausgehe, dass der Täter ihn beim Verlassen der Unterkunft beobachtet hat. Die Beamten jedoch vermuteten den Täter im Umfeld von Ahmed I. Ob er in der Unterkunft Feinde gehabt habe oder ob es nicht ein Racheakt des IS gewesen sein könnte, fragten sie ihn ein ums andere Mal. Die Übersetzerin, die nicht dasselbe arabische Idiom wie er sprach, hatte offensichtlich Mühe, eine Verständigung zwischen Ahmed I., der eben eine Notoperation überstanden hatte, und den argwöhnischen Polizist\*innen herzustellen. Ein Umstand, der sich vor Gericht stark zum Nachteil des Opfers auswirken sollte.

Die Überwachungskameras der umliegenden Betriebe lieferten Bilder des Radfahrers. Auch wenn sie von schlechter Qualität sind, waren Rückschlüsse auf das Fahrrad möglich. Schließlich wurde doch der Staatsschutz eingeschaltet, die Ermittlungen wurden zweigeteilt, wobei nur die Staatsschutzbeamt\*innen Einblick in die Unterlagen zu rechts motivierten Straftäter\*innen hatten. Während die Kriminalbeamt\*innen vorbestrafte Messertäter in der Umgebung befragten, wurden die Staatsschutzbeamt\*innen mit der Befragung von 31 polizeibekanntem rechts motivierten Straftätern beauftragt. Unter ihnen auch Stephan Ernst, der im angrenzenden Stadtteil Forstfeld mit seiner Familie lebte. Ob den Beamt\*innen auffiel, dass Ernst auf beiden Listen zu finden war, ist bisher unklar. Er wurde ebenso wie die anderen aufgesucht und zu seinem Alibi und seinem Fahrrad befragt. Er gab an, mit dem Rad zur Arbeit zu fahren, an diesem Tag aber Urlaub gehabt zu haben und zu Hause gewesen zu sein. Weitere Schritte oder eine Überprüfung des Alibis wurden nicht unternommen.

Ernst erwähnte in seiner Befragung vor Gericht, von den Ereignissen zum Jahreswechsel 2015/16 in Köln sehr aufgebracht gewesen zu sein. Er beschrieb die «Silvesternacht» als eines der Schlüsselerlebnisse seiner «Radikalisierung». Die rechte Version des Narrativs der Ereignisse auf der Domplatte hatte (und hat bis heute) großen Einfluss auf die rassistische Mobilisierung im Land und wirkte weit in die Gesellschaft hinein. Unabhängig von den tatsächlichen Geschehnissen in der Nacht wurde der Topos der «weißen deutschen Frau», die es zu schützen gelte, in rechten wie in bürgerlichen Medien bedient. Ernst gab an, viel rechte Propaganda zu dem Thema konsumiert zu haben und vor allem von Videos beeinflusst worden zu sein, die Gewalt gegen weiße Frauen durch nicht weiße Täter zum Thema hatten. Zwar stritt er den Messerangriff wiederholt ab, brachte aber selbst das Datum des Angriffs in die Vernehmung ein. Er gestand, aus Wut über die Ereignisse Wahlplakate zerstört zu haben. Indes wurde während des Prozesses ermittelt, dass Anfang Januar noch keine Plakate

im Stadtteil aufgehängt waren, weshalb Nebenklagenanwalt Alexander Hoffmann diese Geschichte als eine Deckerzählung für den Angriff auf Ahmed I. wertet. Ernsts Erregung über die «Silvesternacht» lässt sich auch durch Whatsapp-Nachrichten an seine Mutter belegen.

Die «Ethnisierung von Gewalt» (vgl. AK Fe.In 2019) ist eine der wichtigsten Triebfedern rassistischer Mobilisierung: AfD, Pegida & Co instrumentalisieren Fälle von Gewalt gegen Frauen ausschließlich, wenn der Täter Schwarz oder PoC ist oder keine deutsche Staatsbürgerschaft hat, und jagen entsprechend aufgeladene Meldungen über diese Vorfälle durch die sozialen Medien. Bundesweit wurde zu sogenannten Frauenmärschen aufgerufen, die Identitären betrieben die Internetkampagne «#120 dB», um die Bedrohung weißer deutscher Frauen hochzujazzen. Unterstützt wurde diese Entwicklung quer durch die Medienlandschaft der «Mitte der Gesellschaft». Der Hamburger Journalismusprofessor Thomas Hestermann stellte 2019 in einer Expertise zur Nennung der Herkunft der Täter in der Berichterstattung fest, dass hier ein Zerrbild der Realität entstehe. Als Ausgangspunkt für diese Entwicklung machte auch er die «Silvesternacht von Köln» aus (Hestermann 2019).

Die Verknüpfung von Sexismus und Rassismus ist nicht neu, hat aber seit 2015 eine neue Qualität. Aus diesem Narrativ leiten sich bestimmte Angebote ab, die auf fruchtbaren Boden fallen. Frauen erhalten zum einen die Möglichkeit, offen ihren Rassismus auszuleben, zum anderen wird über das Vehikel Rassismus das reale Problem frauenfeindlicher Gewalt thematisierbar. Da Gewalt gegen Frauen vor allem im eigenen Nahumfeld stattfindet,<sup>1</sup> ist das Sprechen darüber tabuisiert. Ein Weg, mit den Gewalterfahrungen umzugehen, ist, sie in ein besprechbares Feld zu verlagern. Die Gewalt wird dann ausschließlich als «fremd» wahrgenommenen Personen zugeschrieben, anstatt das Problem gesamtgesellschaftlich zu begreifen. Für Männer wiederum bietet das Narrativ einen einfachen Ausweg aus der vermeintlichen Krise der Männlichkeit. Der Mann wird daran erinnert, «seine» Frauen zu beschützen. Stephan Ernst benannte vor Gericht vor allem die Angst, seiner Tochter könne Gewalt angetan werden. Er habe Waffen für sich und seine Arbeitskollegen beschafft, weil es Zeit gewesen sei, «den deutschen Mann» zu bewaffnen. Man denke dabei an die Rede von Björn Höcke aus dem Jahr 2015, in der er forderte: «Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken. Denn nur wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft. Und nur wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!» (Zit. n. Stokowski 2015)

Das damit herbeifantasierte Bürgerkriegsszenario, die Angst vor dem «Volkstod», der «Umvolkung» oder «dem großen Austausch» und die deshalb benötigte Wehrhaftigkeit, ist in der Vorstellungswelt der völkisch-nationalistischen Rechten zentral. Der Schutz der «Volksgemeinschaft», oder in welche modernen Worte und Medien-

1 Zum Beispiel handelt es sich nur bei einem Fünftel der angezeigten Vergewaltigungen um den plötzlichen Überfall eines Unbekannten (vgl. Britzelmeier 2016).

strategien sich das Thema auch immer kleiden lässt, ist eins der Kernelemente rechter Ideologie (vgl. Bitzan 2016) und seit jeher ein Motiv für faschistische Gewalt gegen all diejenigen, die im Krieg «auf der falschen Seite» stehen.

An den beiden Taten, die mit der Geflüchtetenunterkunft in Lohfelden verbunden sind, lässt sich diese Dynamik analysieren. Der Angriff auf Ahmed I. erfolgte, um konkret Angst unter den Menschen zu verbreiten, die hier Schutz suchen. Als junger Mann und damit als angebliche Bedrohung «für die deutsche Frau» passte er besonders gut ins Feindbild. Walter Lübcke wiederum wurde nicht in erster Linie als CDU-Politiker ermordet, sondern als Vertreter der «Willkommenskultur». Der Kurs von Kanzlerin Angela Merkel war vielen ein Dorn im Auge, selbst viele CDUler\*innen fühlten sich dieser Kultur nicht zugehörig. Der Mord ängstigte vor allem die ehrenamtlichen Helfer\*innen und Sozialarbeiter\*innen in der Geflüchtetenbetreuung (vgl. Brasch 2020). Die zurückhaltende Reaktion der CDU auf den Mordanschlag zeigte, dass sie sich nicht wirklich angegriffen fühlte. Denn wie auch schon im Zuge der Welle rassistischer Gewalt nach der «Wende» gab die Politik der rassistischen Hetze nach. 1993 hatte man sich vom bis dahin uneingeschränkten Asylrecht des Grundgesetzes verabschiedet. Mit dem Aufkommen der rassistischen Mobilisierungen hatte man das europäische Grenzregime weiter ausgebaut und verantwortet seither den Todesstreifen um Europa, um unerwünschte Menschen nicht mehr nach Deutschland kommen zu lassen. 2019 hielten Politik und Ermittlungsbehörden an der These des Einzeltäters fest, statt den Mord an einem aus den eigenen Reihen zum Anlass zu nehmen, endlich gegen die rechten Strukturen konsequent vorzugehen. Man stelle sich nur vor, wie der Staat reagiert hätte, stünde ein linksterroristischer Hintergrund auch nur im Raum.

### **Ein notorischer Lügner**

Für den versuchten Mord an Ahmed I. wurde Stephan Ernst nicht belangt. Der 5. Strafsenat sah die Beweise nicht als ausreichend für eine Verurteilung an. Die DNA-Spur am Hemd von Walter Lübcke überführte Ernst hingegen und belegte seine Anwesenheit am Tatort zweifelsfrei. Hier war er von Anfang an geständig, präsentierte aber immer wieder neue Versionen der Tat. Die DNA-Spur am Messer, das in seinem Keller gefunden wurde und das als Tatwaffe für das erste Verbrechen infrage kommt, war zu undeutlich, um zu berechnen, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie von Ahmed I. stammen könnte. Der Sachverständige konnte immerhin feststellen, dass sich dieser als Spurenverursacher nicht ausschließen ließ. Ernsts Verteidigung legte eine Quittung über den Kauf eines Messers der gleichen Serie zwei Wochen nach der Tat vor, die das Gericht aus schwer nachvollziehbaren Gründen davon überzeugte, das Exemplar aus dem Keller sei erst Ende Januar gekauft worden. Eine genaue Analyse der Daten auf dem USB-Stick, auf dem die Quittung gefunden wurde, wurde abgelehnt.

Ernst bestritt den ganzen Prozess über, Ahmed I. angegriffen zu haben. Mehr noch, er beantwortete keine Fragen des Nebenklagenanwalts Hoffmann. Während er sich auf den Fall Lübcke mehrfach tränen- und variantenreich einließ und Fragen der Familie beantwortete, schwieg er zu allen Fragen zum Messerangriff.

Sein Aussageverhalten beeinflusste sowohl die Ermittlungen als auch den Prozess massiv. Immer wieder gab er zu, was nicht zu leugnen war, passte seine Aussagen an, blieb einerseits vage, erzählte anderes dafür sehr detailliert. So verschob sich immer wieder die Aufmerksamkeit auf die Punkte, über die Ernst gerade sprach. Auch die Bundesanwaltschaft ließ sich zu Teilen sehr stark auf dieses Verhalten ein. So stützte sie viele Punkte der Anklage gegen den mutmaßlichen Beihelfer H. auf die Aussagen von Ernst, ohne dass weitere Beweise ermittelt wurden. Beispielsweise berichtete Ernst von Schießtrainings im Wald, bei denen man auch auf Zielscheiben mit dem Gesicht von Angela Merkel gefeuert habe. Die von ihm angegebenen Stellen wurden jedoch erst im Herbst 2020 untersucht, also mehr als ein Jahr nach der Festnahme. Die Polizei konnte keine Patronenhülsen oder sonstigen Spuren mehr finden.

An wichtigen Punkten im Prozess konnte man den Eindruck gewinnen, die ermittelnde Behörde habe sich auf den Äußerungen von Ernst ausgeruht, anstatt deren Richtigkeit zu prüfen oder eigene Thesen zu bilden. Daneben waren die Angaben von Markus H.s ehemaliger Lebenspartnerin Lisa D. wichtig für die Anklage. Die Staatsanwaltschaft sah sich mit dem Problem konfrontiert, dass beide, Ernst und D., vor Gericht mehr als unglaubwürdig waren. D. stellte ihre zentrale Aussage, H. sei von den beiden der «Denker», Ernst der «Macher», als Missverständnis dar. Das habe sie so gemeint, dass Ernst etwas geschafft habe im Leben, während H. sich nicht auf einen festen Job und das Familienleben habe einlassen wollen. Die Belastungen, die D. vorgebracht hatte, wurden vom Gericht als haltlos bewertet.

Auch Ernsts Glaubwürdigkeit litt zunehmend im Verlauf des Prozesses, vor allem aufgrund der drei verschiedenen Versionen, die er nacheinander zum Besten gab. Sein erstes Geständnis legte er gut zwei Wochen nach seiner Festnahme ab. Er behauptete, die Tat allein begangen zu haben, gab sein Waffendepot preis und belastete seinen langjährigen Weggefährten Markus H. sowie den Waffenhändler Elmar J. aus Borgentreich in Nordrhein-Westfalen als Unterstützer im Vorfeld. Beide wurden daraufhin festgenommen. Das Verfahren gegen Elmar J. wurde abgetrennt und der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben, bisher ist kein Prozess terminiert (Tolvaj 2020). H. blieb in Untersuchungshaft, bis er nach einer Haftprüfung circa in der Mitte des Prozesses freigelassen wurde.

Ernst wurde in der Untersuchungshaft von Dirk Waldschmidt, einem bekannten Anwalt der hessischen rechten Szene, aufgesucht. Waldschmidt sitzt aktuell selbst in Untersuchungshaft, seine Kanzlei wurde im Zuge der Razzia gegen die Naziorganisation Turonen durchsucht, die die Rechercheplattform EXIF dem Netzwerk von Combat 18 Deutschland zuordnet (EXIF 2018). Waldschmidt habe Ernst nahegelegt, nur sich selbst zu belasten. Ernst widerrief daraufhin sein Geständnis, wechselte seine

anwaltliche Vertretung, gegen Waldschmidt wurde zeitweise wegen Strafvereitelung ermittelt. Zusammen mit Frank Hannig und Mustafa Kaplan präsentierte Ernst im Januar 2020 eine neue Tatversion, in der Markus H. mit am Tatort gewesen sein und auch geschossen haben soll. Der Schuss habe sich im Streit aus Versehen gelöst, man habe Lübcke lediglich einschüchtern wollen. Auch von diesem Geständnis nahm Ernst Abstand und entzog Hannig das Mandat, nachdem dieser vermeintlich nicht abgesprochen Beweisanträge gestellt hatte, die die Familie Lübcke mit Korruption in Verbindung bringen sollten. Schließlich sagte Ernst aus, er sei mit H. zusammen in Isthia gewesen, habe aber selbst auf Walter Lübcke geschossen. Die Frage von Irmgard Braun-Lübcke, ob das Letzte, was ihr Mann vor seinem Tod gesehen habe, das Gesicht von H. gewesen sei, bejahte er.

Ernst stellte sich als Opfer seiner Anwälte dar, die versucht hätten, ihn zu manipulieren. Waldschmidt habe ihm, ganz Szeneanwalt, im Gegenzug für die Schuldübernahme die Unterstützung der Naziorganisation Gefangenenhilfe versprochen. Hannig habe sich das zweite Geständnis ausgedacht, um den vor Gericht schweigenden H. zum Reden zu bewegen.

Erst mit der Mandatsübernahme durch Mustafa Kaplan und dem neuen Verteidiger Jörg Hardies sei er bereit gewesen, die Wahrheit zu sagen. Die letzte von Ernst präsentierte Version bot ihm mindestens zwei Vorteile: Zum einen konnte er sich reumütig geben. Mehrfach versprach er der Familie auch nach dem Prozess, ihre Fragen zu beantworten, und entschuldigte sich in Tränen aufgelöst. Auch seine Teilnahme am Aussteigerprogramm IKARus wirkte so glaubwürdiger. Der andere Grund wurde im Plädoyer seines Anwalts Kaplan deutlich, der nur auf Totschlag plädierte, da Walter Lübcke durch den vorangegangenen Streit nicht mehr arglos gewesen sein soll.

Ausreichend Beweise, dass eine Version der Tat tatsächlich stimmt, gibt es nicht. So hielt der tote Walter Lübcke eine abgebrannte Zigarette in der Hand, was eher auf die erste Version hindeutet, dass er vom Schuss überrascht wurde. Es spricht aber auch einiges dafür, dass die Tat mindestens zu zweit geplant und ausgeführt wurde. Wenn Ernst sie allein begehen wollte, warum hatte er dann nicht aus sicherer Distanz mit einem ihm zur Verfügung stehenden Gewehr geschossen?

Aber ob H. der zweite Täter war oder ob es gar noch mehr Mitwisser\*innen gab, konnte nicht belegt werden (vgl. Tolvaj 2020). Auch die Annahme einer psychischen Beihilfe wurde durch Ernsts wechselhafte und zögerliche Angaben zunehmend brüchig. Ernst hatte ausgesagt, 2009 aus der Szene ausgestiegen zu sein und sich erst nach dem Wiedertreffen mit H. in der Firma erneut radikalisiert zu haben. Dagegen spricht zum einen, dass er den Ausstieg gegenüber seiner Therapeutin, bei der Ernst damals wegen seiner Depressionen in Behandlung war, nicht erwähnt hatte. Zum anderen hatte er nachweislich weiter Kontakt zur Szene und nahm im Jahr 2011 an einer Sonnenwendfeier teil, die von der Szenegröße Thorsten Heise organisiert worden war. Das widerspricht seiner vorherigen Darstellung, er sei H. ideologisch gefolgt

und habe sich mitreißen lassen. H. wurde freigesprochen und lediglich wegen der ihm zur Last gelegten Waffenverstöße verurteilt. Welche Rolle er beim Mord an Walter Lübcke spielte, ist bis heute ungeklärt.

Bereits bei seiner ersten Vernehmung deutete sich für aufmerksame Beobachter\*innen Ernsts Qualität als Wendehals an. Er sagte unter Tränen, er habe seinen Kindern geraten, besser auf ihre Lehrer zu hören, als so zu werden wie er. Dabei hatte er seinen Sohn mindestens zu einer AfD-Demonstration mitgenommen und rechte Inhalte via Chat mit ihm ausgetauscht. Im Sommer 2020 wurde bekannt, dass der Militärische Abschirmdienst (MAD) aufgrund der rechten Gesinnung des Sohnes interveniert hatte, als dieser seinen freiwilligen Wehrdienst hatte antreten wollen (Der Spiegel 2020). Inwieweit er in das Denken und Handeln seines Vaters eingeweiht war, ist ungeklärt. Klar ist aber, dass Ernst entgegen seinen Angaben bestimmte ideologische Vorstellungen mit ihm geteilt hatte.

### **Kein Einzeltäter**

Das geringe analytische Verständnis von rechtem Terror, mit dem die Ermittlungsbehörden und der Senat operierten, ist erschreckend. Begriffe wie «Ausstieg», «rechte Gesinnung» oder die Funktionsweisen der Szene wurden mit einem Alltagsverstand angegangen, den weder der aktuelle Stand der Forschung noch die gesellschaftliche Entwicklung nach dem NSU-Komplex tangierten. Es ist, als habe es keine Empfehlungen seitens der Untersuchungsausschüsse gegeben (Deutscher Bundestag 2017; Hessischer Landtag 2018). Asservate wurden nicht ausreichend gewürdigt oder im Prozess nicht besprochen, denn große Teile des Aktenmaterials waren ausschließlich im Selbstseverfahren eingeführt worden. Das bedeutet, dass Material als in den öffentlichen Prozess eingeführt gilt und die Prozessbeteiligten sich darauf beziehen können, wenn sie es für ihre Argumentation und Beweisführung brauchen, setzt aber auch – wie sich hier zeigt, fälschlicherweise – voraus, dass alle Beteiligten das Wissen aus den Akten präsent haben. Es schien eher zufällig, was thematisiert wurde, abhängig davon, welcher Fakt einer Prozesspartei strategisch gerade wichtig war, und ohne erkennbares analytisches Verständnis von rechtem Terror. So wurde die Teilnahme von Ernst an besagter Sonnenwendfeier nicht etwa durch die Bundesanwaltschaft eingebracht, um tatsächlich Ernsts Szenenähe weiter zu prüfen, obwohl sich die Unterlagen im Aktenmaterial befinden. Vielmehr erfragte die Teilnahme H.s Verteidiger, Szeneanwalt Björn Clemens, erstmals öffentlich in der Vernehmung eines Polizeibeamten, da er das Interesse hatte, H.s Rolle als Ernsts Einflüsterer zu dekonstruieren, und deshalb nach bedeutenderen Szenepersonen suchte, zu denen Ernst Kontakt gehabt hatte. Sogar eine linke Broschüre über Heise wurde von H.s Verteidigung eingeführt.

Zum Vergleich: Im Prozess vor dem Oberlandesgericht Naumburg (in Magdeburg) wegen des Anschlags auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019 waren zwei Sachverständige geladen worden, die über neue Formen rechten Terrors durch digitale



Vernetzung referierten. In Frankfurt hingegen wurde über den Ablauf von Ausstiegsprozessen orakelt, als gäbe es keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse dazu.<sup>2</sup>

Auch die Bedeutung von Rassismus als gesellschaftliches Machtverhältnis wurde nicht im Ansatz begriffen. Besonders deutlich zeigte sich das an der Behandlung von Ahmed I. während seiner stundenlangen, quälenden Zeugenvernehmung im Prozess. Er hatte fünf Jahre auf die Gelegenheit gewartet, seine Geschichte zu erzählen. Was ihm passiert war, welche Vermutungen er hatte, welche Auswirkungen die Tat für ihn hatte und vor allem, wie sehr er unter der Behandlung der Polizei im Nachgang gelitten hatte.<sup>3</sup> Sein Anwalt Alexander Hoffmann fand in seinem Plädoyer klare Worte: «Es handelt sich um institutionellen Rassismus, nicht einen individuellen Rassismus der einzelnen Polizeibeamten, sondern einen Rassismus, der sich aus den jahrzehntelang eingeübten Arbeitsabläufen ergibt, den Täter- und Opferbildern, wie sie in Polizeibehörden, in der Ausbildung und in der Praxis verankert sind, den regelmäßig zugrunde gelegten Tathypothesen und ähnlichen die Strafverfolgungsbehörden grundsätzlich prägenden Elementen.»

Statt dem Betroffenen des brutalen Mordversuchs Raum zu geben, unterbrach ihn der ungeduldig-herrische Vorsitzende Richter Thomas Sagebiel und konfrontierte ihn mit der Skizze des Tatorts und mit Detailfragen. Sagebiel befragte Ahmed I. nach intimen gesundheitlichen Details der Folgeschäden, die er auch den Arztbriefen hätte entnehmen können. Er zeigte nicht das leiseste Gespür dafür, welche Bühne er an dieser Stelle für Naziideologie bot und welche Befriedigung es den anwesenden Rassist\*innen bereiten könnte, so ausführlich über die Spätfolgen der schweren Verletzungen informiert zu werden, ganz zu schweigen von der würdelosen Art der Befragung. Dem Richter fiel noch nicht einmal auf, dass der Angeklagte H. hämisch grinsend in der ersten Reihe der Anklagebänke saß, und er wies ihn auch nur beiläufig zurecht, als es ihm von Nebenklagevertreter Matt und der Bundesanwaltschaft mitgeteilt wurde.

Stephan Ernst ist weder jemals aus der Naziszene ausgestiegen, noch hat er sich «abgekühlt», wie es im Verfassungsschutz-Jargon heißt. Er hat nur sein Tätigkeitsfeld verschoben, so wie es viele Neonazis machen, wenn sie mit Ehepartner\*innen und Kindern zu viel zu verlieren haben, um sich an Straf- und Gewalttaten zu beteiligen. Außerdem ist es in der extremen Rechten gang und gäbe, zunächst wilde Jahre des Aktivismus auszuleben und anschließend den «nationalen Kampf» über Kinder und Familie fortzuführen. Hinzu kommt noch ein weiterer wichtiger Faktor: Die extreme Rechte ist in ihren Organisations- und Gelegenheitsstrukturen einem ständigen Wandel unterworfen. Welche Strategien der extremen Rechten also erfolgversprechend

2 Zu empfehlen an dieser Stelle: Schwerpunkt «Drinnen» oder «Draußen»? Der Mythos Ausstieg aus der extremen Rechten, in: LOTTA (2013) sowie Sigl (2018).

3 Eine ausführliche Darstellung von Ahmed I. persönlich sowie eine Einordnung seines Anwalts Alexander Hoffmann gab es auf der Pressekonferenz im Anschluss an seine Aussage (Bildungsstätte Anne Frank 2020).

sind, wandelt sich mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Das mag einer Gesellschaft, die sich vor allem vom «Verfassungsschutz» darüber informieren lässt und die jeden Artikel über Neonazis seit 20 Jahren mit dem gleichen Paar Springerstiefel bebildert, möglicherweise entgangen sein. Aber in einem Gerichtsprozess, der über rechten Terror urteilen will, sollte doch zumindest ein grundsätzliches Verständnis der Materie geschaffen werden, schließlich gab es in den letzten zehn Jahren ausreichend Gelegenheiten, sich gerichtlich mit rechtem Terror auseinanderzusetzen.

Die AfD ist unterdessen zum Auffangbecken für einen gehörigen Teil der organisierten Neonazis geworden und bietet eine «Alternative» vor allem zur am Boden liegenden NPD. Seit den 2000er-Jahren weiß ein weiter Teil der Zivilgesellschaft, dass «Nazis raus» gehören. Was nun aber, wenn die Grenzen zu anderen politischen Spektren weiter verschwimmen? Die Politik des faschistisch zu nennenden «Flügels» ermöglichte eine weite Öffnung und große Anschlussfähigkeit der AfD für den organisierten Neonazismus bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer vermeintlich harmlosen bürgerlichen Fassade. Dass diese Fassade lange Zeit unhinterfragt gewahrt werden konnte, lag nicht zuletzt an der ideologischen Nähe des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen zu dieser Partei.

Stephan Ernst ist seit seiner frühesten Jugend ein höchst gewalttätiger Rassist. War er als Jugendlicher zwar noch nicht in der Szene organisiert, beging er trotzdem eigenständig schwere Straftaten. Er verübte Brandstiftung in einem «mehrheitlich von Türken bewohnten» Mehrfamilienhaus, jagte mit einer Rohrbombe ein Auto in direkter Nähe zu einer Geflüchtetenunterkunft in die Luft und stach einen türkischen Imam in der Toilette des Wiesbadener Hauptbahnhofs nieder (Tolvaj 2019). Nach einer sechsjährigen Haftstrafe organisierte sich Ernst dann in Kassel und wurde zusammen mit Markus H. in der dortigen Neonaziszene «ausgebildet». Beide haben sich mit Ideologie, Konzepten und Organisation auseinandergesetzt. Sie haben konspiratives Verhalten und den Einsatz von Gewalt in einer Bewegung erlernt, die trotz Straftaten und massiver Bewaffnung kleingeredet und vom Geheimdienst in skandalös dubioser Weise mitfinanziert wurde. Sie verfügten damit über eine «Ausbildung», die es ihnen ermöglichte, die Gelegenheitsstrukturen der AfD zu nutzen und an der dort gebotenen Lebenswelt mit Demonstrationen, Wahlerfolgen, Propaganda und Stammtischen teilzuhaben. Als Höcke am 1. Mai 2018 auf einer Demonstration unter dem Motto «Unseren Sozialstaat verteidigen! Gegen massenhaften Clan-Nachzug – für ein sicheres und soziales Deutschland» in Erfurt sprach, machte er «die korrupte Politikerkaste» für die «massenhafte Zuwanderung» verantwortlich und äußerte dort die «Sorge um unsere Frauen und Töchter» (Höcke 2018). Die Menge antwortete ihm mit dem Ruf: «Volksverräter! Volksverräter!» Es war laut Anklage ebenjene Demonstration, zu der Ernst gemeinsam mit Markus H. und Alexander S. fuhr und seinen Sohn mitnahm. Stephan Ernst setzte die Forderung Höckes «Bis hierhin und nicht weiter!» mit seinen Mitteln in die Tat um, weil er dazu in der Lage war. Wie eng oder nah muss ein Mitwisser oder eine Anstifterin an der Tat sein, um dafür belangt werden zu können?

## Die Botschaft des Urteils

Im Urteil von Ende Januar 2021 wird vor allem der wahrhaftig überholte Begriff «Ausländerfeindlichkeit» verwendet, als mache sich rassistische Gewalt an der Staatsbürgerschaft fest. Das zugrunde liegende Verständnis von Rassismus ist von erschütternder Dürftigkeit. Das Urteil liest sich, als habe Stephan Ernst keinen Einfluss auf die Entwicklung seiner Einstellungen gehabt, als sei er ein Opfer der Umstände. Seine menschenverachtende Weltsicht wird als Reaktion beschrieben auf etwas, was ihm durch seine Umwelt zugefügt worden sei. Seine «Ausländerfeindlichkeit» habe er zum einen entwickelt, weil er von seinen türkischen Mitschüler\*innen aus der Parallelklasse gemobbt worden sei – er legte übrigens aus Rache im Alter von 15 Jahren im Keller des Mehrfamilienhauses Feuer, in dem einer der Mitschüler lebte –, zum anderen habe er seinem gewalttätigen Vater gefallen wollen und daher dessen Einstellung übernommen. Seinen Hass auf politische Gegner habe er durch (!) Auseinandersetzungen mit diesen entwickelt. Wenn wir also nur alle die Nazis in Ruhe ließen, dann würden sie sich selbst demokratisieren, anstatt Menschen zu erschießen und niederzustechen? Wenn der Täter seinerseits so sehr zum eigentlichen Opfer der Umstände gemacht wird, wo ist dann noch Platz für die tatsächlich Betroffenen?

Im Übrigen ist die Darstellung von Ernsts Kindheit und Jugend nie im Prozess überprüft worden. Wir kennen die Seite der «mobbenden türkischen Jungs» aus der Parallelklasse nicht, alles, was der Darstellung zugrunde liegt, ist die Erzählung eines mordenden Neonazis, der seit seiner frühesten Jugend den Umgang mit Gerichten, Institutionen und Psycholog\*innen gewohnt ist und äußerst strategisch agiert.

Ja, ein Gerichtsprozess hat seine Grenzen und dient dazu, die persönliche Schuld eines oder einer Angeklagten zu bewerten, nicht der gesamtgesellschaftlichen Weiterbildung. Und doch sendet dieses Urteil eine klare Botschaft: Auch wenn man einen Politiker in Deutschland ermordet, wird es keine Repression gegen eine Szene oder eine Organisation geben, sondern ein Einzelner wird den Kopf hinhalten und der rassistische Mob kann weiter auf der Straße und in den Parlamenten hetzen und die Hetze salonfähig machen.

Schmerzlich und tödlich ist diese Botschaft erneut für alle Betroffenen rechter Gewalt und diejenigen, die es nicht einmal mehr bis nach Deutschland schaffen, weil sie im Mittelmeer ertrinken, in Kara Tepe kaserniert oder an der kroatischen Grenze zurückgeprügelt werden. Die «Mitte»-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2019 stellte fest, dass jede zweite befragte Person zur Abwertung von Asylsuchenden neigt (Zick u. a. 2019). Jede zweite Person, das bedeutet, es geht nicht um den rechten Rand, sondern betrifft die gesamte Gesellschaft. Diese Entwicklung kann nicht allein der AfD und den Neonazis angelastet werden. Sondern vor allem den bürgerlichen Parteien, die Lagerpolitik und Asylgesetze machen und mittragen, einem Innenminister, der sich 69 Abschiebungen zum 69. Geburtstag schenken lässt, und denjenigen, die ihn danach noch Minister sein lassen.

Alexander Hoffmann resümiert in seinem Plädoyer: «Umso wichtiger wird es sein, dass Ahmed I. nunmehr direkte Unterstützung aus der Gesellschaft erhält. Unterstützung von denjenigen, die erkannt haben, dass rassistische Gewalt, rassistische Straftaten ihren Ursprung in der Mitte der Gesellschaft haben. Von denjenigen, die erkannt haben, dass die bloße Aburteilung von Straftaten keine gesellschaftliche Wirkung hat, sondern die direkte Solidarität mit Opfern rassistischer Gewalt notwendig ist. Rassismus und nazistische Ideologie werden nicht durch Gerichtsurteile bekämpft, diese Auseinandersetzung findet nicht im Gerichtssaal statt. Ich fordere daher alle Menschen auf, ihre Solidarität und Verbundenheit mit Betroffenen rassistischer Gewalt zu zeigen und Herrn Ahmed I. weiterhin zu unterstützen.»

## Literatur

- AK Fe.In – Autor\*innenkollektiv Fe.In (2019): Frauen\*rechte und Frauen\*hass: Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt, Berlin.
- Bildungsstätte Anne Frank (2020): Pressekonferenz Lübcke-Prozess Zeugenaussage Ahmed I., 9.11.2020, <https://youtu.be/jdWaDvzbkQ>.
- Bitzan, Renate (2016): Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden, S. 325–373.
- Brasch, Sonja (2020): Wessen Wissen zählt?, in: LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, 12.2.2020, [www.lotta-magazin.de/ausgabe/78/wessen-wissen-z-ht](http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/78/wessen-wissen-z-ht).
- Britzelmeier, Elisa (2016): Die 7 wichtigsten Fakten zu sexueller Gewalt, Süddeutsche Zeitung Online, 27.4.2016, [www.sueddeutsche.de/panorama/vergewaltigung-die-7-wichtigsten-fakten-zu-sexueller-gewalt-1.2937498](http://www.sueddeutsche.de/panorama/vergewaltigung-die-7-wichtigsten-fakten-zu-sexueller-gewalt-1.2937498).
- Cárdenas, Barbara (2015): Abschiebeflughafen Kassel-Calden: Sozialminister Stefan Grüttner brüskiert das Parlament, Pressemitteilung der Linksfraktion im Hessischen Landtag, <https://archiv.linksfraktion-hessen.de/site/fraktion/abgeordnete/barbara-c%C3%A1rdenas/pressemitteilungen-2/1894-abschiebeflughafen-kassel-calden-sozialminister-stefan-gruettner-brueskiert-das-parlament.html>.
- Der Spiegel (2020): Sohn von mutmaßlichem Lübcke-Attentäter Stephan Ernst darf nicht zur Bundeswehr, 16.10.2020, [www.spiegel.de/politik/deutschland/stephan-ernst-sohn-von-mutmasslichem-luebcke-attentaeter-darf-nicht-zur-bundeswehr-a-00000000-0002-0001-0000-000173548916](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/stephan-ernst-sohn-von-mutmasslichem-luebcke-attentaeter-darf-nicht-zur-bundeswehr-a-00000000-0002-0001-0000-000173548916).
- Deutscher Bundestag (2017): Beschlussempfehlung und Bericht des 3. Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 18/12950, <https://dserver.bundestag.de/btd/18/129/1812950.pdf>.
- EXIF – Recherche & Analyse (2018): Combat 18 Reunion, 16.7.2018, <https://exif-recherche.org/?p=4399>.
- Hessischer Landtag (2018): Bericht des Untersuchungsausschusses 19/2 (Nr. 19/6611), <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/19/1/06611.pdf>.

- Hestermann, Thomas (2019): Berichterstattung über Gewaltkriminalität. Wie häufig nennen Medien die Herkunft von Tatverdächtigen? Eine Expertise, Mediendienst Integration, <https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-oft-nennen-medien-die-herkunft-von-tatverdaechtigen.html>.
- Höcke, Björn (2018): «Deutschland ist nicht verhandelbar», Erfurt, 30.1.2018, [www.youtube.com/watch?v=O1eOAGNuVMI](http://www.youtube.com/watch?v=O1eOAGNuVMI).
- LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen (2013): Schwerpunkt «Drinne» oder «Draußen»? Der Mythos Ausstieg aus der extremen Rechten, 52/2013.
- Sigl, Johanna (2018): Biografische Wandlungen ehemals organisierter Rechtsextremer, Wiesbaden.
- Stokowski, Margarete (2015): Gute Männer, böse Männer, Spiegel Online, 17.12.2015, [www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/bjoern-hoecke-und-die-maennlichkeit-mann-mann-mann-kolumne-a-1068258.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/bjoern-hoecke-und-die-maennlichkeit-mann-mann-mann-kolumne-a-1068258.html).
- Tolvaj, Simon (2019): Eine Hinrichtung, in: LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, 2.8.2019, [www.lotta-magazin.de/ausgabe/75/eine-hinrichtung](http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/75/eine-hinrichtung).
- Tolvaj, Simon (2020): Der Kleinbürger. Organisierung und Lebenswelt des Stephan Ernst, in: LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, 6.11.2020, [www.lotta-magazin.de/ausgabe/80/der-kleinb-ger](http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/80/der-kleinb-ger).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/sBerghan, Wilhelm u. a. (2019): Verlorene Mitte – feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018, Bonn.

Ellena Bologna und Enriquer van Uffelen

## **ÜBER IDEOLOGISCHE BINDUNGEN AN DEN ISLAMISMUS**

### **MATERIALISTISCH-FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN AUF DEN FALL EINER IS-RÜCKKEHRERIN**

#### **Einleitendes**

Die Autor\*innen sind Teil eines Recherche- und Dokumentationskollektivs, das sich mit dem Vorhaben zusammengeschlossen hat, Gerichtsprozesse mit Bezug zu islamistischen oder völkischen Tathintergründen zu beobachten, zu analysieren und in einen gesellschaftspolitischen Kontext einzuordnen – eine Leerstelle, die dringend auch aus antifaschistischer Perspektive bearbeitet werden muss. Im Fokus der Prozessbeobachtungen stehen aktuell die Rollen von Frauen beim sogenannten Islamischen Staat (IS) und der Umgang des deutschen Staates mit den nach Deutschland zurückgekehrten Frauen. Wir möchten eine materialistisch-feministische und queere Gesellschaftskritik, die bis heute in der Linken zu wenig vertreten wird, stärker in die Debatte einbringen (Benjamin 2015: 209 ff.).

Uns geht es auch immer um eine Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse als eines widersprüchlichen Ganzen. So ist etwa das nach rassistischen, nationalen Logiken strukturierte Kapitalverhältnis durchdrungen von und verknüpft mit der modernen Kategorie Geschlecht und ihrer sozialen Bedeutung. Das betrifft nicht nur unsere Geschlechtsidentitäten, sondern auch unser Begehren und unsere Liebes- und Lebensweisen insgesamt. Wir arbeiten an einer Kritik dessen, was wir als Doppelbewegung der «modernen Antimoderne» bezeichnen, des globalen Aufschwungs von völkischem Nationalismus und Islamismus als patriarchalen Vergemeinschaftungsideologien.<sup>1</sup>

1 Bei völkischem Nationalismus handelt es sich um eine besonders menschenverachtende Variante des Nationalismus. Allerdings lässt sich diese Variante von der Geschichte des modernen Nationalismus nicht so recht trennen: Jedes nationale Unterscheidungskriterium impliziert letztlich immer eine völkische Komponente, auch wenn sie nicht bis ins Letzte ausformuliert ist. Insofern geht es uns um eine Kritik der Nation als Ordnungsprinzip und des Nationalismus als eines banalen Alltagsgefühls der Zugehörigkeit und des Ausschlusses (vgl. Hobsbawm 2005; Anderson 2005).

Mit dem Begriff der «modernen Antimoderne» wollen wir deutlich machen, dass Islamismus und völkischer Nationalismus Produkte der Widersprüche und der damit verbundenen Krisen des patriarchalen Kapitalismus sind (vgl. Antifa Café 2020). Beide sind spezifische ideologische Verarbeitungsformen der widersprüchlichen Moderne und machen sich im Sinne der «instrumentellen Vernunft» auch moderne Propaganda-, Waffen- und Sozialtechniken zunutze (vgl. Horkheimer 2007: 109 ff.). Dabei sind sie aber ideologisch gegen die Moderne gerichtet, vertreten etwa einen regressiven Antikapitalismus und Antihumanismus und leben von einem kulturpessimistischen Geschichtsbild (vgl. Kahane 2020: 37 ff.; Salzborn 2015: 146 ff.; Quent 2019: 39 ff.; Weiß 2017: 211 ff.). Sie verklären die Vergangenheit zu einer wahlweise völkischen oder religiösen Blütezeit, deren Untergang sie der Moderne anlasten/zuschreiben.

An zentraler Stelle steht bei dieser ideologischen Verklärung von Vergangenheit und Gegenwart das Geschlechterverhältnis: Beide Phänomene eint die Vorstellung einer rigiden patriarchalen Ordnung, die natur- oder gottgegeben sei. Da eine solche Ordnung ideologische Konstruktion ist, sind völkische Nationalist\*innen und Islamist\*innen Anhänger\*innen autoritärer Ideologien, die sich permanent bedroht fühlen und deshalb einen paranoiden Abwehrkampf führen. Sie sind getrieben von einer Angst, die eigene Identität und damit verbundene Herrschaft durch eine gesellschaftliche Liberalisierung, wie sie zum Beispiel antirassistische, feministische und queere Bewegungen errungen haben, zu verlieren. Auf diese empfundene Ohnmacht reagieren sie mit Allmachtsfantasien und Aggressionen, die in Antifeminismus, Antisemitismus und Rassismus zum Ausdruck kommen.

Uns geht es jedoch nicht darum, beide Bewegungen gleichzusetzen: Islamismus ist nicht identisch mit der völkischen Rechten (vgl. Hoppe/Rukaj 2020).<sup>2</sup> Sie haben verschiedene Entstehungsbedingungen, beruhen auf unterschiedlichen tradierten Artefakten und schöpfen auch aus einer je sehr eigenen Palette an Codes und emotionalisierten Erzählungen. Islamistische Affekte speisen sich in erster Linie aus religiösen Quellen, auch wenn sie sich durchaus mit nationalistischen Elementen vermengen können, wie das Beispiel der «türkisch-islamischen Synthese» zeigt (vgl. Küpeli 2020: 305 ff.). Die völkische Rechte ist dagegen schlecht säkularisiert und greift eher auf romantische als religiöse Vorstellungen zurück, auch wenn religiöse Komponenten im Nationalismus durchaus eine wichtige Rolle spielen.<sup>3</sup> Doch beide bedienen vergleichbare affektive Reaktionen auf vermeintliche oder tatsächliche Krisenerfahrungen der Moderne. Insofern muss eine materialistisch-feministische Kritik auf den Zusammenhang beider ideologischen Ausdrucksformen des gegenwärtigen Autoritarismus

2 Der Kritik von Hoppe/Rukaj (2020): «Islamismus ist «rechts? Mitnichten!», folgen wir nur in Teilen.

3 Das zeigt sich aktuell vor allem an den antifeministischen Antigender-Kampagnen, in denen völkisch-rechte Akteur\*innen Schulter an Schulter mit Kirchen und anderen religiösen Gruppierungen zusammenarbeiten (vgl. Kuhar/Paternotte 2017; Hark/Villa 2017). Auch erste Verbindungen zum islamischen Konservatismus zeichnen sich hier ab, etwa bei den «Demo für alle»-Protesten, die sich gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wenden – dies wäre weiter zu beobachten und wird aktuell in der Debatte kaum berücksichtigt.

mit der männlichen und national strukturierten Herrschaft des Kapitals pochen. Ihr Aufschwung und das damit verbundene Bedrohungspotenzial müssen deshalb als Teil einer umfassenden Gesellschaftskritik analysiert werden.

Die völkische Rechte stellt in vielen Staaten Europas eine ernsthafte Bedrohung dar. Auch weil die von ihr aufgerufenen nationalistischen Mythen Bestandteil politischer Alltagskulturen der Mehrheitsgesellschaft sind. Die von ihr vertretene rassistische Ideologie ist fest in diverse Staatsapparate der Bundesrepublik, wie Armee und Polizei, verankert. Insofern halten wir es für unabdingbar, den Kampf gegen die völkische Rechte zu führen. Aber auch Islamist\*innen stellen eine akute Gefahr dar, sowohl auf einer politisch-kulturellen Ebene als auch auf einer Alltagsebene, wo die Inszenierung als Underdogs zum festen Repertoire ihrer Strategie gehört, um säkulare, emanzipatorische Gruppen oder Personen, Frauen, Queers, Lesben und Schwule auch mittels Gewalt ihrer patriarchalen Ideologie zu unterwerfen (vgl. Levi u. a. 2020). Islamistische Akteur\*innen, etwa salafistische Gruppierungen und Strömungen oder schiitische Organisationen wie die Hisbollah, versuchen ihren Einfluss auf Verbände, Familie und Nachbarschaft auszubauen. Weltweit betrachtet stehen islamistische Kräfte den völkischen Rechten aber in nichts nach. Wir plädieren für eine globale Perspektive, weil unsere feministisch-kommunistische Idee eine globale ist.

Zwar setzen sich Linke bereits seit Jahrzehnten mit dem Phänomen des Islamismus auseinander,<sup>4</sup> nur wenige aber übersetzen ihre Kritik bewusst in eine politische Agenda, aus Sorge, sie könnten damit rassistische Stereotype bedienen oder zum Angriffsziel von Islamist\*innen werden. Wir halten es für notwendig, den Islamismus für seinen Antiliberalismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Antikommunismus radikal zu kritisieren! In letzter Zeit haben wir versucht, diese Perspektive durch eine Beobachtung von Prozessen gegen islamistische Rückkehrer\*innen aus dem ehemaligen Gebiet des Islamischen Staates (IS) in Syrien zu entfalten. Hierzu sind wir dem Aufruf kurdischer und ezidischer Frauenverbände gefolgt und haben unter anderem den Prozess gegen Elina F. im Sommer 2020 vor dem Oberlandesgericht Hamburg beobachtet, dokumentiert und analysiert.

### **Islamistische Rückkehrer\*innen im Kontext**

Elina F. reiste 2013 nach Syrien, um sich dem IS anzuschließen, wirkte unter anderem an einem Propagandavideo der Organisation mit und war vermutlich bis Anfang 2018 in deren Strukturen eingegliedert. Sie kehrte im Januar 2020 mithilfe ihrer Anwältin Ina Franck nach Hamburg zurück. Im September 2020 wurde sie zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Sie ist einer von mehr als 42.000 Menschen,

4 Wichtige Befürworter\*innen einer emanzipatorischen Kritik des Islamismus sind unter anderem Mina Ahadi, aber auch türkische und kurdische Linke. Vgl. zu linksradikalen Beiträgen auch die Broschüre der Gruppe Kritik und Praxis Berlin (2006) oder den Aufruf des kommunistischen Bündnisses «... ums Ganze!» (2008). Oftmals fehlt in den Beiträgen allerdings eine feministische Perspektive.



die aus über 120 Ländern nach Syrien gereist sind, um sich – vor allem nach der Ausrufung des sogenannten Kalifats – dem IS anzuschließen. Davon kommen etwa 5.000 Personen aus verschiedenen EU-Ländern. Von den Islamist\*innen kehren im Schnitt etwa 30 Prozent zurück.<sup>5</sup> Hier ist entscheidend, dass viele der ausgewanderten Männer gestorben sind oder aufgrund drohender Strafverfolgung in der Türkei, Afghanistan, Irak oder Syrien verbleiben. Aktuell kehren also vor allem Frauen aus den Strukturen des IS zurück, vielfach mit Kindern, die in Syrien geboren und im Sinne der islamistischen Propaganda erzogen wurden (vgl. Hayat-Deutschland 2018). Dennoch erlangen die Prozesse gegen Frauen weit weniger Aufmerksamkeit als die gegen zurückgekehrte Männer.

Im Oktober 2020 befanden sich nach wie vor 65.000 Islamist\*innen in kurdischer Haft im Camp al-Hol, darunter 10.000 Frauen und Kinder (vgl. Dantschke/Fathi 2020). In diesen Gefangenenerlagern etablieren sich teils erneut islamistische Strukturen, wodurch eine weitere ideologische Festigung stattfindet und sich internationale Netzwerke weiterentwickeln können – das erweist sich insbesondere für die Kinder als Problem, die so der Ideologisierung ihrer Eltern schutzlos ausgeliefert sind.

Die Debatte um islamistische Rückkehrer\*innen wurde und wird unter rassistischen Vorzeichen geführt. So versuchten viele westeuropäische Staaten, den ausgewanderten Islamist\*innen ihre Staatsangehörigkeit zu entziehen. Dies erfolgte nach einem entsprechenden Kabinettsbeschluss in Deutschland ab 2019 vor allem bei denjenigen mit doppelter Staatsangehörigkeit (vgl. Zeit Online 2019). Das Problem des Islamismus wurde als ein Problem «von außen» externalisiert und nicht etwa als Teil einer politischen Kultur in den jeweiligen Milieus, Städten, Regionen und Ländern gesehen – dieses Framing war auch ein entscheidender Aspekt in der rassistischen Mobilisierung der völkischen AfD. Der staatliche Versuch der Externalisierung korrespondiert insofern mit Strategien der völkischen Rechten, aber auch mit islamistischen Bemühungen, Deutungshoheiten herzustellen und zu einer Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Konflikte beizutragen: Islamist\*innen agitieren ihre Anhänger\*innen gegen den «perversen Westen», völkische Nationalist\*innen gegen «die Muslime» – beide zielen auf eine ideologische Spaltung entlang regressiver Konfliktklinien (vgl. Ebner u. a. 2018).

Die ressentimentgeladene Debatte um Rückkehrer\*innen gewann vor allem nach dem Sieg der Anti-IS-Koalition und den linken kurdischen Verteidigungseinheiten Yekîneyên Parastina Gel (YPG) und Yekîneyên Parastina Jin (YPJ) über den IS und durch die Inhaftierung Zehntausender IS-Anhänger\*innen an Dynamik. Ressentiments stehen einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Islamismus und mit den Rückkehrer\*innen im Weg. Jenseits der fatalen rassistischen Externalisierung durch völkische Propaganda von CDU/CSU bis AfD wird dem Kampf gegen das Mobilisierungspotenzial islamistischer Netzwerke zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet (vgl. Levi u. a. 2020). Solche

5 Im Schnitt wären das etwa 1.500 Rückkehrer\*innen (vgl. RAN 2017: 19 ff.).

transnationalen Verbindungen reichen von den Ausreiseländern bis in die türkisch-syrische Grenzregion, waren auch für die Ausreise hiesiger Islamist\*innen von Bedeutung und dienten dazu, Kontakte herzustellen, Schleusungen oder finanzielle Unterstützung anzubieten. Diese Netzwerke spielten zudem bei Bedrohungen und Gewalt gegenüber linken kurdischen oder türkischen Aktivist\*innen eine Rolle.

Bis heute werden sowohl der Strafaufklärung und -verfolgung als auch der politischen Aufarbeitung ideologischer (also politischer und emotionaler) Bindungen der Akteur\*innen an den Islamismus nur unzureichend Mittel zur Verfügung gestellt. So wiegen außen- und sicherheitspolitische Erwägungen schwerer als das Leid der Opfer. Dies zeigt sich etwa an der Verfahrensökonomie in den aktuellen Prozessen gegen IS-Rückkehrer\*innen vor deutschen Gerichten, die oftmals nach Paragraph 129b Strafgesetzbuch (Kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland) geführt werden. Um im Sinne der Angeklagten und der überlasteten Strafjustiz schnelle und kostengünstige Verfahren und Verurteilungen zu ermöglichen, werden nur selten Opfer- oder Betroffenenperspektiven berücksichtigt und es gibt kaum Nebenklagen, die an einer umfassenden Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen durch den IS interessiert sind. Betroffene des Islamismus, diesseits und jenseits der EU-Außengrenzen, werden kaum unterstützt und nur unzureichend berücksichtigt (vgl. Berse 2020).

Vielfach fließen die Gelder in an der Extremismustheorie orientierte Deradikalisierungsarbeit – dagegen fehlt es an finanziellen Mitteln insbesondere für gesellschaftstheoretisch fundierte Recherche, Ideologie- und Netzwerkanalysen. Die große Anzahl an Rückkehrer\*innen erschwert zudem die konkrete Aufklärung und Strafverfolgung, besonders wenn es um Fragen der Völker- und Menschenrechtsverletzungen, aber auch um die ideologische Bindung der Rückkehrer\*innen an den Islamismus geht. Hier bedürfte es Einzelfallanalysen, um die nach wie vor bestehenden Bindungen an islamistische Strukturen und Alltagskulturen in den Blick zu nehmen (vgl. RAN 2017). Einer dieser Fälle ist Elina F., die im Januar 2020 mit ihren beiden Söhnen aus dem Camp Ain Issa nach Hamburg zurückkehrte und dort im Sommer 2020 vor Gericht stand.

### **Aus Trümmern der patriarchalen Klassengesellschaft**

Elina F. wurde 1990 in Kasachstan geboren und lebte dort bis zu ihrem fünften oder sechsten Lebensjahr mit ihren Eltern, drei Geschwistern (zwei älteren Brüdern und einer älteren Schwester) sowie ihren Großeltern.<sup>6</sup> Letztere waren streng christlich und vermittelten ihren Glauben auch an ihre Enkel\*innen. Elina F. besuchte sie regelmäßig in den Sommerferien und hatte eine intensive Bindung zu ihrer Großmutter. Nach ihrer Emigration nach Deutschland zog die Familie in ein Haus in oder in der Nähe von Hamburg. Elina F. wuchs in einer proletarischen und ausgesprochen patriarchalen Familienkonstellation auf – ihre Kindheit und Jugend waren von Armut

6 Die biografischen Daten stammen aus Elina F.s Einlassungen vor Gericht.

und Gewalt geprägt. Der Vater arbeitete als Taxi- und Lastwagenfahrer, war jedoch überwiegend arbeitslos und hatte Alkoholprobleme. Sowohl gegen seine Frau als auch gegen Elina F. wurde er wiederholt gewalttätig. Die Mutter ließ sich von ihm scheiden und zog mit der älteren Tochter weg. Elina F. blieb bei ihrem Vater und ihren Brüdern, die sich nach der Trennung mit ihm verbündeten. Die Gewalt richtete sich in der Folge zunehmend gegen sie. Die Männer respektierten weder ihre Privatsphäre noch ihren Besitz und auch sonst hatte sie als Frau eine untergeordnete Rolle in der Familie inne. In der Schule litt sie wegen der Probleme zu Hause und schaffte nur knapp den Hauptschulabschluss. Anschließend begann sie im Alter von 16 Jahren eine Ausbildung als Bäckereifachverkäuferin, wobei sie das verdiente Geld teilweise an ihren Vater abzugeben hatte. Als dieser seine Wohnung verlor, zog Elina F. zu ihrem älteren Bruder, wo auch ihr Vater zwischenzeitlich wohnte.

Im Alter von 18 Jahren brach sie ihre Ausbildung ab und die Konflikte mit dem Vater häuften sich, was dazu führte, dass sie viel Alkohol konsumierte. Um dem Stress zu entkommen, zog sie zunächst zu einer Freundin. 2010 lernte sie ihren damaligen Freund und späteren Ehemann Serkan E. kennen, der sie in seine muslimische, aber nicht besonders religiöse Familie integrierte. Vor Gericht gab Elina F. an, sie sei «wie eine Tochter» aufgenommen worden, was ihr als Rettung erschien. Ein vor Gericht verwendetes Gutachten von Sozialarbeiter\*innen, die sie betreuten, gab an, sie habe dort erstmals nicht rein destruktive soziale Bindungen kennengelernt. Sie begann eine Tätigkeit in einem Supermarkt und wurde befördert. Rückblickend schilderte Elina F., sie habe sich in dieser Zeit erholt, doch weil sie sich immer wieder mit Serkan E. gestritten habe und er ihr gegenüber auch mehrfach gewalttätig geworden sei, habe sie sich von ihm getrennt.

Serkan E. war inzwischen fester Teil der Hells Angels in Hamburg geworden und wegen einer Schießerei zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Nach der Trennung versuchte er, Elina F. mit dem Auto zu überfahren – der Femizid missglückte. Danach kam sie durch eine Freundin mit dem Islam in Berührung, begleitete diese regelmäßig in eine Hamburger Moschee, wo sie später auch ihr Glaubensbekenntnis ablegte. Elina F. begab sich in einen religiösen Prozess und begann, bei ihrer Arbeit und im Alltag Kopftuch zu tragen. Ihrer eigenen Erzählung zufolge war es dieses religiöse Symbol, das zum Verlust ihrer Anstellung führte. Ihren Schilderungen und den Aussagen von Zeug\*innen zufolge entfremdete sie sich zunehmend von ihrem nicht religiösen Freundeskreis und besuchte Veranstaltungen einer salafistischen Moschee in Hamburg-Wandsbek. Dort beteiligte sie sich auch an Aktionen der Lies!-Kampagne<sup>7</sup> und einer Spendenaktion, die angeblich Opfer des Regimes von Baschar al-Assad in Syrien unterstützte. Im Rahmen dieser Veranstaltungen traf sie Serkan E. wieder, der sich ebenfalls, in einer für Islamist\*innen nicht unüblichen kurzen

7 Bei der Lies!-Kampagne handelte es sich um eine international orchestrierte Aktion salafistischer Islamist\*innen. Es wurden an Infoständen kostenlose Ausgaben des Korans verteilt. 2016 wurde die Lies!-Stiftung verboten.

Zeitspanne, dem Salafismus zugewandt hatte. Elina F. gab vor Gericht an, ihr ehemaliger Lebensgefährte sei gänzlich verändert und sehr gepflegt gewesen, habe gute Kleidung getragen und ruhig gewirkt. Auch habe er sich für seine Gewalttätigkeit ihr gegenüber entschuldigt und ihr erklärt, dass Frauen im Islam besonders geehrt würden. Wahrscheinlich glaubte sie tatsächlich – und glaubt es bis heute –, dass sich Serkan E. im Sinne des von ihr idealisierten Männlichkeitsbilds verändert hatte. Diese Überzeugung führte dazu, dass sie erneut eine Beziehung eingingen und nach einigen Wochen nach islamischem Ritus heirateten. 2013 reisten sie getrennt voneinander nach Syrien aus, wo sie sich dem IS anschlossen. Vermutlich war Serkan E. dies auch als Ausweg angesichts einer drohenden mehrjährigen Haftstrafe für die Schießerei im Rockermilieu und wegen des versuchten Femizids erschienen.

Im September 2020 wurde Elina F. wegen ihrer Mitgliedschaft im IS zu einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Sie hatte am bereits erwähnten Propagandavideo mitgewirkt, in dem sie Frauen dazu aufrief, nach Syrien zu reisen und sich dem bewaffneten Dschihad anzuschließen (vgl. OLG Hamburg 2020). Einer Freundin gegenüber hatte sie bekundet, ihren Sohn «zum Kämpfer Allahs» erziehen zu wollen. Nach dem Tod von Serkan E. hatte sie in einem sogenannten IS-Frauenhaus Islamunterricht und diverse Zahlungen aufgrund ihres Status als Ehefrau eines «Märtyrers» sowie als Mutter erhalten. Sie hatte schließlich erneut geheiratet, nach eigener Aussage, um das IS-Frauenhaus verlassen zu können. Nach zwei gescheiterten Fluchtversuchen war sie in kurdische Gefangenschaft geraten und hatte mit Unterstützung ihrer Anwältin im Januar 2020 nach Deutschland zurückkehren können (vgl. ANF 2020).

### **Täterinnenschaft im Fokus**

Wir haben uns bewusst für die Analyse einer Täterin entschieden und den Prozess gegen Elina F. beobachtet und dokumentiert, weil wir denken, dass in der öffentlichen Debatte über die Einordnung der Rolle und Motivation von Frauen im Islamismus vieles schief läuft. Oft wird ihre Rolle bagatellisiert und ihre gesellschaftliche Stellung in patriarchalen Verhältnissen zu wenig berücksichtigt, sodass zugleich eine Dämonisierung zu beobachten ist. Es scheint kein kritisch-differenziertes Verhältnis zu Frauen als Täterinnen zu geben, was auch als Ausdruck der in der Gesellschaft vorherrschenden Geschlechterbilder und -rollen zu verstehen ist. So unterscheidet sich das Interesse an Täterinnen wesentlich von dem an Tätern: «Wenn Frauen töten, dann ist das schnell auch ein «Skandal», eigentlich ein Unding – weil die Täterinnen nicht nur Moral und Gesetz missachten, sondern auch aus ihrer gesellschaftlichen Rolle ausbrechen.» (Lee/Queipo 2013: 36) Ausgehend von der Annahme, Täter\*innen seien in erster Linie männlich, wird weibliche Täterinnenschaft insbesondere durch Abspaltung und Projektion hergestellt (vgl. Laplanche/Pontalis 1992: 399 ff.).<sup>8</sup> Die Aufmerksamkeit rich-

8 Theodor W. Adorno und Max Horkheimer haben für die Elemente des Antisemitismus den Begriff «Projektion» aufgegriffen und für die Analyse des Antisemitismus zum Konzept der pathischen Projektion weiterentwickelt

tet sich weniger auf die Taten als auf die Frau selbst. Oft werden Täterinnen dabei zum Objekt von Fantasien: Sie werden sexualisiert, dämonisiert, verniedlicht und ihre Verbrechen so relativiert (vgl. Hannemann 2015: 109). Eine solche Romantisierung und Entpolitisierung zeigte sich auch in der medialen Berichterstattung von *Bild* und *Zeit* über die verurteilte Islamistin: Elina F. wurde dort als «ISIS-Mutter» (Schröder 2020) und als «erst Ehefrau, dann Witwe eines IS-Kämpfers» (Spanner 2020) beschrieben. Und auch vor Gericht wurde sie über ihre Mutterrolle und eine vermeintliche weibliche Unmündigkeit charakterisiert. Immer wieder versuchte ihre Anwältin, Elina F.s Handeln mit der emotionalen Abhängigkeit von Serkan E. zu begründen. Obwohl sie umfassend schuldig gesprochen und ihre Handlungsfähigkeit mit der Verbreitung islamistischer Ideologien bestätigt wurde, argumentierte die Richterin in ihrer Urteilsbegründung, dass die Angeklagte von dem Wunsch beeinflusst gewesen sei, mit Serkan E. zu leben. Elina F. selbst will sich nicht als Täterin, sondern als Frau verstanden wissen, die sich gewissermaßen in ihr Unglück verirrt, aus Liebe gehandelt und eine unvernünftige Entscheidung getroffen hat.

Im Verfahren wurde hingegen schnell ihre Selbstständigkeit in Hamburg, in Syrien und später im Lager Ain Issa deutlich. Besonders im Hinblick auf die Zeit in kurdischer Gefangenschaft spricht Elina F. mit Stolz über ihre Bemühungen, Dinge in die Hand zu nehmen. In ihrem Leben spielen generell Frauen eine zentrale Rolle: So konvertierte sie gemeinsam mit einer Freundin, und auch die Radikalisierung fand unabhängig von Serkan E. statt. Ihre Ausreise organisierte sie mit einer weiteren Freundin, die eine wichtige Position innerhalb der salafistischen Szene innehatte. Auch nach dem Tod von Serkan E. knüpfte sie Kontakte zu relevanten IS-Mitgliedern und baute sich ein Netzwerk auf, das ihr das Überleben sicherte. Besonders zentral war der Kontakt zu Serkan E.s Mutter, die ihr nicht nur mehrere Tausend Dollar zukommen hatte lassen, sondern sie mehrfach besucht und ihr eine Wohnung in der Türkei verschafft hatte. In der medialen und gerichtlichen Auseinandersetzung mit ihrer Täterinnenschaft zeigen sich Mechanismen, die den Versuch darstellen, eine idealisierte Weiblichkeit und Mutterrolle durch Abwehr, Spaltung und Projektion zu retten. Dieses Vorgehen hat bereits etwa Isabelle Hannemann in ihrer sozialpsychologischen Analyse der journalistischen Berichterstattung über die Rechtsterroristin Beate Z. herausgearbeitet: «Besonders in der Konzentration auf Äußerlich- und Sichtbarkeiten sowie in der Überinszenierung und Sexualisierung der Täterin als Überfrau, Bestie, Dämonin und vor allem Hure scheint die Fantasie konserviert, sich gegen die Vorstellung zu wehren, die Rechtsterroristin habe etwas mit der eigenen Mutter, Frau, [...] Schwester [...] gemein.» (Hannemann 2015: 114) Auch Elina F.s äußeres Erscheinungsbild spielte für verschiedene Verfahrensbeteiligte eine zentrale Rolle. So wurde sie zum einen vom Gericht für ihre zu kurzen Hosen gerügt. Zum anderen bestätigten das

(vgl. Adorno/Horkheimer 2004: 196 ff.)

Ablegen der Vollverschleierung und ihr «modernes, westliches» Auftreten die Sicht der Gutachten, sie habe sich vollständig deradikalisiert.

Elina F. inszenierte sich in ihrer Erzählung vor Gericht immer wieder als Opfer. Während sie ihre eigene Flucht eingehend und dramatisch beschrieb, fand die Flucht vertriebener Syrer\*innen und Ezid\*innen keinerlei Erwähnung. Für die verurteilte Islamistin war die Zeit in kurdischer Gefangenschaft nach eigener Aussage «das Schlimmste» – ein Leid, das auch das Gericht in der Urteilsverkündung anerkannte. Indem sich Islamist\*innen zum Opfer machen, verwehren sie den tatsächlichen Opfern die Anerkennung. Hier treten ebenfalls Parallelen zu der Inszenierung der Rechtsterroristin Beate Z. hervor: Medien und Verfahrensbeteiligte stellten eine Nähe zwischen «der Frau» als Opfer des Patriarchats, der Liebe und der Umstände und den Opfern von Rassismus und Antisemitismus» (Hannemann 2015: 112) her und verharmlosten so das Leiden der tatsächlichen Opfer. An diese Beobachtungen schließt die Frage nach den ideologischen Motiven an: Was wird durch diese Rezeption der Täter\*innen verschleiert? Welchen Mehrwert ziehen Frauen wie Elina F. daraus? Wofür entscheiden sie sich?

### **Ideologische Verklärung von Geschlecht und Begehren**

Die Idee von Menschen als entwicklungsöffenen, «polymorph-perversen Wesen» (Freud 2010: 93), die ihr Geschlecht und ihre Sexualität kontingent ausbilden können (vgl. Kirchhoff 2009: 141 ff.), lehnen sowohl die völkische Rechte als auch Islamist\*innen ab. Vielmehr gehen sie von einer natürlichen oder gottgegebenen Ordnung der Geschlechter und ihrer Sexualität aus (vgl. Lang/Peters 2018: 15 ff.). In der rigiden und patriarchalen Sexualmoral sowohl der völkischen Rechten als auch des Islamismus zeigen sich eine ausgesprochen starke emotionale Aufladung weiblicher Körper und daraus resultierende Kontrollvorstellungen – insbesondere eine Abwehr selbstbestimmter weiblicher Sexualität und Körperlichkeit. In beiden Bewegungen werden Frauen gleichermaßen zu Objekten patriarchaler Sexualfantasien und existieren nur als Bilder in einer aufgespaltenen moralischen Gegenüberstellung von «Heiliger» und «Hure». Diese gesamtgesellschaftlich weitverbreiteten Bilder führen nicht selten auch zu misogyner Gewalt (vgl. Manne 2019). Bei beiden Bewegungen geht es jedoch nicht allein um einen männlich-patriarchalen Blick. Wir wollen auch danach fragen: Welches Angebot machen sowohl die völkische Rechte als auch der Islamismus den Frauen, die unter gesamtgesellschaftlich prägenden patriarchalen Frauenbildern leiden? Sie bieten eine Scheinemanzipation an, bei der es aber nicht um eine gesellschaftliche Befreiung von diesem Frauenbild selbst geht. Elina F. wuchs in einer christlichen Familie in Hamburg auf. Sie wollte laut eigener Aussage keine Nonne werden, weil sie «etwas erleben wollte». Doch dieses Bedürfnis, das sie auf dem Hamburger Kiez und im Umfeld der Hells Angels auslebte, wurde von ihrem Vater mit Erniedrigung quittiert, der sie abwertete und als «Schlampe wie deine Mutter» bezeichnete. Er wendete sein patriarchales Frauenbild, die Gegenüberstellung von

«Heiliger» und «Hure» gegen die Mutter, die es gewagt hatte, eine von ihm unabhängige ökonomische Basis und eigenständige Sexualität zu entwickeln: sich von ihm zu trennen, eine Ausbildung zu machen und eine neue Beziehung einzugehen. Dieselbe Vorstellung projizierte er auf seine Tochter, die noch unter seiner Autorität stand.

Elina F. empfand ihre Hinwendung zum Islamismus als Reinigung und als Möglichkeit, sich nicht mehr der unmittelbaren Abwertung durch den Vater stellen zu müssen: Sie konnte sich der Sexualisierung sowohl durch ihn als auch durch die Kiezkultur entziehen, indem sie ihren Körper vollständig verhüllte. Islamist\*innen bieten Frauen, die am allgegenwärtigen patriarchalen Blick ein Unbehagen empfinden, eine Rückzugsmöglichkeit an. Die Unterwerfung unter islamistische Frauenbilder lässt sich somit als eine bewusste Entscheidung verstehen, um sich vom Leiden an den Ambivalenzen moderner Geschlechterrollen und sexueller Identitäten zu befreien (vgl. Fritzsche 2018). Als ihr Serkan E. nach seiner Hinwendung zum Salafismus erklärte, dass Frauen im Islam Männern gleichgestellt seien, dass sie geehrt würden und einen besonderen Platz hätten, fühlte sich Elina F. nach eigener Aussage aufgewertet. Während ihrer Zeit beim IS, bevor das «Kalifat» in eine ökonomische und militärische Krise geriet, konnte sie nach eigenen Worten wie eine «Prinzessin leben». Ihr wurde also im Salafismus Anerkennung für ihr Frausein zuteil. Die Externalisierung der «Hure» funktionierte bei Elina F. über das Feindbild der «kurdischen Kämpferinnen». Diese selbstständigen, an der Waffe ausgebildeten Frauen, die gleichberechtigt neben Männern kämpfen, galten ihr als besonders brutal und sadistisch.<sup>9</sup> Insofern endete die Erniedrigung nur scheinbar: Frauen stehen im Islamismus für Objekte der männlichen Erregung.<sup>10</sup> Die männliche Sexualität gilt als aggressive Naturkraft, die sich nicht bändigen lässt, wenn sie durch den weiblichen Körper entfacht wird. Weibliche Körper müssen darum in der Öffentlichkeit verdeckt werden, weil sie das Potenzial bergen, die auf das Männliche ausgerichtete göttliche Ordnung ins Chaos zu stürzen. In dieser Logik ist es – auch wenn hier faktisch Frauenkörper gewaltsam kontrolliert werden – affektiv die als omnipotent fantasierte männliche Sexualität, die durch Verschleierung der Frauen «im Zaum gehalten wird». So wird den Frauen die unheimliche Macht zugesprochen, der männlichen Omnipotenz ihre eigene Ohnmacht vorführen zu können. Die als bedrohlich erscheinende unkontrollierte Erregung, die in dieser Vorstellung durch Frauen ausgelöst wird, muss demnach mit patriarchaler Gewalt unter Kontrolle gebracht werden – das ist es, was den Islamismus mit der völkischen Rechten, aber auch mit dem nach wie vor bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft verbreiteten «Feindbild Frau» verbindet (vgl. Pohl 2019: 295 f.).

9 Beim IS funktioniert diese Externalisierung im Allgemeinen über die sexuelle Versklavung von ezidischen oder anderen «ungläubigen» Frauen.

10 Studien haben gezeigt, dass sich Islamist\*innen nach ihrer Rückkehr oft erneut den salafistischen Frauen- und Schwesternnetzwerken anschlossen, um dort unter anderem Spenden zu sammeln (vgl. Schröter 2019).

Das Geschlechterbild in der völkischen Rechten changiert zwischen idealisierter Mutterrolle und der Frau als Sexualobjekt – in diesem Spannungsfeld wäre auch der rassistische oder völkische «Antisexismus» zu verorten (vgl. Bitzan 2000). Prägend ist hier ein patriarchaler Blick auf den weiblichen Körper, der bevölkerungspolitischen Zwecken untergeordnet wird. Frauen sind etwa in der völkischen Mutter- und Familienideologie als Erzieherinnen «des Volkes» wirksam und sollen in ihrer Rolle als Mütter der Nation Kinder gebären und erziehen. Dieses Frauenbild benutzt die Abgrenzung zum Islam, sodass die Bewegung diese Rolle als scheinemanzipatives Angebot darstellen kann (vgl. AK Fe.In u. a. 2020: 174 ff.) Die völkische Rechte bietet Frauen an, durch den gesamtgesellschaftlich tief verankerten patriarchal-heterosexuellen Blick anerkannt zu werden und sich damit aufgewertet zu fühlen, ohne feministisch sein zu müssen. So warb etwa die AfD in ihrem Bundestagswahlkampf 2017 mit Bildern junger Frauen, die Bikinis trugen, und titelte: «Burkas? Wir steh'n auf Bikinis.» Ähnlich warb auch die österreichische FPÖ-Jugend mit einer blonden Frau auf ihren Plakaten: «Oben ohne bis Bikini statt Fremde im Burkini.» Die Stoßrichtung dieser Gegenüberstellung ist klar: Die «Verhüllung» weiblicher Körper verhindert den Zugriff durch den patriarchal-sexualisierten Blick. Die feministische Forderung nach einer Selbstbestimmung von Frauen über ihre Sexualität wird in der völkischen Propaganda umgekehrt zu einer verpflichteten Sexualisierung von Frauen – ihre Verfügbarkeit soll allgegenwärtig sein, selbstbestimmte Sexualität erscheint auch hier als Problem. Die angebotene Scheinemanzipation erspart den Frauen die Last der wirklichen Selbstbestimmung und die Bedrohung, die von Männern dadurch ausgeht.

Insofern speisen sich beide Strömungen aus dem Geschlechterverhältnis moderner patriarchaler Gesellschaften und ähneln sich in dieser Hinsicht: Selbstbestimmte weibliche Sexualität wirkt als Gefahr für Männer, für das Volk und für die Umma – der ideologischen Gemeinschaft aller Muslim\*innen – sowie als Bürde für Frauen. Beide Strömungen lösen dies über die Mutter- und Familienideologie auf: Frauen sollen ihre Körper und ihre Sexualität wahlweise dem Volk oder der Umma zur Verfügung stellen und damit die biologische Basis für den Fortbestand des Kollektivs sichern. Doch es geht um mehr: Es geht um die Lösung sexueller Ambivalenzen in der rigiden Sexualmoral, um die Aufspaltung und Externalisierung der an Geschlecht und Begehren erfahrenen Widersprüche: Diese werden in dem einen Fall auf «die Muslime», im anderen auf den «dekadenten und perversen Westen» projiziert.

### **Komplexität als Feindbild**

Islamismus und völkische Rechte eint ein Feindbild, in dem die Moderne als zersetzende Gefahr erscheint. Deshalb ordnen wir beide als Phänomene einer antimodernen Moderne ein. Der Versuch, die Komplexität und die Widersprüchlichkeiten des patriarchalen Kapitalismus aufzulösen, blendet diesen als Ursache der Krisenerfahrungen aus. An die Stelle von Kritik oder emanzipatorischen Kämpfen treten oft antisemitische Erklärungsmuster wie die Identifizierung der Moderne mit «dem Juden»



oder die Konstruktion eines «künstlichen Außen» im Gegensatz zu «authentischen Völkern». Für den Islamismus liegt die Antwort darauf in einer radikalen Rückbesinnung auf eine idealisierte Vergangenheit – eine Verherrlichung, die ähnlich auch für die völkische Rechte identitätsstiftend ist. Neben dem Hass auf die Moderne als personifiziertes Abstraktes verbindet sie das strikte Geschlechterverhältnis, die Familienideologie und Gewalt als Mittel zur Erreichung der politischen Machtansprüche.

Der Islamismus als «dschihadistische Internationale» adressiert eine Glaubensgemeinschaft, das Kollektiv der Umma. Für Serkan E. und Elina F. spielte der islamistische Antiimperialismus eine zentrale Rolle: Aus dem vermeintlichen Angriff auf die Umma leiteten sie als unausweichliche Konsequenz den Dschihad ab. Besonders Elina F. bezog sich dabei emotional auf die Not «ihrer Schwestern» und Kinder. «Dschihadisten verengen [...] komplexe Konfliktlagen auf ein simples Schema, demzufolge Muslime immer Opfer und die Akteure des Westens immer Täter sind. Das kommt bei vielen an, die sich ohnmächtig fühlen.» (Schröter 2019: 199) Angesichts antimuslimischer Ressentiments erfuhr Elina F. die Verschleierung als widerständig (vgl. ebd.: 208). Ihre Radikalisierung ist beispielhaft für viele konvertierte Islamistinnen und Rückkehrerinnen. Der Salafismus ließ sie sich als Teil einer Gruppe fühlen, verschaffte ihr das Gefühl, an etwas Besonderem teilzuhaben, und bot ihr eine Entlastung von der Überforderung an den widersprüchlichen Familien-, Geschlechter- und ökonomischen Verhältnissen und ihrer Bewältigung. Im Gegenentwurf zur gegenwärtigen Gesellschaft tritt im Salafismus Allah als Richter mit klaren Anweisungen auf; alles lässt sich in «gut» und «böse», «gläubig» und «ungläubig», «haram» und «halal» einteilen (vgl. ebd.: 207). Insofern fungiert der Islamismus, dies hat er mit dem völkischen Nationalismus gemein, auch als ideologische Komplexitätsreduktion.

Diese Widersprüchlichkeiten, die die Ideologie von Umma und Volksgemeinschaft zu lösen versprechen, sind tief in die moderne Geschlechterordnung eingeschrieben. Hier hat also eine emanzipatorische Gesellschaftskritik des Islamismus sowie der völkischen Rechten anzusetzen. Konkret bedeutet das für uns aber auch, eine Kritik vorzubringen, die sich einerseits gegen eine Entpolitisierung von Frauen in islamistischen und völkischen Bewegungen wendet, gleichzeitig aber niemals die patriarchale und auf das Männerbündische ausgerichtete Ideologie aus den Augen verliert, die diese Bewegungen mit der «Mitte der Gesellschaft» teilen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst verschieden sein können, doch Islamismus und Nationalismus stehen dem unvereinbar gegenüber: Während Islamist\*innen sich eine reine Gemeinschaft der Gläubigen wünschen, ersehnen sich Nationalist\*innen eine homogene Volksgemeinschaft – somit vertreten sie beide eine menschenverachtende Ideologie der Ungleichheit. Ihr Hass auf individuelle Freiheit und das gemeinsame Glück jeder\*s Einzelnen führt dazu, dass sie emanzipatorische Bewegungen und deren Errungenschaften weltweit angreifen.

## Literatur

- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max (2004): *Dialektik der Aufklärung*. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M.
- Anderson, Benedict (2005): *Die Erfindung der Nation*. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M.
- ANF – Ajansa Nûçeyan a Firatê (2020): Prozess gegen IS-Rückkehrerin Elina F., 5.8.2020, <https://anfdeutsch.com/aktuelles/prozess-gegen-is-rueckkehrerin-elina-f-20808>.
- Antifa Café (2020): *Verfeindete Freunde*. Zur Vergleichbarkeit von Islamismus und Rechtsextremismus, Youtube-Video, 19.11.2020, <https://youtu.be/Imjo5AbzIi8>.
- Benjamin, Jessica (2015): *Die Fesseln der Liebe*. Psychoanalyse, Feminismus und das Problem der Macht, Frankfurt a. M.
- AK Fe.In – Autor\*innenkollektiv Fe.In (2020): *Frauen\*rechte und Frauen\*hass*. Antifeminismus und die Ethnisierung der Gewalt, Berlin.
- Berse, Ferda (2020): *Genozid an Ezid\*innen: Sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist eine Kriegswaffe*, Zeit Online, 3.8.2020, <https://ze.tt/genozid-an-ezidinnen-sexualisierte-gewalt-gegen-frauen-ist-eine-kriegswaffe/>.
- Bitzan, Renate (2000): *Selbstbilder rechter Frauen: Zwischen Antisexismus und völkischem Denken*, Tübingen.
- Dantschke, Claudia/Fathi, Alma (2020): *Die vergessenen Deutschen in Syrien*, in: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur 10/2020.
- Ebner, Julia/Fielitz, Maik/Guhl, Jakob/Quent, Matthias (2018): *Hassliebe*. Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung. Forschungsbericht des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, [www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/IDZ\\_Islamismus\\_Rechtsextremismus.pdf](http://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Islamismus_Rechtsextremismus.pdf).
- Freud, Sigmund (2010): *Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie*, in: Freud, Sigmund: *Das Unbehagen in der Kultur und andere Schriften*, Frankfurt a. M., S. 221–310.
- Fritzsche, Nora (2018): *Mädchen und Frauen im Salafismus*. Gender-Perspektive auf Rollenverhältnisse, Anwerbung und Hinwendungsmotive, Bundeszentrale für politische Bildung, 3.12.2018, [www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungsp-raevention/281785/maedchen-und-frauen-im-salafismus](http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungsp-raevention/281785/maedchen-und-frauen-im-salafismus).
- Hannemann, Isabelle (2015): *«Der Teufel hat sich schick gemacht»*. Das Täterinnenbild in der journalistischen Berichterstattung zum NSU-Prozess, in: *psychosozial* 141, S. 103–128.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2017): *Anti-Genderismus*. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld.
- Hayat-Deutschland (2018): *Zurück aus dem «Kalifat»*, in: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur 6/2018.
- Hobsbawm, Eric J. (2005): *Nationen und Nationalismus*. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a. M.

- Hoppe, Nico/Rukaj, Sara (2020): Islamismus ist für Linke jetzt plötzlich «rechts», doch ist er das wirklich?, in: Neue Zürcher Zeitung, 10.12.2020, [www.nzz.ch/feuilleton/islamismus-ist-rechts-mitnichten-ld.1589696?reduced=true](http://www.nzz.ch/feuilleton/islamismus-ist-rechts-mitnichten-ld.1589696?reduced=true).
- Horkheimer, Max (2007): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt a. M.
- Kahane, Anetta (2020): Das Unbehagen am Jüdischen und die Antimoderne, in: Jander, Martin/Kahane, Anetta (Hrsg.): Gesichter der Antimoderne, Baden-Baden, S. 35–64.
- Kirchhoff, Christine (2009): Das psychoanalytische Konzept der «Nachträglichkeit». Zeit, Bedeutung und die Anfänge des Psychischen, Gießen.
- Kritik und Praxis Berlin (Hrsg.) (2006): Islamismus. Kulturphänomen oder Krisenlösung?, [https://antifa-ak.org/wp-content/uploads/2013/06/KP\\_Islamismusbrochure.pdf](https://antifa-ak.org/wp-content/uploads/2013/06/KP_Islamismusbrochure.pdf).
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hrsg.) (2017): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality, London/New York.
- Küpeli, Ismail (2020): Der türkische Nationalismus als antipluralistische Ideologie, in: Jander, Martin/Kahane, Anetta (Hrsg.): Gesichter der Antimoderne, Baden-Baden, S. 305–318.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg.
- Laplanche, Jean/Pontalis, Jean-Bertrand (1992): Das Vokabular der Psychoanalyse, Frankfurt a. M.
- Lee, Hyunseon/Queipo, Isabel Maurer (Hrsg.) (2013): Mörderinnen. Künstlerische und mediale Inszenierungen weiblicher Verbrechen, Bielefeld.
- Levi, Anna u. a. (2020): Offener Brief gegen jeden Islamismus, Antisemitismus und Faschismus. Konsequenz, Wir gegen Faschismus, <https://wirgegenislamismus2020.wordpress.com/>.
- Manne, Kate (2019): Down Girl. Die Logik der Misogynie, Berlin.
- Oberlandesgericht Hamburg (2020): Pressemitteilung. Staatsschutzverfahren gegen 30-jährige Hamburgerin wegen mutmaßlicher IS-Mitgliedschaft, 30.6.2020, <https://justiz.hamburg.de/pressemitteilungen/14032038/pressemitteilung-2020-06-30-olg-01/>.
- Pohl, Rolf (2019): Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen, Hannover.
- Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen, München.
- RAN – Radicalization Awareness Network (2017): Responses to returnees: Foreign terrorist fighters and their families, [https://ec.europa.eu/home-affairs/system/files\\_en?file=2020-09/ran\\_br\\_a4\\_m10\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/home-affairs/system/files_en?file=2020-09/ran_br_a4_m10_en.pdf).
- Salzborn, Samuel (2015): Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext, Baden-Baden.
- Schröder, Dino (2020): Prozess gegen 30-Jährige. ISIS-Mutter kommt mit Bewährung davon, in: Bild, 9.9.2020, [www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/](http://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/)

prozess-gegen-30-jaehrige-isis-mutter-kommt-mit-bewaehrung-davon-72821162.bild.html.

Schröter, Susanne (2019): Politischer Islam: Stresstest für Deutschland, Gütersloh.

Spanner, Elke (2020): Ehefrau von IS-Kämpfer. Radikal ehrlich, Zeit Online, 10.9.2020, [www.zeit.de/hamburg/2020-09/ehefrau-is-kaempfer-hamburg-urteil-gericht-familie](http://www.zeit.de/hamburg/2020-09/ehefrau-is-kaempfer-hamburg-urteil-gericht-familie).

... ums Ganze! (2008): Aufruf «Paradise Now – Für den Kommunismus», [www.umsganze.org/historie/2008-koln-antiislam/15-08-08-koln-paradise-now-fur-den-kommunismus/](http://www.umsganze.org/historie/2008-koln-antiislam/15-08-08-koln-paradise-now-fur-den-kommunismus/).

Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.

Zeit Online (2019): Deutsche IS-Kämpfer verlieren Staatsbürgerschaft, 3.4.2019, [www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/passenzug-is-kaempfer-syrien-irak-deutsche-staatsbuergerschaft](http://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/passenzug-is-kaempfer-syrien-irak-deutsche-staatsbuergerschaft).

Errol Babacan

## **DIE TÜRKISCH-ISLAMISCHE UNION DER ANSTALT FÜR RELIGION (DİTİB)**

### **AGENTIN DES TÜRKISCH-SUNNITISCHEN NATIONALISMUS IN DEUTSCHLAND**

Als die hessische Landesregierung im Frühjahr 2020 die seit acht Jahren bestehende Kooperation mit der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DİTİB)<sup>1</sup> beim islamischen Religionsunterricht an Schulen aussetzte, zog sie eine formal-juristische Begründung vor. Die Unabhängigkeit vom Ausland, die eine Bedingung für die Einbindung von Religionsgemeinschaften in öffentliche Institutionen darstellt, sei bei der DİTİB nicht gesichert. Einer Auseinandersetzung mit der politischen Ausrichtung der DİTİB ging die Landesregierung mit dieser Erklärung aus dem Weg, obwohl sie neben dem juristischen auch zwei inhaltliche Gutachten in Auftrag gegeben hatte.

Eines der beiden inhaltlichen Gutachten befasste sich mit der Frage der Einflussnahme der Türkei auf die Gestaltung des islamischen Religionsunterrichts an hessischen Schulen. Der Gutachter verwies auf mehrere bedenkliche Vorkommnisse in Moscheen, die der DİTİB unterstellt sind: Unter anderem wurde für die türkische Armee und ihre militärische Invasion in die syrisch-kurdische Provinz Afrin gebetet und es fanden Theateraufführungen statt, in denen Kinder den Einmarsch nach Syrien wie auch Kriegsszenen aus dem Ersten Weltkrieg nachgespielt hatten (Tornau 2018). Nach Gesprächen mit Verbandsvertretern kam der Gutachter jedoch zu dem Schluss, dass sich solche Vorfälle nicht im Religionsunterricht widerspiegeln und demnach eine politische Beeinflussung des Unterrichts nicht feststellbar sei. Im zweiten Gutachten wurde die staatliche Religionsbehörde der Türkei, das Präsidium für Religionsangelegenheiten Diyanet İşleri Başkanlığı (im Folgenden abgekürzt als Diyanet), der die DİTİB untergeordnet ist, beleuchtet. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Konstellation in der Türkei attestierte der Gutachter eine zunehmende parteipolitische Instrumentalisierung der Behörde unter Maßgabe einer religi-

1 DİTİB ist die Abkürzung für die türkische Bezeichnung Diyanet İşleri Türk İslam Birliği.

ösen Durchdringung der Gesellschaft. Die politische Handlungsempfehlung lautete, stärker auf die Unabhängigkeit der DİTİB von der türkischen Regierung zu drängen.<sup>2</sup> Im vorliegenden Beitrag nehme ich die Frage, wie die DİTİB politisch einzuschätzen ist, auf, und diskutiere sie unter zwei Gesichtspunkten. Erstens fokussiere ich die politische Ausrichtung der DİTİB in Verbindung mit dem Charakter des derzeitigen politischen Regimes der Türkei sowie seinen Bemühungen, gestalterischen Einfluss auf die in Deutschland lebende Bevölkerung zu nehmen. Zweitens problematisiere ich die deutsche Migrations- und Sicherheitspolitik, in die die DİTİB trotz einiger Einschränkungen weiterhin als privilegierte Kooperationspartnerin eingebunden ist. Durch diese Einbindung ist die Auseinandersetzung mit der DİTİB nicht nur in einem türkeipolitischen, sondern zugleich in einem breiteren demokratiepolitischen Zusammenhang zu verorten, in dem sich bevölkerungs- und religionspolitische Fragen miteinander verbinden.

### **Aktivitätsfeld Deutschland**

Seit dem ersten Wahlsieg der türkischen Regierungspartei AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) im Jahr 2002 wendet sich die türkische Regierung verstärkt den im Ausland ansässigen «Türkeistämmigen» zu. Aus Sicht der AKP fallen in diese Kategorie etwa drei Millionen Einwohner\*innen Deutschlands – unabhängig von Staatsangehörigkeit und Geburtsort. Sie werden als «Angehörige der Nation im Ausland» definiert und offensiv als «unsere auswärtige Kraft» angesprochen. Durch das an sie gerichtete Engagement soll zum einen eine starke Bindung zur Türkei hergestellt oder aufrechterhalten und zum anderen die öffentliche Meinung und nach Möglichkeit die Politik in Deutschland so beeinflusst werden, dass Vorteile für die Türkei entstehen (Okyayuz/Tekiner 2016).

Ein ganz wesentliches Instrument der Einflussnahme ist, türkischen Staatsbürger\*innen im Ausland die Teilnahme an den Wahlen in der Türkei zu ermöglichen, ohne dass diese einreisen müssen. Das hierfür geänderte Wahlrecht wurde erstmals bei der Präsidentschaftswahl 2014 umgesetzt. Seitdem fanden vermehrt türkische Wahlveranstaltungen auch in Deutschland statt, bei denen der türkische «Nationalstolz», mit Betonung auf einer angeblich in Kontinuität zum Osmanischen Reich stehenden «Gemeinschaft der Gläubigen», mobilisiert wurde. Das komplementäre Gegenstück zu dieser «neo-osmanischen» Agitation der AKP bildet die kategorische Absage an eine EU-Mitgliedschaft der Türkei durch die CDU mitsamt Leitkulturdebatte, durch die ein fiktiver Gegensatz zwischen einer «abendländisch-christlichen» Wertegemeinschaft und einem islamischen Außen aufgemacht wurde. Stärker als alle

2 Die zwischen 2017 und 2019 erstellten Gutachten zu dem Verfahren in Hessen finden sich auf der Webseite des Hessischen Kultusministeriums unter: <https://dr-info-a.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/islamischer-religionsunterricht-zusammenarbeit-mit-ditib-hessen-wird-ab-dem-kommenden-schuljahr-0>.

anderen Regierungen vor ihr beudet die AKP diese seit Jahrzehnten betriebene symbolische Ausbürgerung der «türkeistämmigen» Bevölkerung in Deutschland aus.

Nach dem entscheidenden Referendum 2017, mit dem das faktisch bereits bestehende Präsidialsystem in der Verfassung der Türkei verankert wurde, untersagte die Bundesregierung türkische Wahlkampfauftritte in Deutschland. Das Verbot bezieht sich zwar auf alle Nicht-EU-Mitgliedsländer, es erfolgte jedoch als Reaktion auf massive Konflikte um die Genehmigung türkischer Auftritte (Deutsche Welle 2017). Allerdings hindert dieses Verbot die AKP nicht daran, andere Instrumente und Veranstaltungsformate zur Förderung der Identifikation mit der Türkei und zur Mobilisierung für ihre Belange einzusetzen. Eines dieser Instrumente ist die DİTİB, die im September 2018 in Anwesenheit des Staatspräsidenten Erdoğan und des Vorsitzenden der Religionsbehörde Diyanet eine repräsentative Zentralmoschee in Köln eröffnete, die Platz für 1.200 Personen bietet.

Die DİTİB ist der mit Abstand größte Verband muslimischer Organisationen in Deutschland und versammelt nach eigenen Angaben 960 Moscheen unter ihrem Dach, die jeweils als Kulturvereine eingetragen sind. Die Imame, die in diesen Moscheen predigen, werden überwiegend aus der Türkei entsandt und als türkische Beamte bezahlt. Letzteres trifft zum Teil auch auf die Imame des kleineren Verbands der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) sowie der Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATİB) zu, die den neo-faschistischen Grauen Wölfen nahesteht (Bozay 2017).<sup>3</sup>

Indes ist der Vorsitzende der DİTİB in Personalunion türkischer Botschaftsrat für religiöse und soziale Angelegenheiten. Gegründet wurde die DİTİB 1984 in Köln, um die religiösen Bedürfnisse der Immigrant\*innen in Deutschland zu bedienen, so die neutrale und unverfängliche Formulierung. In seinem an die breitere Öffentlichkeit gerichteten Außenauftritt gibt sich der Verband zumeist moderat und weltoffen. So veröffentlicht er unter anderem auch Gutachten zur Diskriminierung von Muslim\*innen in Deutschland, die als «antirassistische» Expertise sogar in wissenschaftliche Publikationen einfließen.

Im Kontrast zu diesen Aktivitäten stehen die eingangs angesprochenen Vorkommnisse, von denen angenommen werden kann, dass sie keine Einzelfälle sind, sondern ähnliche Ereignisse den Alltag im Umfeld der Moscheen prägen.<sup>4</sup> Eine breitere Öffentlichkeit erreichte der gemeinsam mit anderen protürkischen Organisationen verfasste Aufruf zu Protesten gegen die Resolution über die Benennung der systematischen Ermordung und Vertreibung der Armenier\*innen des Osmanischen Reichs als

3 Vgl. auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion der FDP «Ausmaß ausländischer Einflussnahme auf Religionsgemeinschaften, religiöse Vereine und sonstige religiöse Organisationen» (Deutscher Bundestag 2019a).

4 Im Einzelnen aufgelistet sind diese Vorkommnisse auch in dem Gutachten zur DİTİB, das das Land Hessen anforderte; siehe Fußnote 2.

Genozid, die im Juni 2016 im Bundestag zur Abstimmung vorlag. Der maßgeblich während des Ersten Weltkriegs organisierte Genozid wird in der Türkei bis heute vehement geleugnet. Bekannt wurden auch Spitzeltätigkeiten von Imamen nach dem gescheiterten Putsch in der Türkei im selben Jahr. Die Bespitzelung richtete sich offenbar hauptsächlich gegen Angehörige des internationalen Netzwerks des islamistischen Predigers Fethullah Gülen, der lange Zeit mit der AKP paktiert hatte (Zeit Online 2017). Doch unabhängig davon, wer überwacht wurde, legen solche Vorfälle offen, dass die DİTİB in repressive Kampagnen der AKP eingebunden ist, durch die zahlreiche Oppositionelle und Andersdenkende verhaftet oder zur Flucht ins Ausland getrieben wurden.

### **Religiöses Erziehungsprogramm**

Die Bedeutung des religiösen Verbands sollte jedoch nicht auf skandalträchtige Ereignisse reduziert werden. Durch die Anbindung an den türkischen Staat ist die DİTİB Bestandteil eines umfassenden islamisch-konservativen Erziehungsprogramms, das von ihrer Mutterorganisation Diyanet in der Türkei vorangetrieben wird. Die Diyanet ist nicht nur parteipolitisches Instrument, sondern treibt den konservativ-türkischen Islamismus, der emanzipative Bewegungen ebenso wie kulturelle Differenzen unterdrückt, aktiv voran (Babacan 2020; Lord 2018).

Die eingangs erwähnten Theateraufführungen mit kleinen Kindern in deutschen Moscheen stehen im Kontext dieses Programms, das seit einigen Jahren auch Vorschulkinder erfasst. In der Türkei nahmen allein im Jahr 2018 nach Angaben der Diyanet 150.000 Vorschulkinder im Alter von vier bis sechs Jahren an einem ihrer Korankurse teil. Die Kurse laufen jeweils über mehrere Monate und erreichen jährlich mehrere Millionen Bürger\*innen – Erwachsene wie Kinder (Şen 2019). In welchem politischen Geist die Kurse für Vorschulkinder durchgeführt werden, erklärte der Leiter der Diyanet im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Einmarsch der türkischen Armee in Afrin im Verbund mit paramilitärischen Truppen der internationalen Dschihadisten: «Unseren Märtyrern erbitte ich Gottes Gnade, unseren Versehrten rasche Heilung. Sie kämpfen dort, wir eröffnen hier Korankurse. Sie führen dort und wir hier den Dschihad. Möge Gott unseren Dschihad annehmen.» (Cumhuriyet 2018)

Auch die DİTİB in Deutschland führt Korankurse durch. Verantwortliche der DİTİB wie auch AKP-Politiker bestreiten zwar regelmäßig, dass in diesen Kursen oder auch in den Predigten dschihadistische und kriegerische Inhalte vorkämen. Sofern Gegenteiliges nach außen dringt, wird immer von Einzelfällen gesprochen (Mascolo/Spinrath 2018; Cuntz 2018). Tatsächlich steht eine systematische Forschung zu Korankursen und Moschee-Aktivitäten in Deutschland aus. Weltfremd wäre allerdings anzunehmen, die einzelnen Moscheen könnten sich in der Praxis wesentlich anders verhalten, als es durch die Kontrolle und Aufsicht des AKP-Regimes und die aus der Türkei entsandten Imame vorgegeben ist.



Hervorzuheben ist schließlich, dass die DİTİB-Moscheen den *sunnitischen* Islam türkischer Provenienz repräsentieren. So steht die Mutterorganisation Diyanet nicht nur bei explizit politischen Anlässen an der Seite des AKP-Regimes. Sie beansprucht vielmehr ein Monopol auf die Auslegung des Islam: In ihrem Status als «Staatskirche» gibt sie die legale und legitime islamische Praxis vor. In der Aufgabenbeschreibung der Diyanet heißt es unumwunden, sie solle die Bevölkerung über die «echten» Regeln und Prinzipien des Islam aufklären, sie vor «Aberglauben», «Heidentum», «Subversion», «Separatismus», «moralischer Degeneration» und «geistigen Krankheiten» schützen. In Publikationen der Behörde werden Atheismus und die Evolutionstheorie als von «ausländischen Mächten» betriebene Verschwörungen «enttarnt», «Kommunisten», «Materialisten», «Missionare», «Imperialisten», «Zionisten» und «Kreuzritter» als (fiktive) Feinde bestimmt (Babacan 2020: 206–208). Diejenigen, die nicht die sunnitische Doktrin befolgen, werden als abtrünnig oder ungläubig, mitunter als pervers und amoralisch verunglimpft. Betroffen sind insbesondere alevitische Gruppen, die heterodoxe Interpretationen des Islam praktizieren und der Diyanet ihren Alleinvertretungsanspruch auf dem religiösen Feld streitig machen (Lord 2019).

Repräsentant\*innen dieser von der Diyanet propagierten türkisch-sunnitischen Variante des Islam vertreten auch in Bezug auf Geschlecht und Sexualität eine reaktionäre Auffassung. Während heteronormative Praktiken und die Familie als heilig betrachtet werden, richtet sich der Verband offensiv gegen jede Abweichung und markiert sie als existenzielle Gefahr für das «Volk». Folgendes Zitat aus einer Freitagspredigt des Leiters der Diyanet von Ende April 2020, in der er über Ursachen und Verbreitung der Coronapandemie spricht, verdeutlicht diese Auffassung: «Der Islam sieht Ehebruch als eine der größten Sünden an. Er verdammt Homosexualität. Wo liegt der Sinn [dieser Verdammnis] verborgen? Sie bringen Krankheiten mit sich und lassen den Stamm verfaulen.» (Köylü 2020)

Mit der AKP assoziierte religiöse Akteure propagieren also einen religiösen Nationalismus, der sich im Innern wie im Äußern gegen politische und kulturelle Gegner\*innen richtet. Die systematische Unterdrückung und Diskriminierung von Andersgläubigen, Atheist\*innen, säkularen Bürger\*innen und von der sunnitischen Doktrin abweichenden Orientierungen lassen schließlich die «antirassistischen» Expertisen der DİTİB als höchst instrumentell und selbstbezogen erscheinen.

### **Religion im bevölkerungspolitischen Zentrum**

Unter der AKP ist die Religion ins Zentrum bevölkerungspolitischer Aktivitäten gerückt und die Diyanet hat eine enorme Aufwertung erfahren. Dadurch hat auch die Bedeutung der DİTİB für das politische Programm der AKP zugenommen, auch wenn immer wieder das Gegenteil beteuert wird, wonach die DİTİB nun unabhängiger denn je vom türkischen Staat sei. Im Gegenzug erzielt die Politik, türkisch-sunnitische Organisationen aus der Türkei zu fördern, offensichtlich langfristige Erfolge. Massenveranstaltungen in deutschen Städten, bei denen AKP-Politiker mit nationa-

listischen Parolen für ihre Ziele werben, beruhen auf einer gestiegenen Verbundenheit mit der Türkei unter «Türkeistämmigen». So gaben 29 Prozent der Befragten einer Studie aus dem Jahr 2010 an, sich mit der Türkei heimatlich verbunden zu fühlen, während dieser Anteil 2017 bei etwa 50 Prozent lag. Auch die steigende Wahlbeteiligung und die relativ hohen Zustimmungswerte für die AKP unter türkischen Staatsbürger\*innen in Deutschland bestätigen diesen Trend (Göğüş 2018).

Dieser Trend steht schließlich in Verbindung mit der migrations- und sicherheitspolitischen Einbindung islamischer Akteure in Deutschland. Verschiedene Programme, die unter der Überschrift «Dialog mit dem Islam» oder «Beheimatung des Islam in Deutschland» firmieren, setzen auf Integration durch Beteiligung. Paradigmatisch für diese Strategie steht die 2006 auf nationaler Ebene ins Leben gerufene Deutsche Islam Konferenz (DIK), mit der eine Eingliederung islamischer Organisationen in das politische Gefüge nach dem Vorbild des Staatskirchenvertrags verhandelt wird. Die Zielsetzung besteht darin, bestimmte Bevölkerungsgruppen über die Religion, in diesem Fall über den organisierten Islam, zu kontrollieren. Als Triebfeder fungieren sowohl sicherheitspolitische Sorgen gegenüber der Radikalisierung von Muslim\*innen als auch ein integrationspolitisches Interesse an klaren Organisations- und Repräsentationsstrukturen, die als Ansprechpartner für die deutsche Politik dienen sollen (Tezcan 2011).

Zu den Belangen, die bereits umgesetzt oder noch verhandelt werden, gehören nicht nur religionspraktische Angelegenheiten (z. B. Gebets- und Bestattungsorte, Essens- und Kleidungsregeln in Schulen), sondern auch die Ausbildung von Imamen und (Hochschul-)Lehrer\*innen für den religiösen Unterricht, die Einrichtung religiöser Begegnungs- und Bildungsstätten sowie die Verknüpfung von Religion mit sozialer Arbeit. Von dieser Aufwertung, die durchaus auch materiell im Sinne eines Transfers öffentlicher Mittel zu verstehen ist, profitieren die DİTİB ebenso wie andere islamische Organisationen, die sich in mehr oder weniger festen Kooperationsprojekten auf Bundes- und Landesebene befinden. Während die Zusammenarbeit in Hessen einstweilig ausgesetzt wurde, haben die Stadtstaaten Hamburg und Bremen jeweils eigene Staatsverträge mit der DİTİB abgeschlossen, in denen Feiertage und Rechte der muslimischen Bevölkerung geregelt und der Religionsunterricht gefördert werden sollen (Haddad 2015).

Auf der Gegenseite kommt diese Strategie Forderungen islamischer Organisationen nach Gleichstellung mit den Kirchen nach, die Privilegien im Steuer- und Arbeitsrecht sowie im öffentlichen Bildungs-, Erziehungs- und Gesundheitssystem genießen, während ihre Aktivitäten gleichzeitig einer öffentlichen Kontrolle entzogen sind (Cavuldak 2013). Was sich aus der Perspektive islamischer Initiativen als Gleichstellung darstellt, ist aus der Perspektive nicht religiöser Zusammenschlüsse eine Privilegierung religiöser Gemeinschaften. Die Kooperationsprojekte tragen zu einer weiteren Unterminierung des in Deutschland ohnehin unvollständig umgesetzten säkularen Prinzips der Trennung zwischen staatlichen und religiösen Institutionen

bei. Sie verweisen ferner auf ein ambivalentes Interesse der christlichen Kirchen an der Gleichstellung islamischer Organisationen, da diese Gleichbehandlung legitimierend auf ihren Sonderstatus zurückwirkt.<sup>5</sup>

### **Opportune Religionspolitik**

Die Auseinandersetzung mit den Aktivitäten AKP-naher Organisationen wie der DİTİB in Deutschland zeigen auf, dass sich ihre Einbindung in das öffentliche Gefüge bisher nicht maßgeblich an der Frage der Abhängigkeit vom türkischen Regime noch an der politischen Ausrichtung orientiert hat. Sofern der staatlicherseits eingeschlagene Weg, islamischen Organisationen eine ähnlich privilegierte Stellung wie den christlichen Kirchen zuzuerkennen, beibehalten wird, ist abzusehen, dass das Aussetzen der Kooperation durch die hessische Landesregierung nur eine temporäre «Störung» sein wird. Da sich die Anbindung der DİTİB an die Türkei seit 2012 nicht substantiell verändert hat, die formale Begründung der Abhängigkeit daher offensichtlich vorgeschoben ist, sollte es nicht verwundern, wenn die Zusammenarbeit wieder aufgenommen wird, sobald sich die politischen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland normalisieren, ohne dass sich an der problematischen politischen Ausrichtung des AKP-Regimes und der DİTİB in der Zwischenzeit etwas geändert hätte.

Andere mit öffentlichen Mitteln geförderte Kooperationsprojekte wie das interreligiöse «House of One» in Berlin, bei dem neben der evangelischen Kirche und der jüdischen Gemeinde auch die türkische Gülen-Gemeinschaft beteiligt ist, zeigen vielmehr, dass es einen parteiübergreifenden Konsens zur Förderung religiöser Gemeinschaften gibt.<sup>6</sup> Dieser Konsens überlagert offensichtlich die Frage der politischen Ausrichtung. Schließlich trieben Gülen-Anhänger\*innen lange Zeit maßgeblich die Repression gegenüber der Opposition wie auch den Krieg gegen die kurdische Bewegung in der Türkei voran, bis sie sich mit dem Erdoğan-Flügel in der AKP überwarfen und ausgeschlossen wurden. Die Gülen-Gemeinschaft vertritt einen nicht minder reaktionären Islam, in dem sich nationalistische und obrigkeitshörige Weltanschauungen mit missionarischem Eifer verbinden (Lord 2018: 219–278). Dennoch wird sie derzeit in Deutschland hofiert.

Unterdessen kommt die DİTİB mit der Einrichtung einer eigenen Imam-Ausbildungsstätte in Deutschland Forderungen nach, in Deutschland sozialisierte Imame statt türkische Beamte einzusetzen. Dies soll dann als Beleg für eine größere Unab-

5 «Die Einführung von islamischem Religionsunterricht stärkt das in Deutschland bewährte Modell der Kooperation des Staates mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Es hat damit auch positive Rückwirkungen auf den bestehenden konfessionellen Religionsunterricht», heißt es beispielsweise in einem Strategiepapier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken mit dem Titel «Islamischer Religionsunterricht als Chance für Integration und Dialog» (ZdK 2008).

6 Insgesamt sind 43,5 Millionen Euro für das Projekt veranschlagt. Neben privaten Spenden steuern der Bund und das Land Berlin jeweils zehn Millionen Euro bei. Vgl. Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE «Haltung der Bundesregierung zur Gülen-Bewegung» (Deutscher Bundestag 2019b).

hängigkeit von der Türkei dienen, so wie es von der hessischen Landesregierung gefordert wurde (Deutsche Welle 2020). Wie aufgezeigt, greift das Kriterium der formalen Unabhängigkeit für die politische Einschätzung religiöser Organisationen wie der DİTİB zu kurz. Abgesehen von der Förderung aus dem Ausland sollte die praktische Ausrichtung auf den Prüfstand gestellt werden, die bei der DİTİB als reaktionär und nationalistisch zu charakterisieren ist. Auf den Prüfstand gehört schließlich auch die Verknüpfung von Migrations- und Sicherheitsfragen mit Religionspolitik. Die privilegierte Einbindung der Religion in die öffentliche Infrastruktur hat nicht zuletzt die Aufwertung rechter islamischer Organisationen zur Folge, deren Reichweite – unter anderem mithilfe des Religionsunterrichts – in die öffentlichen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen verlängert wird.

## Literatur

- Babacan, Errol (2020): Hegemonie und Kulturkampf. Verknüpfung von Neoliberalismus und Islam in der Türkei, Bielefeld.
- Bozay, Kemal (2017): Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, 24.11.2017, [www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland).
- Cavuldak, Ahmet (2013): Die Legitimität der hinkenden Trennung von Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, in: Pickel, Gert/Hidalgo, Oliver (Hrsg.): Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?, Wiesbaden, S. 307–335.
- Cumhuriyet (2018): Diyanet İşleri Başkanı Erbaş'tan Afrin yorumu. Onlar orada biz burada cihada devam ediyoruz, 29.1.2018, [www.cumhuriyet.com.tr/haber/diyanet-isleri-baskani-erbastan-afrin-yorumu-onlar-orada-biz-burada-cihada-devam-ediyoruz-915263](http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/diyanet-isleri-baskani-erbastan-afrin-yorumu-onlar-orada-biz-burada-cihada-devam-ediyoruz-915263).
- Cuntz, Christoph (2018): «Oh Gott, töte tausend Feinde», in: Wiesbadener Kurier, 1.3.2018, [www.wiesbadener-kurier.de/politik/hessen/oh-gott-tote-tausend-feinde\\_18557848](http://www.wiesbadener-kurier.de/politik/hessen/oh-gott-tote-tausend-feinde_18557848).
- Deutsche Welle (2017): Deutschland verbietet Wahlkampf ausländischer Politiker, 30.6.2017, [www.dw.com/de/deutschland-verbietet-wahlkampf-auslaendischer-politiker/a-39493078](http://www.dw.com/de/deutschland-verbietet-wahlkampf-auslaendischer-politiker/a-39493078).
- Deutsche Welle (2020): Ditib bildet Imame nun auch in Deutschland aus, 9.1.2020, [www.dw.com/de/ditib-bildet-imame-nun-auch-in-deutschland-aus/a-51937620](http://www.dw.com/de/ditib-bildet-imame-nun-auch-in-deutschland-aus/a-51937620).
- Deutscher Bundestag (2019a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Oliver Luksic, Dr. Stefan Ruppert, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP, Drucksache 19/8306, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/094/1909415.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2019b): Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Niema Movassat, Mar-

- tina Renner, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/15849, <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/158/1915849.pdf>.
- Göğüş, Sezer İdil (2018): Die neue Diasporapolitik der Türkei und Türkeistämmige in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, 23.11.2018, [www.bpb.de/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland?p=1](http://www.bpb.de/apuz/280578/die-neue-diasporapolitik-der-tuerkei-und-tuerkeistaemmige-in-deutschland?p=1).
- Haddad, Laura (2015): Der Hamburger «Staatsvertrag» mit islamischen Verbänden als Beitrag zur Inclusive City? Eine ethnographische Annäherung, in: Bukow, Wolf Dietrich/Cudak, Karin/Behrens, Melanie/Strünck, Christoph (Hrsg.): *Inclusive City: Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft*, Wiesbaden, S. 225–235.
- Köylü, Hilal (2020): Korona günlerinde Diyanet'e «nefret suçu» tepkisi, Deutsche Welle, 27.4.2020, [www.dw.com/tr/korona-guenerinde-diyanete-nefret-sucu-tepkisi/a-53260541](http://www.dw.com/tr/korona-guenerinde-diyanete-nefret-sucu-tepkisi/a-53260541).
- Lord, Ceren (2018): *Religious Politics in Turkey. From the Birth of the Republic to the AKP*, Cambridge.
- Lord, Ceren (2019): Sectarianized securitization in Turkey in the wake of the 2011 Arab Uprisings, in: *Middle East Journal* 1/2019, S. 51–72.
- Mascolo, Georg/Spinrath, Andreas (2018): Moscheen in Deutschland. Ein Dossier wie ein Sündenregister, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.9.2018, [www.sueddeutsche.de/politik/moscheen-in-deutschland-v-leute-zum-gebet-1.4138189](http://www.sueddeutsche.de/politik/moscheen-in-deutschland-v-leute-zum-gebet-1.4138189).
- Okyayuz, Mehmet/Tekiner, Uğur (2016): Hundertjährige Allianz? Türkisch-deutsche Beziehungen im Spannungsfeld neuer-alter Interessenpolitik, Infobrief Türkei, 2.8.2016, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.com/2016/08/hundertjaehrige-allianz.html>.
- Şen, Mustafa (2019): The AKP Rule and the Directorate of Religious Affairs, in: Christofis, Nikos (Hrsg.): *Erdoğan's «New» Turkey. Attempted Coup d'état and the Acceleration of Political Crisis*, London, S. 40–57.
- Tezcan, Levent (2011): Repräsentationsprobleme und Loyalitätskonflikte bei der Deutschen Islam Konferenz, in: Meyer, Hendrik/Schubert, Klaus (Hrsg.): *Politik und Islam*, Wiesbaden, S. 113–132.
- Tornau, Joachim F. (2018): Imame beten für den Sieg, in: *Frankfurter Rundschau*, 15.3.2018, [www.fr.de/rhein-main/imame-beten-sieg-10991274.html](http://www.fr.de/rhein-main/imame-beten-sieg-10991274.html).
- ZdK – Zentralkomitee der deutschen Katholiken (2008): *Islamischer Religionsunterricht als Chance für Integration und Dialog*, Bonn, [www.zdk.de/cache/dl-Islamischer-Religionsunterricht-als-Chance-fuer-In-655eb9400ca8d45a1b956c48b-40c8d20.pdf](http://www.zdk.de/cache/dl-Islamischer-Religionsunterricht-als-Chance-fuer-In-655eb9400ca8d45a1b956c48b-40c8d20.pdf).
- Zeit Online (2017): Islamverband Ditib bestätigt Spitzel-Vorwürfe, 12.1.2017, [www.zeit.de/politik/2017-01/tuerkei-ditib-deutsch-tuerkischer-islamverband-spitzeleiguelen-anhaenger](http://www.zeit.de/politik/2017-01/tuerkei-ditib-deutsch-tuerkischer-islamverband-spitzeleiguelen-anhaenger).

*Auszug aus dem zweiten Kapitel des im Oktober 2021 erschienenen Buchs «Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung. Zur Politik der Demokratiebildung» von Julika Bürgin. Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung der Autorin und des Verlags Beltz Juventa, [www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik\\_soziale\\_arbeit/buecher/produkt\\_produktdetails/46526-extremismuspraevention\\_als\\_polizeiliche\\_ordnung.html](http://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/buecher/produkt_produktdetails/46526-extremismuspraevention_als_polizeiliche_ordnung.html).*

Julika Bürgin

## **BILDUNGS-AUFTRAG EXTREMISMUSBEKÄMPFUNG**

Der Antiextremismus gefährdet Demokratie, im schlimmsten Fall auch Leib und Leben, und er versperrt das Verständnis gesellschaftlicher Probleme und Zusammenhänge. In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts wurde das politische Programm mit Erfolg in einen Auftrag für Bildungsarbeit übersetzt. Gegen den Auftrag der Extremismusbekämpfung intervenierten Träger, Aktive und Wissenschaftler\*innen auch politisch mit Veröffentlichungen (bspw. Baron u. a. 2018; Berendsen u. a. 2019; Bundesverband Mobile Beratung 2019; Forum für kritische Rechtsextremismusforschung 2011; Rhein 2019; Seidel 2019), mit Stellungnahmen bei Anhörungen, mit Appellen an politische Parteien (Forum kritische Bildung 2017), mit Erklärungen (Weimarer Erklärung o. J.), mit Klagen gegen die Nennung in Verfassungsschutzberichten,<sup>1</sup> mit Veranstaltungen, mit künstlerisch-satirischer Kritik.<sup>2</sup> Vereinzelt melden sich auch Bildungspraktiker\*innen in einschlägigen Arbeitsfeldern zu Wort, die das E-Konzept im Kern sinnvoll finden, auch wenn sie die politische Anwendung problematisieren (bspw. Krieg/Mendel 2019: 115–117).

Der Bildungsauftrag Extremismusbekämpfung lässt sich in keinem Bundestagsprotokoll nachlesen. Der Gesetzgeber hat nicht darüber befunden und er könnte es nicht, ohne in sozialstaatliche und bildungspolitische Prinzipien einzugreifen. Dennoch wurden Fakten geschaffen: meist durch die Exekutive und über den Weg von Finanzierung einerseits und repressiven Maßnahmen andererseits. In diesem Kapitel werden Maßnahmen und Vorgänge an Fällen und Feldern rekonstruiert.

1 Erfolgreich klagte die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a. e.V.), [www.aida-archiv.de/2012/10/19/aida-vollstaendig-rehabilitiert/](http://www.aida-archiv.de/2012/10/19/aida-vollstaendig-rehabilitiert/).

2 «Mandi – Comic gegen den Extremismusbegriff», <http://mandi.blogspot.de>.

## **Extremismusklausel, Protest und Verstetigung**

Im Jahr 2010 veranlasste die CDU-Familienministerin Kristina Schröder, dass sich alle Projektträger, die Mittel aus Demokratieförderprogrammen des Bundes erhalten wollen, zur freiheitlichen-demokratischen Grundordnung bekennen und ihre Kooperationspartner entsprechend überprüfen müssen. Die als «Extremismusklausel» bekannt gewordene «Demokratieerklärung» hatte folgenden Wortlaut:

«Hiermit bestätigen wir, dass wir

- uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und
- eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.

Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.» (Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2011)

Der Verdacht gegenüber den Projektträgern und Kooperationspartnern stieß auf heftige Kritik bei Einrichtungen, Wissenschaftler\*innen und Oppositionsparteien. Der Pirnaer Verein Alternatives Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiZ e. V.) klagte beim Verwaltungsgericht Dresden, das im April 2012 die verlangte Verbürgung der Projektträger für die Verfassungstreue ihrer Kooperationspartner aufgrund ihrer Unbestimmtheit für rechtswidrig erklärte. Ein schriftliches Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) könne allerdings zur Voraussetzung für den Erhalt von Bundesfördermitteln gemacht werden (Verwaltungsgericht Dresden 2012).<sup>3</sup> Im September 2012 wurde der letzte Absatz der Klausel durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wie folgt abgeändert: «Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung des Projekts beauftragen, von denen uns bekannt ist oder bei denen wir damit rechnen, dass sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigen.»<sup>4</sup>

Viele von der Extremismusklausel betroffene Einrichtungen protestierten, gründeten die Plattform «extrem demokratisch»,<sup>5</sup> es bildete sich eine Initiative gegen jeden Extremis-

3 Zum Verfahren siehe auch die Homepage von AKuBiZ unter: <https://akubiz.de>.

4 Siehe die Demokratieerklärung nach Urteil Verwaltungsgericht Dresden: [https://web.archive.org/web/20131116092511/http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/fileadmin/toleranz-foerdern/Redaktion/Downloads/PDF/2012\\_08\\_demokratieerklarung.pdf](https://web.archive.org/web/20131116092511/http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/fileadmin/toleranz-foerdern/Redaktion/Downloads/PDF/2012_08_demokratieerklarung.pdf).

5 Für weitere Informationen siehe die Webseite unter: <http://extrem-demokratisch.de/>.

musbegriff.<sup>6</sup> Kritisiert wurde meist die Ausforschung von Kooperationspartner\*innen, weniger das fdGO-Bekenntnis (vgl. Fuhrmann 2021: 108–110; Schulz 2012: 3). Gegen unkritische Bekenntnisse zur fdGO forderte Doris Liebscher, «sich öffentlich um deren Inhalte zu streiten, sie zu kritisieren und weitergehende Visionen eines demokratischen Gemeinwesens zu entwickeln und zu unterstützen» (Liebscher 2012: 132).

Nur wenige verweigerten die Unterschrift unter die Demokratieerklärung, weil dies das Ende der Arbeit bedeutet hätte (vgl. Oppenhäuser 2012: 54). Die Verwaltung schuf Fakten (Kennzeichnung als «extremistisch» durch Ämter für Verfassungsschutz, Förderauflagen bzw. Entzug der Förderung durch Ministerien), «die erst im Nachhinein juristisch überprüft werden können, wenn die betroffenen Organisationen schon (finanziell) sanktioniert werden» (ebd.). Dies sollte später auch Vereine betreffen, deren Gemeinnützigkeit aberkannt wurde.

Die SPD-Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig ersetzte im Januar 2014 die durch die Projektträger zu unterzeichnende Erklärung durch ein «Begleitschreiben zum Zuwendungsbescheid im Rahmen der Bundesprogramme zur Extremismusprävention». Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung entfiel. Stattdessen erklärte die Bundesregierung, mit den Projektträgern gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass weder durch Fördermittel des Bunds noch durch «aktive Teilnahme von Personen oder Organisationen aus extremistischen Strukturen» an geförderten Veranstaltungen extremistische Strukturen unterstützt werden. Geförderte Träger müssen vor einer Mittelweitergabe an andere Träger «prüfen, ob im Hinblick auf den Inhalt der beabsichtigten Maßnahme mit der Möglichkeit zu rechnen ist, dass sich bei deren Durchführung eine Betätigung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben kann» (BMFSFJ 2014).

Sarah Schulz stellt fest, dass nicht die Übergriffigkeit der Regierung gegenüber den ohnehin von ihr abhängigen Vereinen das Hauptargument im Streit war, sondern die fehlende Verfassungskonformität der Erklärung. Rechtsgutachten im Auftrag von Projektträgern sowie der Regierung folgten:

«Als schlagkräftigste Entgegnung wurde die Verfassungswidrigkeit der Erklärung selbst angeführt. Was wiederum mit dem Extremismusverdacht gegenüber den NGOs vonseiten der Regierung beantwortet wurde, die ihre Klausel sehr wohl für verfassungsgemäß, ja gar -schützend, hält. «Die Proteste zeigen, dass wir da einen wunden Punkt treffen», erklärte bspw. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (Beste 2011). Regierung und NGOs halten sich also gegenseitig eine Worthülse vor, die die Demokratie schützen soll, ohne näher zu bestimmen, was diese Demokratie eigentlich ist.» (Schulz 2012: 3)

Schulz moniert, dass Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Regierung ihre eigentlich politische Auseinandersetzung mit rechtlichen Argumenten führten. Die

6 Siehe die Webseite der Initiative «Gegen jeden Extremismusbegriff unter: <http://inex.blogspot.de/> (letzter Eintrag 2012).



fdGO bleibe als demokratisches Gebot gesprochen durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) unhinterfragt. «Woher kommt diese Hörigkeit und Autoritätsgläubigkeit gegenüber dem Recht? Was ist der Grund der Autorität des Rechts?» (Ebd.: 4)

Freerk Huiskens hält die Reaktionen auf die Extremismusklausel für «treuherzig», indem sie sich «auf die demokratischen Prinzipien [berufen], in deren Namen sie sich gerade den Extremismusverdacht eingefangen haben»: «Sie erklären die Feindschaftserklärung der herrschenden Demokratie an ihre Adresse glatt zu einer Art *Irrtum*.» (Huiskens 2012: 69) Die Linksextremismuskampagne der Regierung und die Extremismusklausel würden mit dieser Kritik verharmlost. «Es ist den Verfassungshütern nämlich bitter *ernst* mit der Feindschaftserklärung an die ins Visier genommenen Linken, auch wenn die zunächst nur als Agitationskampagne daherkommt.» (Ebd.: 70)

### **Verfassungsschutz prüft freie Träger**

Durch eine Anfrage im Deutschen Bundestag wurde 2018 bekannt, dass 51 Projektträger im Rahmen des Bundesprogramms «Demokratie Leben!» «anlassbezogen einer Überprüfung auf mögliche verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse unterzogen wurden. Davon erfolgte in 46 Fällen die Überprüfung im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. In fünf Fällen erfolgte eine Überprüfung nach Aufnahme der Förderung, ebenfalls durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Modellprojekte der überprüften Träger arbeiten in den Themenbereichen Antisemitismus, Islamistischer Extremismus, Rassismus, Rechts extremismus sowie Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.» (Deutscher Bundestag 2018)

Die Projektträger wurden nicht über die Überprüfung informiert und hatten keine Gelegenheit zur Stellungnahme. Das BMFSFJ beantragte, die Klage der Open Knowledge Foundation auf Offenlegung der durchleuchteten Organisationen zurückzuweisen: «Das Offenlegen der Namen der 51 überprüften Projektträger würde die Funktionsfähigkeit des BMFSFJ beeinträchtigen. Es besteht die Gefahr, dass die betroffenen und auch andere Projektträger in Zukunft keine Fördermittel mehr beantragen, weil sie befürchten, dass sie in Verbindung gebracht werden mit extremistischen Tätigkeiten. Das aufgelegte Förderprogramm würde damit letztlich leerlaufen. [...] Die Namen der überprüften Organisationen sind demnach bislang vertraulich. Würden sie offengelegt, ist zu erwarten, dass die überprüften, aber auch die anderen geförderten Projektträger misstrauisch gegenüber dem BMFSFJ würden.» (Schiller 2018: 5 f.)

Ohne die Öffentlichkeit und die Betroffenen in Kenntnis zu setzen, hatte das Bundesministerium des Innern schon im Jahr 2004 den Informationsaustausch zwischen Ministerien und Bundesamt für Verfassungsschutz über «Organisationen, Personen und Veranstaltungen» veranlasst, um die «missbräuchliche Inanspruchnahme» von «Förderungsprogrammen mit jugend-, bildungs-, entwicklungs-, umwelt- oder integrationspolitischer Zielsetzung sowie im Rahmen staatlich geförderter Initiativen zur Extremismusbekämpfung» durch «extremistische Gruppen» auszuschließen (BMI 2004).

Dass Projektträger durchleuchtet werden und das Bundesfamilienministerium das geheimdienstliche Wirken als Voraussetzung seiner «Funktionsfähigkeit» bezeichnete, konnte kein Vertrauen herstellen. Die Überprüfungen werden als «drohender Schatten» (Interview 1) und «Damoklesschwert» (Interview 2) bezeichnet.

### **Der Fall Hessen: eine «Blaupause» für andere Bundesländer?**

Im Dezember 2017 teilte das Hessische Kompetenzzentrum Extremismusprävention, ansässig im Innenministerium, allen Einrichtungen, die im Rahmen des Landesprogramms «Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus» im Folgejahr gefördert werden sollten, neue Zuwendungskonditionen mit: Bedingung für eine Förderung sei die Zustimmung, dass alle Mitarbeiter\*innen durch den Verfassungsschutz überprüft werden können. Nach breiter Kritik insbesondere von bereits geförderten Trägern einigten sich die Koalitionspartner CDU und Bündnis 90/Die Grünen darauf, diejenigen Einrichtungen auszunehmen, die zuvor bereits Landesmittel erhalten hatten. Diese Ausnahme bestätigte die neue Regel, die der hessische Innenminister wie folgt begründete: «Wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass keine Extremisten bei Projektträgern beschäftigt werden, die aus Mitteln unseres Landesprogramms finanziert werden. Es darf keinen Zweifel an der Zuverlässigkeit derer geben, die sich für Demokratie und gegen Extremisten einsetzen sollen. Sicherheitslücken können wir nicht zulassen». (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2017)

Die Kritik an diesem «Kompromiss» blieb schmaler und konnte schließlich auch nicht verhindern, dass die geheimdienstliche Überprüfung von Organisationen und ihren Mitarbeiter\*innen, die mit Landesmitteln Demokratie fördern wollen (sofern sie nicht bereits Landesmittel erhalten), seit 2018 ausdrücklich im novellierten Hessischen Verfassungsschutzgesetz (HVSG) verankert ist. Dort heißt es: «Das Landesamt darf Informationen einschließlich personenbezogener Daten, auch wenn sie mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden, an inländische öffentliche Stellen übermitteln, wenn der Empfänger die Informationen benötigt 1. zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit oder der Strafverfolgung, soweit die Übermittlung nicht nach Abs. 2 beschränkt ist, oder 2. zur Erfüllung anderer ihm zugewiesener Aufgaben, sofern er dabei auch zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beizutragen oder Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit oder auswärtige Belange zu würdigen hat, insbesondere bei [...] der anlassbezogenen Überprüfung der Zuverlässigkeit von Personen und Organisationen, mit denen die Landesregierung zusammenarbeitet aa) in begründeten Einzelfällen, bb) anlässlich der erstmaligen Förderung von Organisationen mit Landesmitteln, sofern diese in Arbeitsbereichen zur Bekämpfung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen tätig werden sollen, mit deren Einwilligung und der Möglichkeit zur Stellungnahme.» (§ 20 HVSG)

Kein sachlicher Anlass ist mehr für eine geheimdienstliche Sicherheitsüberprüfung nötig, sondern ein erstmaliger Förderantrag gilt bereits als legitimer «Anlass». Auch

bereits mit Landesmitteln geförderte Einrichtungen können «in begründeten Einzelfällen» sicherheitsüberprüft werden, ohne dass die Gründe näher definiert wären. Fraglich ist, ob Organisationen gefördert werden, die keine Einwilligung zur Überprüfung ihrer Mitarbeiter\*innen erteilen.

Das Gesetz greift tief in das Selbstbestimmungsrecht der beschäftigten Mitarbeiter\*innen ein, deren Einwilligung nicht erbeten oder vorausgesetzt wird. Mitarbeiter\*innen, die sich nicht durch den Verfassungsschutz überprüfen lassen wollen, werden kaum in Projekten zur Förderung von Demokratie tätig sein können, vielleicht werden sie es auch nicht wollen. Personalauswahl und -einsatz von Trägern werden sicherheitsbehördlich beeinflusst, mit allen Konsequenzen auch für die Qualitätssicherung der Arbeit. Inwieweit diese Regeln für die (potenziellen) Mitarbeiter\*innen transparent sind, bleibt offen. Für sie und für ihre Träger dürfte auch nicht auf der Hand liegen, dass es sich bei ihren Projekten zur Förderung von Demokratie aus Sicht des Landes Hessen um einen Arbeitsbereich «zur Bekämpfung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen» (§ 20 HVSG) handelt.

Das novellierte Hessische Verfassungsschutzgesetz beinhaltet weitere gravierende Grundrechtseinschränkungen, unter anderem einen ganzen Katalog von Anlässen zur Überprüfung von Menschen durch den Verfassungsschutz (u. a. alle Bewerber\*innen für den öffentlichen Dienst und alle Einbürgerungsbegehrenden). Das mit dem Hessischen Verfassungsschutzgesetz ebenfalls geänderte Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung sieht zusätzlich polizeiliche Zuverlässigkeitsprüfungen für Mitarbeiter\*innen unter anderem von Trägern «im Bereich der Extremismusprävention» vor. Auf «extremistisch motivierte Tätigkeiten (rechts/links/salafistisch)» sollten bereits alle Mitarbeiter\*innen in Flüchtlingsunterkünften, auch Sozialarbeiter\*innen, polizeilich überprüft werden – auf Wunsch des Landes Hessen, wie die Stadt Frankfurt nach Protesten des dortigen Netzwerks Soziale Arbeit mitteilte, die zum Ergebnis hatten, dass in Frankfurt keine Regelüberprüfungen mehr stattfinden (Frankfurter Rundschau 2018).

Die Ankündigung der neuen Förderpolitik hatte unmittelbare Folgen. Eine Frankfurter Lokalzeitung bezichtigte im Dezember 2017 eine renommierte Bildungsstätte, eine Mitarbeiterin zu beschäftigen, die «in der Autonomen-Szene aktiv» bzw. «bis vor Kurzem» gewesen sei (Gräber 2017). Im Februar 2018 schränkte die Zeitung ein, das inkriminierte ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiterin habe sich im «Umfeld der Autonomenszene» zugetragen. Das Landespolizeipräsidium habe die Mitarbeiterin überprüfen lassen wollen. «Stattdessen wurde sie versetzt. Die Mitarbeiterin ist nach Auskunft der Bildungsstätte nicht mehr in Projekten beschäftigt, die durch das Land Hessen finanziert werden.» (Frankfurter Neue Presse 2018) Behauptet wurden weder dienstrechtliche noch inhaltliche oder pädagogische Verfehlungen der Mitarbeiterin. Wie beim Radikalenerlass erprobt, reichten Kontaktthesen in den Kategorien der Sicherheitsbehörden, um Reaktionen in Gang zu setzen, die schließlich einer Mitarbeiterin die bisherige Berufsausübung versagten.

«Teile und herrsche», kommentierte Ingolf Seidel den Verhandlungserfolg bereits geförderter freier Träger, der nur sie selbst von den künftigen Regelüberprüfungen ausgenommen hat. Das Beispiel Hessen zeige, dass es «beim Extremismus-Konzept um die politische Delegitimierung einer nicht genehmen Gesinnung» gehe (Seidel 2019: 87, 89).

Bundesweit noch einmalig sieht der CDU-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag mit der neuen Linie der «Zuverlässigkeitsüberprüfung» eine bundesweite «Blaupause» geschaffen.<sup>7</sup>

### **Der Verfassungsschutz als Prüfinstanz der Gemeinnützigkeit auch von Bildungsträgern**

Die Abgabenordnung des Bundes bestimmt in Paragraph 51, dass bei Körperschaften «die im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als extremistische Organisation aufgeführt sind, widerlegbar davon auszugehen» sei, dass sie die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit nicht erfüllen. Der Absatz wurde 2008 nach Protesten gegen die Gemeinnützigkeit des neonazistischen Collegium Humanum (das später verboten wurde) eingefügt. Die Regierungskoalition (CDU/CSU und SPD) reagierte, indem sie das Gemeinnützigkeitsrecht zum Teil der «ganzheitlichen Strategie der Bundesregierung zur Bekämpfung extremistischer und terroristischer Organisationen» machte (Deutscher Bundestag, zit. n. Oppenhäuser 2012: 47). In der Folge wurden die Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern «zu einem entscheidenden Maßstab in Sachen Gemeinnützigkeit und das Wort «Extremismus» fand erstmals Verwendung in einem Gesetzestext, nämlich im Jahressteuergesetz 2008» (ebd.).

Im Jahr 2019 entzog das Finanzamt für Körperschaften des Landes Berlin der Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit, weil diese im bayerischen Verfassungsschutzbericht wiederholt als «linksextremistisch beeinflusst» dargestellt wurde. Die VVN-BdA sah sich «in ihrer Existenz bedroht». Nach vielen, auch internationalen Protesten revidierte das Finanzamt seine Entscheidung im März 2021 «nach eingehender Prüfung», da die Bundesvereinigung im Verfassungsschutzbericht des bayerischen Geheimdienstes nicht mehr als «extremistische Organisation» eingestuft sei (VVN-BdA 2012).

Im Jahr 2020 entzog das Finanzamt Hamburg der Marxistischen Abendschule Hamburg – Forum für Politik und Kultur e. V. und der Marxistischen Arbeiterschule e. V. wegen Erwähnung im Hamburger Verfassungsschutzbericht die Gemeinnützigkeit. Damit sind nun Vereine betroffen, deren Kernaufgabe Bildungsarbeit ist.

7 Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 12.12.2017 mit Aussagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Michael Boddenberg sowie des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Mathias Wagner. Die Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden zur bundesweiten Blaupause habe ich in meinem Gastbeitrag für die *Frankfurter Rundschau* «Innere Sicherheit überwältigt Demokratieprojekte», veröffentlicht am 8.1.2018, versehentlich dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen zugeschrieben, was ich hiermit korrigiere.

Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit aufgrund von Erwähnungen im Verfassungsschutzbericht betraf bereits 2012 den Frauenverband Courage e.V. in Wuppertal. In einer achtjährigen juristischen Auseinandersetzung erstritt der Verein 2020 die Gemeinnützigkeit zurück (Frauenverband Courage e.V. 2021). Das sind die Folgen, wenn dem Verfassungsschutz die Einschätzung überlassen wird, ob ein Verein gemeinnützig ist oder nicht. Ihre «Wiederlegbarkeit» ist keine Lösung. Die Allianz «Rechtssicherheit für politische Willensbildung» kritisiert die Umkehr der Beweislast als Umkehrung des Rechtsstaatsprinzips: «Feinde der Demokratie und der Menschenrechte sind nicht gemeinnützig. Doch in Paragraph 51 der Abgabenordnung wird die Beweislast umgedreht. Demnach müssen nicht Finanzamt oder Verfassungsschutz beweisen, dass ein [Verein, Anm. d. A.] verfassungswidrig handelt, sondern die Organisation muss ihre Verfassungstreue beweisen. Das ist praktisch unmöglich und eine Umkehrung des Rechtsstaatsprinzips. Wie soll ein Verein beweisen, dass er verfassungstreu ist außer durch einen Schwur? Der betroffene Verein weiß gar nicht, welche Beweise er widerlegen muss, da der Verfassungsschutz nur seinen Schluss veröffentlicht, aber nicht die Beweisführung. In einem Strafverfahren muss der Staat die Schuld beweisen, nicht der Beschuldigte seine Unschuld. Bei einem Vereinsverbot muss ebenso das Innenministerium gerichtsfest darlegen, warum ein Verein aufgelöst wird. In der Gemeinnützigkeit wird dies umgekehrt.» (Rechtssicherheit für politische Willensbildung 2019)

Die Allianz fordert deshalb, die formelle Regelung in Paragraph 51 Absatz 3 Satz 2 zu streichen. «Sonst sind gemeinnützige Organisationen von der unbewiesenen Einschätzung eines beliebigen Amtes für Verfassungsschutz abhängig.» (Ebd.)

## Literatur

- Baron, Philip/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian (Hrsg.) (2018): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit. Im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA), Düsseldorf, [www.idaev.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/publikationen/Reader/2018\\_IDA\\_Extremismusmodell.pdf](http://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/Reader/2018_IDA_Extremismusmodell.pdf).
- Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (Hrsg.) (2019): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): Begleitschreiben des BMFSFJ zum Zuwendungsbescheid im Rahmen der Bundesprogramme zur Extremismusprävention, 31.1.2014, [www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/anlage-zum-zuwendungsbescheid-neu-2014.pdf](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/anlage-zum-zuwendungsbescheid-neu-2014.pdf).
- BMI – Bundesministerium der Innern (2004): Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern Lutz Diwell, 4.3.2004, Berlin, <https://fragdenstaat.de/anfrage/ifg-anfrage-rundschreiben-des-bmi/93830/anhang/IFGAntrag2.pdf>.
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (2011): Drei Gutachten zur Extremismusklausel, Blogbeitrag, 21.6.2011, [www.politische-bildung-brandenburg.de/blog/drei-gutachten-zur-extremismusklausel](http://www.politische-bildung-brandenburg.de/blog/drei-gutachten-zur-extremismusklausel).

- Bundesverband Mobile Beratung (Hrsg.) (2019): Auf zu neuen Ufern. Warum Mobile Beratung und Politische Bildung mehr sein müssen als Extremismusprävention, Dresden, [www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2019/09/Auf-zu-neuen-Ufern\\_web.pdf](http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2019/09/Auf-zu-neuen-Ufern_web.pdf).
- Deutscher Bundestag (2018): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Überprüfung der Demokratieprojekte durch Sicherheitsbehörden des Bundes, Drucksache 19/1668, Berlin, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/020/1902086.pdf>.
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden.
- Forum kritische politische Bildung u. a. (2017): Appell an den Hessischen Landtag: Entziehen Sie dem Innenministerium die Zuständigkeit für die Förderung von Demokratieprojekten! Stimmen Sie dem Entwurf für das neue Verfassungsschutzgesetz nicht zu!, 11.12.2017, <https://akg-online.org/arbeitskreise/fkpb/appell-den-hessischen-landtag-entziehen-sie-dem-innenministerium-die>.
- Frankfurter Neue Presse (2018): «Es genügen Gerüchte». Extremismusverdacht Bildungsstättenleiter Mendel wehrt sich im Landtag gegen Überprüfung seiner Mitarbeiter, 9.2.2018.
- Frankfurter Rundschau (2018): Kein Zwang zum Zuverlässigkeitscheck, 20.4.2018.
- Frauenverband Courage e. V. (o. J.): Gemeinnützigkeit, <https://fvcourage.de/category/gemeinnuetzigkeit/>.
- Fuhrmann, Maximilian (2021): Extremismuskonzept: Funktion und Unzulänglichkeit, in: Fuhrmann, Maximilian/Schulz, Sarah (Hrsg.): Strammstehen vor der Demokratie. Extremismuskonzept und Staatsschutz in der Bundesrepublik, Stuttgart, S. 65–119.
- Gräber, Daniel (2017): Bildungsstätte (...) hat keine Berührungängste mit Linksradi-kalen, Frankfurter Neue Presse Online, 12.12.2017, [www.fnp.de/frankfurt/bildungsstaette-anne-frank-keine-beruehrungsangste-linksradi-kalen-10441511.html](http://www.fnp.de/frankfurt/bildungsstaette-anne-frank-keine-beruehrungsangste-linksradi-kalen-10441511.html).
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (2017): Änderungen in der Extremismusprävention geplant, Pressemitteilung, 12.12.2017.
- Huisken, Freerk (2012): Mobilisierung gegen Linksextremismus in deutschen Schulen: Eigentlich überflüssig?, in: Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohschneider, Tom (Hrsg.): Verfassungsscheißer? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem «Linksextremismus» umgehen, Hamburg, S. 57–70.
- Krieg, Deborah/Mendel, Meron (2019): «Das freche Kind» – der Extremismusbegriff als Beeinträchtigung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Interview der Herausgeber\*innen mit Meron Mendel und Deborah Krieg, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (Hrsg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin, S. 103–117.

- Oppenhäuser, Holger (2012): Ordnungen, Berichte, Klauseln und Bescheide. Zur Rolle der Exekutiv-Organen im Extremismus-Dispositiv, in: Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohschneider, Tom (Hrsg.): *Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem «Linksextremismus» umgehen*, Hamburg, S. 46–56.
- Rechtssicherheit für politische Willensbildung (2019): VVN-BdA verliert Gemeinnützigkeit: Beweislastumkehr widerspricht Rechtsstaats-Prinzip, Pressemitteilung, 22.11.2019, [www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/vvn-bda-verliert-gemeinnuetzigkeit/](http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/vvn-bda-verliert-gemeinnuetzigkeit/).
- Redeker/Sellner/Dahs Rechtsanwälte (2018): Schriftsatz des die Bundesregierung vertretenden Rechtsanwaltes Gernot Schiller, 14.12.2018, [https://fragdenstaat.de/anfrage/demokratie-leben-ueberpruefung-durch-den-verfassungsschutz/111548/anhang/20181214-schriftsatz-der-gegenseite\\_geschwaerzt.pdf](https://fragdenstaat.de/anfrage/demokratie-leben-ueberpruefung-durch-den-verfassungsschutz/111548/anhang/20181214-schriftsatz-der-gegenseite_geschwaerzt.pdf).
- Rhein, Katharina (2019): Politische Bildung als positiver Verfassungsschutz? Über ein deprimierendes Demokratieverständnis, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (Hrsg.): *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*, Berlin, S. 75–84.
- Schulz, Sarah (2012): Die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre Feinde. Anmerkungen zur Autorität des Rechts, Working Paper Contested Order Nr. 4, Leipzig.
- Seidel, Ingolf (2019): Extremismus – Ein Konzept zur Lähmung des Kampfes gegen rechts, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (Hrsg.): *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*, Berlin, S. 87–101.
- Verwaltungsgericht Dresden (2012): «Extremismusklausel» ist rechtswidrig, Pressemitteilung, 25.4.2012, <https://research.wolterskluwer-online.de/news/817443bf-5887-4358-a870-ca1c5d899a4f>.
- VVN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (2021): Finanzamt rudert zurück. VVN-BdA ab 2019 wieder gemeinnützig!, Pressemitteilung, 24.3.2021, <https://vvn-bda.de/finanzamt-rudert-zurueck-vvn-bda-ab-2019-wieder-gemeinnuetzig/>.
- Weimarer Erklärung für eine demokratische Bildungsarbeit (2019): Weimarer Erklärung über die Grundlagen und Aufgaben historischer, politischer und kultureller Bildung, [www.weimarer-erklaerung.de/](http://www.weimarer-erklaerung.de/).

Nils Schuhmacher

## **RECHTER KULTURKAMPF UND EXTREMISMUSPRÄVENTION ODER: ZWEI SEITEN WELCHER MEDAILLE?**

### **«Druck von rechts»**

Zur Begleitmelodie der parlamentarischen Erfolge der AfD gehören diskursive Geländegewinne des rechten Lagers und zunehmend offensiv vorgetragene Angriffe auf entgegengesetzte politische Positionen. Ein großer Teil dieses Geschehens spielt sich in der Sphäre der Zivilgesellschaft ab bzw. betrifft diese direkt. Berührt werden dabei neben explizit politischen Themen vielfach solche, die auf «Kultur» verweisen. Dieser Begriff lässt sich auf zwei Ebenen verorten: Er bezieht sich auf «die Art, wie die sozialen Beziehungen einer Gruppe strukturiert und geformt sind» und auf «die Art, wie diese Formen erfahren, verstanden und interpretiert werden» (Clarke u. a. 1981: 41). Kultur umfasst also Wissen, Glauben und Handeln (vgl. Goodenough 1964; Geertz 2002) genauso wie die Struktur, in der sich die Selbstverständlichkeiten und Richtungen von Wissen, Glauben und Handeln ausbilden (vgl. Hall 1986: 39).

Entsprechend weit ist damit auch der Terminus des «Kulturkampfes von rechts» auszulegen, nämlich als kontinuierlicher Versuch, Möglichkeitsbereiche zu verschieben und entsprechende politisch-kulturelle Selbstverständlichkeiten zu etablieren. Aktuelle Formen dieses Kampfes werden von einer wachsenden Zahl an Studien und Darstellungen thematisiert. Untersucht werden neben rechten Einflussnahmen auf die «organisierte Zivilgesellschaft» (Schroeder u. a. 2020) im Ganzen auch solche, die sich auf konkrete Bereiche wie Populärkultur (VdK/MBT 2019), Jugendpolitik (Hafenegger u. a. 2020), verschiedene Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung (Gille/Jagusich 2019; Gille u. a. 2021; Schuhmacher u. a. 2021) sowie den Bereich der «Demokratieförderung» (Andersch u. a. 2019) beziehen.<sup>1</sup> Die Autor\*innen dieser Studien bilanzieren einen wachsenden gesellschaftspolitischen

1 Ein besonderes Feld, auf das ich hier nicht näher eingehe, ist die Arbeitswelt; vgl. dazu Becker u. a. (2018).



Druck von rechts und beschreiben Verknüpfungen und faktisches Zusammenwirken zwischen unterschiedlichen Gruppen dieses Lagers – das vom Neonazismus bis hin zu wie auch immer großen Teilen der AfD reicht. Unter Legitimationsdruck geraten in diesem Zuge fachliche Konzepte, Ausrichtungen der Arbeit und politische Positionierungen gleichermaßen. Dabei ist es insbesondere ein Geländegewinn der AfD, in den vergangenen Jahren Begriffe wie «politische Neutralität» und «Linksextremismus» aufgenommen, geformt und in überdehnter Gestalt in die Debatten der politischen «Mitte» zurückgespielt zu haben (aus der das Personal der Partei im Übrigen mehrheitlich ja auch stammt).

Gerade im Bereich der (sozial-)pädagogischen, in Teilen auch der bildnerischen Praxis zeigt sich zugleich, dass das Bild der Einflussnahme von außen letztlich zu kurz greift, worauf in den meisten Studien auch hingewiesen wird: Erstens sind die konzeptionellen Selbstbeschreibungen der Arbeitsfelder nicht deckungsgleich mit den individuellen Einstellungen der dort Tätigen; zweitens gehören rechte Positionierungen zum Alltag vieler Fachkräfte der Sozialen Arbeit, einfach weil sie von manchen Adressat\*innen vertreten werden; drittens reicht oft bereits die diskursive Geltungskraft von rechter Seite gesetzter Themen und entsprechender Sichtweisen, um «Verunsicherungen» (Haase u. a. 2020) bei Fachkräften zu erzielen, es bedarf also gar keiner Angriffe; viertens führt diskursive Wirkung auch zu Gewöhnungseffekten, sodass es oft kein skandalöses Ereignis, aber schleichende Entwicklungen gibt.

Darüber hinaus besteht Anlass zu der Frage, in welchen größeren gesellschaftspolitischen Kontext diese Szenarien eingeordnet werden können. Wie hängen sie zusammen mit grundlegenden Auseinandersetzungen über das Verständnis von Demokratie? Wie mit Prozessen, in denen politische Positionen staatlicherseits oder aus der «Mitte» heraus als problematisch markiert und dann außerhalb eines «gesellschaftlichen Konsenses» gestellt werden? Dreh- und Angelpunkt für damit verbundene Ausschlüsse und Problembearbeitungen sind hier traditionell der Begriff des Extremismus sowie der im Kontext programmgebundener Demokratieförderung gesetzte Terminus der Radikalisierungs- oder zunehmend auch wieder Extremismusprävention. Aufgrund ihrer Ausrichtung finden sich in den genannten Studien keine direkten Antworten auf diese Fragen. Trotzdem beschreiben die jeweiligen Autor\*innen Vorgänge, die zuweilen in ihrem Dunstkreis liegen. Mögliche Zusammenhänge im Sinne eines mehr als nur zeitlich parallelen Aufkommens werde ich im Folgenden auf zwei Linien entfalten: antiextremistische Interventionen aus der politischen Mitte sowie programmatische Mobilisierungen der Zivilgesellschaft. Betrachtet man diese – insgesamt also drei – Linien gemeinsam, trifft man auf nichts anderes als ein widersprüchliches, in jedem Fall uneinheitliches und unzusammenhängendes Bild. Dennoch, so meine Annahme, lohnt sich der (Über-)Blick, weil er deutlich macht, dass Angriffe auf das Demokratische und Konflikte um das Verständnis des Demokratischen in einem komplexen Wechselverhältnis zueinander stehen.

## **Interventionen, Steuerungen und programmatische Mobilisierungen**

Mein Ausgangspunkt ist eine analytische Unterscheidung, die aus unserer Studie zu politischen Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit stammt (Schuhmacher u. a. 2021).<sup>2</sup> Wir differenzieren hier zwischen politischen Angriffen (als Intervention) und politisch-administrativen Einflussnahmen (als Steuerung). Unter Steuerung fallen unserem Verständnis nach Handlungen, die sich auf das Arbeitsfeld als solches beziehen. Im Vordergrund stehen damit fachliche oder fachpolitische Zwecke. Damit kommt Steuerung von innen. Sie umfasst das administrative Miteinander zwischen Kostenträgern, Trägern, Einrichtungen und den einzelnen Mitarbeitenden in einem fachpolitischen Kontext. Sie drückt sich zugleich auch in Gestaltungen durch politische Akteur\*innen aus, die in Fachausschüssen und parlamentarischen Vertretungen Entscheidungen über oder in Bezug auf die Praxis fällen. Drittens wird Steuerung in starkem Maße als Teil des beruflichen Alltags erlebt. Sie ist letztlich der Normalfall für Träger, Einrichtungen und Fachkräfte der Praxis. Viertens wird Steuerung von allen Beteiligten als an sich legitime Strukturierung des Feldes eigenen professionellen Handelns angesehen und damit zumindest im Grundsatz (wohl oder übel) akzeptiert. Zum Teil (wie in den Jugendhilfeausschüssen, Arbeitsgruppen, Beiräten und dergleichen) ist die Praxis auch direkt in Steuerungsgeschehen involviert. Fünftens sind Steuerungen damit implizit politisch. Sie berühren politische Fragen und Sachverhalte, die Konflikte werden jedoch vorrangig im Gewand der Fachpolitik ausgetragen und verbleiben in der Regel auch im System der jeweiligen Praxis (vgl. ebd.: 10).

In politischen Interventionen drückt sich eine andere Logik aus. Erstens hat man es hier mit Handlungen zu tun, die das Arbeitsfeld vornehmlich als Kulisse behandeln. Sie beziehen sich zwar auf das jeweilige Feld, allerdings mit sehr unterschiedlichem fachlich-konzeptionellen Tiefgang und unterschiedlichen Interessen für fachliche Eigenheiten. So lässt sich jedenfalls aktuell nicht sagen, dass rechte Angriffe auf die (sozial-)pädagogische Praxis mit kohärenten eigenen Bildungs- und Pädagogikkonzeptionen verbunden werden. Qualitativ liegt die Differenz zu Steuerungen darin, dass es nicht einfach um Kontrolle (und graduelle Veränderung), sondern um substantielle Veränderung (meist im Sinne der Abschaffung/Beendigung eines Angebots oder Zustands) geht. Zweitens kommt Intervention von innen und außen. Typisch ist, dass hier auch oder in besonderem Maße Akteure auftreten, die zum einen politisch motiviert, zum anderen nicht zwingend Teil der fachlichen Aushandlungsprozesse sind. Drittens weist ein solches Geschehen über das «Normale» und Gewohnte hinaus und wird von den Betroffenen damit als Sonderfall empfunden. Viertens verweisen politi-

2 Die bundesweit durchgeführte nicht repräsentative Studie basiert auf 262 Datensätzen, davon 191 Rückmeldungen sowie weitere 71 selbst recherchierte Fälle, in denen uns aus unterschiedlichen Gründen keine ausgefüllten Fragebögen erreicht haben. In 196 Fällen sind eigene Interventionserfahrungen dokumentiert, in 66 Fällen war dies nicht der Fall.

sche Interventionen auf ein geringeres Maß an Anerkennung des jeweiligen Ein- oder Angriffs, also auf eine strittige Legitimität. Fünftens entstehen explizite Bezüge auf Politik und das Politische. Entweder wird sich auf politische Sachverhalte berufen oder Sachverhalte werden politisiert. Das heißt, dass sich in diesen Arten der Einflussnahme ein öffentlicher Konflikt zwischen Interessen abbildet und diese Interessen in übergreifender Weise auf Werte und Normen einer Organisation oder in einer Gesellschaft verweisen (vgl. ebd.: 10 f.). Politische Interventionen sind damit bewusste Machtaktionen zur zielgerichteten Einflussnahme,<sup>3</sup> die durch drei Aspekte gekennzeichnet sind: Die Machtaktionen sind mit der Intention der Delegitimierung der anderen Seite und der Selbstlegitimierung verbunden; ihre Legitimität ist umstritten; es entstehen enge Bezüge zu übergeordneten politischen Themen und Konflikten.

Es handelt sich also um zwei unterschiedliche Formen, mit denen «regiert», das heißt, «das Feld eventuellen [und tatsächlichen, Anm. d. A.] Handelns der anderen» strukturiert wird (Foucault 1987: 255). In der Praxis zeigt sich wenig überraschend, dass sich diese beiden Formen der Regulation von Handlungsfeldern nicht immer genau auseinanderhalten lassen. Weder ist im Einzelfall klar, wo die Steuerung endet und die Intervention beginnt, noch handelt es sich um ein bloßes Entweder-oder. Steuerungen können als politische Eingriffe erlebt werden und besitzen häufig auch einen kaum kaschierbaren politischen Kern. Hinzu kommt, dass politische Interventionen und Steuerungen in vielen Fällen gemeinsam auftreten.

Mein zweiter Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass sich nur ein Teil des Dreiecksverhältnisses zwischen Staat, Politik und Zivilgesellschaft in diesen beiden Modi abbilden lässt. Jedenfalls ist das Verhältnis komplexer geworden, seit es einen – stetig wachsenden – Bereich programmgeförderter Spezialprojekte zur Förderung von Demokratie und zur Prävention politischer «Abweichungen» gibt. An ihnen – und in einem nächsten Schritt an ihren Vermittlungen in die (sozial-)pädagogischen Regelstrukturen hinein – zeigt sich eine dritte Logik, die sich als programmatische Mobilisierung bezeichnen lässt. Wie die Geschichte der Bundesprogramme zeigt, führt programmatische Mobilisierung zu engeren Einbindungen zivilgesellschaftlicher Akteure (und damit gleichzeitig zu größerer institutioneller Sichtbarkeit, aber faktisch auch zu größerer Abhängigkeit). Die Folge ist ein veränderter Modus, in dem zwischen Staat und Zivilgesellschaft Interessen ausgehandelt, Beziehungen gestaltet, politische Bedarfe formuliert und Positionen vertreten werden.

Für das hier behandelte Thema ist zweierlei von Bedeutung: Zum einen enthalten programmatische Mobilisierungen stets spezifische Problemkonstruktionen, normative Botschaften und Normierungsabsichten. Diese erreichen aber weder jede Ecke der Praxis noch sind sie in ihrem Geltungsanspruch total, das heißt, sie gewähren ein bestimmtes Maß an Pluralität. Zugleich sind die Inhalte, Themen, Begriffe und

3 Nicht zufällig haben wir den Begriff der «Machtaktion» der Gewaltdefinition von Popitz (1992) entnommen.

Richtungen dieser Mobilisierungen veränderbar, wie nicht zuletzt die wechselvolle Geschichte der Bundesprogramme seit 1992 zeigt. Diese Veränderungen sind das Ergebnis sich verändernder parteipolitischer Kräftekonstellationen sowie erfolgreichen Agenda Settings zivilgesellschaftlicher Akteure. Sie sind also nicht nur Empfänger von Aufträgen und Geld, sondern nehmen ihrerseits auch Einfluss auf die Gestaltung.

Zum anderen erzielen programmatische Mobilisierungen Effekte, die weit über die Programmkontexte hinaus in Regelstrukturen und gesellschaftliche Problemdiskurse abstrahlen. Bereits die diskursive Setzung von Begriffen in solchen Programmen sorgt dafür, dass diese sich in schnellster Zeit in der Fläche verankern. Besonders eindrucksvoll zeigt sich das aktuell am paradigmatischen Begriff der Radikalisierung und am Begriffspaar Extremismus und Extremismusprävention. Die in diesem Zuge entstehende antiextremistische Präventionsstimmung erzeugt nicht nur einen spezifischen Druck auf Felder der Jugend(-bildungs-)arbeit, sich entsprechenden Strategien anzupassen (vgl. Baron u. a. 2018). Sie kann als «Flankeneffekt» auch dazu beitragen, dass Interventionen gegen kritische, alternative und eigensinnige Ansätze der Jugend- und Kulturarbeit an Intensität gewinnen oder überhaupt stattfinden.

### **Antiextremistische Interventionen aus der politischen Mitte**

Unsere Studie, in der wir mit der regelgeförderten Jugend(-bildungs-)arbeit nur ein Teilstück der Praxis in den Blick genommen haben, zeigt, dass Interventionen von rechts außen zu Verengungen der Handlungs- und Freiräume der betroffenen Einrichtungen beitragen. Allerdings entstehen solche Effekte nicht einfach durch die Angriffe selbst, sondern vor allem dann, wenn die Erzeugung einer Problemstimmung durch weitere politische und behördliche Akteure mitgetragen wird (vgl. Schuhmacher u. a. 2021: 50 ff.; Zimmermann u. a. 2021). Angriffe können gewissermaßen verpuffen, wo rechte Akteur\*innen auf sich allein gestellt bleiben. Genauso aber potenzieren sie sich, wo bei Dritten ähnliche Problembilder existieren oder diese Problembilder aus anderen Gründen akzeptiert und aufgenommen werden.

Bekanntlich wird der «Linksextremismus»-Frame vonseiten der Rechten im Sinne der Feindbildlogik regelhaft überdehnt. Seine Überzeugungskraft bleibt eher gering, wo er die ganze Bandbreite parteilicher jugendarbeiterischer Praxis negativ etikettiert. Anders liegt die Sache, wo diese Semantik auf Teilstücke der Jugendarbeitsrealität abzielt, die auch anderen Akteuren als «polarisierend», störend, problematisch und schließlich als «extremistisch» gelten: Sie bezieht sich dann auf linke politische Gruppen, die Einrichtungen nutzen, auf explizite antifaschistische und staatskritische Positionierungen von Einrichtungen und Besucher\*innen oder auf Angehörige alternativer Jugendkulturen, die Räume aktiv mitgestalten. An solchen Punkten entfaltet sich in einer Reihe von Fällen ein komplexes Geschehen, das wir als Co-Interventionen bezeichnen. Die Komplexität ergibt sich aus mehreren Faktoren: Erstens treten Akteur\*innen aus bürgerlichen Parteien sowie Behörden und (Fach-)Ämtern mit ihren eigenen Logiken, Anliegen und Positionen hinzu, zweitens verbinden sich

Interventionen mit Steuerungen und drittens wird eine diffuse, grob an sicherheitsbehördlichen Definitionen orientierte Extremismusvorstellung zur Richtschnur der Betrachtung.

Im Detail folgen Co-Interventionen unterschiedlichen Dynamiken und Motiven. Dabei spielt vor allem auch der spezifische lokale Kontext eine Rolle, in dem darüber entschieden wird, welche Positionen bereits als «problematisch» gelten. Es finden sich Fälle, in denen Problemsetzungen, Begriffe und Skandalisierungen rechter Akteur\*innen schlicht übernommen werden. Genauso aber gibt es Begebenheiten, in denen es einer direkten Beteiligung der äußersten Rechten gar nicht bedarf. Schließlich existieren Interventionen auch in Form fachbehördlicher Aufforderungen zur «Zurückhaltung» und «Neutralität», mit denen der politische Druck von rechts reaktiv oder vorbeugend abgefedert werden soll. Auch wenn die Motive und Haltungen der Intervenierenden also unterschiedlich sind (und, wie sich vor allem an der letzten Form zeigt, auch Unsicherheiten eine Rolle spielen), erzeugen diese Co-Interventionen bei den Betroffenen ähnliche Effekte: Sie verkleinern den Korridor des politisch und kulturell Tolerierten – zum Nachteil demokratischer, emanzipatorischer und parteilicher Jugendarbeit. Dies gilt in besonderer Weise für die (insgesamt nur noch wenigen) Einrichtungen, die sich in einer Tradition alternativer selbstverwalteter Jugendarbeit verorten. Allerdings zeigen die Fälle unseres Samples zugleich, dass sich über die Extremismusmarkierung in einer Art Verstärkerkreislauf auch das Feld der Betroffenen weitet: Bestimmte Positionierungen werden schneller als «abweichend» und «problematisch» wahrgenommen und das «Abweichende» und «Problematische» wird zugleich schneller als «extremistisch» oder «extremismusnah» markiert.

### **Programmatische Mobilisierungen der Zivilgesellschaft**

In den zeitlichen Kontext unserer Erhebung fällt eine Entwicklung, die sich nicht direkt in unseren Befunden abbildet, die aber für das Gesamtbild von Bedeutung ist. Die Rede ist von der bereits erwähnten extremismustheoretischen Wende in der Präventionsarbeit. Diese Wende findet ihren Ausdruck vor allem im Kontext der «Spezialstrukturen» der Prävention, worunter die Programmlandschaft der Demokratieförderung genauso fällt wie die Landschaft (sicherheits-)staatlicher Extremismusbekämpfung. Gleichwohl bleiben diese Debatten nicht auf diesen Rahmen beschränkt, sondern fließen in den Bereich der Regelförderung ein, die in der Konzeption von Präventionsarbeit als eine Art Endabnehmer von Strategien firmiert.

Eine bereits seit Langem diskutierte Frage ist hier, inwieweit Jugend(-bildungs-)arbeit überhaupt für Prävention zuständig ist (vgl. Ziegler 2016). Eine relativ neue Frage ist, inwieweit sie vom Problemsetzungsdiskurs zu einem «Linksextremismus» genannten Themenfeld betroffen und beeinflusst ist. Explizit wurde der «Linksextremismus»-Diskurs 2010 über ein entsprechendes Bundesprogramm programmatisch verankert. Bemühungen, eine dazugehörige Praxis zu entwickeln, gestalten sich bis heute schwierig, haben allerdings seit den Protesten gegen den G-20-Gipfel in Hamburg 2017

einen offensichtlichen Schub erfahren. Dieser Schub macht auf die politische Setzungsmacht staatlicher Akteure und Programme aufmerksam. Er unterstreicht aber auch, dass entsprechende Setzungen überhaupt erst dann praktische Relevanz erhalten, wenn sie nicht nur von politischer und staatlicher Seite eingeführt, sondern von intermediären Instanzen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgenommen werden.

In (sozial-)pädagogischen Praxisfeldern selbst ist in der Regel nicht von «Extremismus»-Problemen die Rede, sondern von konkreten Herausforderungen, die sich etwa auf Rassismus, die extreme Rechte, auf «Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit» oder auch Islamismus beziehen. Praxisimpulse bezüglich der Notwendigkeit, sich mit etwaigem «Linksextremismus» zu beschäftigen, spielen hingegen keine Rolle. Auch in unserer Studie wird deutlich, dass es sich um einen von außen herangetragenem Begriff handelt.

Nichtsdestotrotz verankert sich der Problemsetzungsdiskurs auf indirekte und direkte Weise in der Praxis. Indirekt vollzieht sich dies im Kontext «phänomenübergreifend» angelegter bzw. alle Phänomene «politischer Abweichung» gleichermaßen einschließender Strategien der programmgebundenen Extremismusprävention. Evaluator\*innen, Wissenschaftler\*innen und Fachkräfte agieren hier in einem Kontext, der bestimmte Problemkonstruktionen («Extremismus») als übergeordnete Rahmung setzt (vgl. exemplarisch Ben Slama/Kemmesies 2020). Entscheidend ist dann, in welchem Maße sie in der Lage (oder gewillt) sind, diesen übergeordneten Problemkonstruktionen eigene entgegenzusetzen, und wie diese eigenen Positionen wahrgenommen werden.

Direkte Verankerungen stehen in Verbindung mit Versuchen, die Problembegriffe «Linksextremismus» bzw. «linke Militanz» und entsprechende Präventionsstrategien in den Feldern der Jugendarbeit und der politischen Bildung zu etablieren (vgl. Meinhardt/Redlich 2020). In diesen Rahmen fallen auch wissenschaftliche Untersuchungen und behördliche Befragungen zu etwaigen Bedarfen der Praxis (Rambøll Management 2019; Treskow/Baier 2020) sowie erste thematisch zugeschnittene Strategien (FHH 2019). Diese und ältere Veröffentlichungen zeigen im Großen und Ganzen, dass vonseiten der Praxis keine Handlungsbedarfe gesehen werden, die den begrifflichen Problemsetzungen von «Linksextremismus» entsprechen. Auch existiert hinsichtlich der gewählten Begriffe und der ausgemachten «Problemdimensionen» innerhalb der existierenden Konzepte ein alles andere als einheitliches Bild.

Es lohnt sich an dieser Stelle ein Gedankenexperiment zum Extremismusparadigma. Es bezieht sich zunächst konkret auf den Bereich der «Linksextremismus»-Prävention und weitet sich dann auf den gesamten Bereich einer am Leitbegriff der (extremistischen) Abweichung orientierten Präventionsprogrammatik.

Zum Ersten zeigt auch unsere Studie beispielhaft, dass eine extremismustheoretische Perspektive faktisch einen Problemsetzungsdiskurs «Linksextremismus» stärkt. Dies ergibt sich bereits aus dem simplifizierenden Bild eines von verschiedenen «Rändern» bedrohten demokratischen Innenraums, das zu dem Zwang führt, diese «Rän-

der» auch füllen zu müssen. Im Ergebnis werden völlig unterschiedliche Phänomene auf derselben Ebene betrachtet, was faktisch nur zu Dramatisierungen auf der einen und Verharmlosungen auf der anderen Seite führen kann. Im Gefüge der Extremismusprävention entsteht wiederum konsequenterweise der Effekt, dass Betroffene von delegitimierenden Einflussnahmen und Angriffen gleichzeitig als (potenzielle) Problemgruppen charakterisiert werden müssen. Dies kann entweder ganze Einrichtungen betreffen oder aber die Fachkräfte dazu anhalten, ihre Parteilichkeit gegenüber den Adressat\*innen aufzugeben und sie stattdessen als Zielgruppen präventiver Veränderungsstrategien zu behandeln. So oder so steht im Ergebnis dieser Verschiebung nicht mehr ein Ringen um verschiedene Konzepte des Demokratischen zur Debatte, sondern es werden ausgehend von einem etatistisch verengten Demokratieverständnis jene einer negativen Doppelmarkierung unterzogen, die diesem Verständnis zuwiderlaufen.

Zum Zweiten zeigt sich, dass Begriffe wie Extremismus und Radikalisierung zwar an vielen Stellen aufgrund ihres normativen und sozialwissenschaftlich wenig belastbaren Charakters kritisch gesehen werden. Allerdings beeinflussen politische Vorgaben diskursive und programmatische Rahmungen insbesondere im Feld der «Präventions-Akteur\*innen» das jeweilige Handeln. Dies ist umso mehr der Fall, je enger zivilgesellschaftliche Akteure über kooperative Settings, Finanzierung und programmatische Rahmung mit staatlichen Akteuren verwoben sind. Als Teil einer «subventionierten Zivilgesellschaft» (Strachwitz u. a. 2020: 267) stehen sie unter einem vergleichsweise starken Druck, sich allein «wegen der Sorge um die Kontinuität der Subventionen (und Kontrakte) mit dem Staat [zu] arrangieren» (ebd.: 267f.). In manchen Fällen lässt sich aufgrund dieser operativen Verstrickungen auch kaum mehr davon sprechen, dass entsprechende Einflüsse «von außen» stammen. Vielmehr kommt aufgrund des Zusammenspiels von ökonomischem Druck, struktureller Involviertheit und Finanzierungsgelegenheiten ein Prozess der eigenläufigen Problemkonstruktion in Gang, in dem immer neue Felder erschlossen und politische Bedarfe bedient werden.

Zum Dritten beeinflusst der Extremismuskonzept auch das Feld der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Zu erinnern ist daran, dass sich dieses Feld in einer relativen Staatsferne entwickelt hat. Diese Tradition zeigt sich etwa daran, dass ganz überwiegend eine klare Abgrenzung von extremismustheoretischen Perspektiven vorgenommen wird, dass Rassismus und extreme Rechte nicht als gesellschaftliche Randphänomene verhandelt werden und bis heute eine relativ klare praktische Trennung zwischen zivilgesellschaftlichen und (sicherheits-)behördlichen Strukturen besteht. Allerdings werden die kritischen Konturen einer solchen Sicht in dem Maße abgeschliffen, wie das Extremismusparadigma zur diskursiven Leitlinie wird und staatszentrierte Konzeptionen einer «wehrhaften Demokratie» den Bezugspunkt der Debatte darstellen.

## Demokratie als umkämpfter Raum

Um auf den Titel des Beitrags zurückzukommen: Rechter Kulturkampf und Extremismusprävention sind nicht zwei Seiten derselben Medaille. Es handelt sich aber eben auch nicht um Phänomene, die einander gegenüberstehen. Ihre möglichen Zusammenhänge erschließen sich von der Wirkung her, die diese Techniken auf das Feld gesellschaftskritischer eigensinniger pädagogischer und bildnerischer Praxis haben.

Angriffe von rechts stellen eine Herausforderung für den gesamten Bereich menschenrechtlich orientierter pädagogischer und kultureller Arbeit dar. Allerdings lässt sich von einem Angriff von außen vielerorts schon deshalb nicht sprechen, weil Teile der Protagonist\*innen keine politischen Randfiguren mehr sind, sondern in Gestalt der AfD relevante Wählergruppen repräsentieren, sich selbst als Teil der «Mitte» betrachten und so in der lokalen Kultur auch wahrgenommen und behandelt werden.

Die Mobilisierung des Extremismusparadigmas stellt auch eine politische Antwort auf die wachsende Stärke des rechten Lagers dar. Es handelt sich allerdings um eine Antwort, in der sich vor die Frage nach der inneren Verfasstheit des Demokratischen eine staatszentrierte und formalistische Vorstellung des Demokratischen schiebt. Kein Zufall ist es in diesem Zusammenhang, dass der Begriff der Extremismusprävention gesetzt wird und zunehmend die Diskussion über «phänomenübergreifende» Strategien in den Vordergrund rückt.

Im Zusammenspiel dieser beiden Ebenen können die Unterschiede zwischen Interventionen, Steuerungen und Mobilisierungen verwischen. Was an der einen Stelle ein Angriff von rechts ist, bedeutet an der nächsten Stelle eine steuernde Einflussnahme gegen Extremismus, während an einer dritten Stelle unbequeme Artikulationen von Einrichtungen und Nutzer\*innen ein Fall für präventive Maßnahmen wären.

Natürlich ist der Extremismuskurs kein neues, sondern ein wellenförmig auftretendes Phänomen. Es ist auch daran zu erinnern, dass sich bereits in der Vergangenheit verschiedene Maßnahmen im Kontext der Programmförderung dezidiert gegen unerwünschte des «Linksextremismus» verdächtige Bestrebungen richteten: sei es die sogenannte Demokratieerklärung oder die Sicherheitsüberprüfung von Projektmitarbeiter\*innen durch den Verfassungsschutz. Ebenfalls lässt sich kaum von einer umfassenden Durchsetzung des Extremismusparadigmas sprechen. Um dies festzustellen, reicht ein Blick auf die inhaltlich plurale Landschaft von Projekten und die Vielzahl dort vorzufindender kritischer Positionen und Ansätze.

Allerdings deutet sich in den aktuellen Entwicklungen an, dass sich die Räume für staatsdistanzierte und gesellschaftskritische Positionen in den institutionellen Gefügen von Programmen und Regelstrukturen an manchen Stellen verkleinern. Im Kontext der Programmförderung entstehen diese Verengungen durch die wachsende Geltungskraft einer «phänomenübergreifend» angelegten Extremismus- und Radikalisierungsdiskussion, durch Tendenzen eines kooperativen Zusammenwirkens zwischen zivilgesellschaftlichen und (sicherheits-)behördlichen Akteuren sowie durch Konzentrationsprozesse im Feld der Zivilgesellschaft selbst, in deren Folge die Plura-



lität von Positionen und Akteuren abzunehmen droht. Im Kontext der Regelstrukturen entwickeln sich diese Verengungen durch die Idee der stärkeren Einbindung in präventive Maßnahmen der «Extremismusbekämpfung» nach Maßgaben, die im Wesentlichen im Feld der Programmförderung entworfen werden.

Zurück zum Wissen, Glauben und Handeln und der Struktur, in der sich die Selbstverständlichkeiten und Richtungen von Wissen, Glauben und Handeln ausbilden. Es ist angesichts dieser Entwicklungen naheliegend, nicht nur den «Kulturkampf von rechts» im Blick zu haben, sondern auch die Auseinandersetzung um Formen des Demokratischen als Kulturkonflikt zu verstehen. In diesem Konflikt wird ausgehandelt, welches Maß an Dissens toleriert wird und welche Inhalte dabei als demokratiegefährdend oder als demokratieförderlich zu betrachten sind. Spätestens hier wird deutlich, dass das Bild eines Angriffs der Rechten auf die Demokratie nur einen Ausschnitt darstellt und die alleinige Fokussierung auf diesen Ausschnitt das Risiko birgt, die konflikthaften inneren Formungen des Demokratischen, den Kampf um das Verständnis von Demokratie aus dem Blick zu verlieren.

## **Literatur**

- Andersch, Steffen/Bohn, Irina/Karpf, Michael (2019): Umgang mit dem Phänomen der Shrinking Spaces in den Partnerschaften für Demokratie. Handreichung, Frankfurt a. M.
- Baron, Philip/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian (Hrsg.) (2018): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, Düsseldorf.
- Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spierek, Peter (Hrsg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Frankfurt a. M.
- Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe (Hrsg.) (2020): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden.
- Clarke, John/Hall, Stuart/Jefferson, Tony/Roberts, Brian (1981): Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: Clarke, John/Hall, Stuart/Jefferson, Tony/Roberts, Brian (Hrsg.): Jugendkultur als Widerstand, Frankfurt a. M., S. 39–132.
- FHH – Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2019): Konsequenzen aus den gewalttätigen Ausschreitungen während des G20-Gipfels zugleich Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 26. September 2018, Drucksache 21/14466, Ziffer I.6, Hamburg.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht, in: Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (Hrsg.): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Frankfurt a. M., S. 241–260.
- Geertz, Clifford (2002): Dichte Beschreibung: Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a. M.
- Gille, Christoph/Jagusch, Birgit (2019): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW. Exemplarische Analysen, Düsseldorf.

- Gille, Christoph/Jagusch, Birgit/Chehata, Yasmine (Hrsg.) (2021): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit, Weinheim/München.
- Goodenough, Ward H. (1964): Cultural Anthropology and Linguistics, in: Hymes, Dell H. (Hrsg.): Language in Culture and Society. A Reader in Linguistics and Anthropology, New York, S. 36–39.
- Haase, Katrin/Nebe, Gesine/Zaft, Matthias (Hrsg.) (2020): Rechtspopulismus – Verunsicherungen der Sozialen Arbeit, Weinheim/München.
- Hafenerger, Benno/Jestädt, Hannah/Schwerthelm, Moritz/Schuhmacher, Nils/Zimmermann, Gillian (Hrsg.) (2020): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will, Frankfurt a. M.
- Hall, Stuart (1986): Cultural Studies: Two Paradigms, in: Collins, Richard/Curran, James/Garnham, Nicholas/Scannell, Paddy/Schlesinger, Philip (Hrsg.): Media, Culture and Society. A Critical Reader, London, S. 33–48.
- Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.) (2020): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt a. M.
- Popitz, Heinrich (1992): Phänomene der Macht. 2., stark erweiterte Auflage, Tübingen.
- Rambøll Management (2019): Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein. Wissenschaftliche Studie, Hamburg.
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster, hrsg. von der Otto-Brenner-Stiftung, Arbeitsheft 102, Frankfurt a. M.
- Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz/Zimmermann, Gillian (2021): Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Tübingen.
- Strachwitz, Rupert Graf/Priller, Eckhard/Triebe, Benjamin (2020): Handbuch Zivilgesellschaft, Bonn.
- Treskow, Laura/Baier, Dirk (2020): Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen Linksextremismus in Niedersachsen, seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung sowie seiner generellen und spezifischen Prävention, Zürich/Hannover.
- VdK – Verein für demokratische Kultur in Berlin/MBT – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.) (2019): Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts, Berlin.
- Ziegler, Holger (2016): Prävention und soziale Kontrolle, in: Scherr, Albert (Hrsg.): Soziologische Basics. Eine Einführung für pädagogische und soziale Berufe, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 247–256.
- Zimmermann, Gillian/Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz (2021): (Rechte) Interventionen in die Offene Kinder- und Jugendarbeit: Die Inszenierung «Politischer Sterilität» und ihre Konsequenzen für die Praxis, in: Gille, Christoph/Jagusch, Birgit/Chehata, Yasmine (Hrsg.): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit, Weinheim/München, S. 191–204 (im Erscheinen).

## **DIE AUTOR\*INNEN UND HERAUSGEBER\*INNEN**

Der **Arbeitskreis Anastasia** hat sich 2018 aufgrund der erhöhten Aktivitäten und der verstärkten Ausbreitung der rechtsesoterischen Anastasia-Bewegung gegründet. Er sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Rechercheergebnisse über diese Esoterikströmung zusammenzutragen und in Vorträgen und Workshops über sie aufzuklären. Weitere Informationen unter: [anastasia.blackblogs.org](http://anastasia.blackblogs.org).

**Errol Babacan** ist Gesellschaftswissenschaftler. Er arbeitet an der Universität Münster am Institut für Soziologie am Lehrstuhl «Sozialwissenschaftliche Erforschung des Islam im Europa des 20. und 21. Jahrhunderts».

**Peter Bierl** ist Journalist und Mitglied der Gewerkschaft ver.di. Von ihm sind zuletzt erschienen «Die Legende von den Strippenziehern. Verschwörungsdenken im Zeitalter des Wassermanns» (2021) und «Die Revolution ist großartig. Was Rosa Luxemburg uns heute noch zu sagen hat» (2020).

**Ellena Bologna** und **Enrique van Uffelen** sind Autor\*innen eines Recherche- und Dokumentationskollektivs, das sich mit dem Vorhaben zusammengeschlossen hat, Gerichtsprozesse mit Bezug zu islamistischen oder völkischen Tathintergründen zu beobachten, zu analysieren und in einen gesellschaftspolitischen Kontext einzuordnen. Kontakt: [rnaf@riseup.net](mailto:rnaf@riseup.net).

**Sonja Brasch** ist freie Journalistin und politische Bildnerin. Sie ist bei NSU-Watch Hessen aktiv und arbeitet zu extrem rechten Strukturen und rechtem Terror in Hessen. Texte von ihr finden sich u. a. bei NSU-Watch und in der *Lotta – antifaschistische Zeitschrift für NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen*.

**Julika Bürgin** ist Professorin mit Schwerpunkt Bildung am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt. Sie ist aktiv im Forum kritische politische Bildung.

**Friedrich Burschel** ist Historiker und Politologe und arbeitete bis August 2021 als Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen und Ideologien der Ungleichwertigkeit an der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Kira Güttinger** ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet im Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Christoph Kopke** ist Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

**Juliane Lang** arbeitet wissenschaftlich und in der politischen Bildungsarbeit zu Themen rund um Rechtsextremismus und Geschlecht.

**Michael Nattke** ist Fachreferent im Kulturbüro Sachsen e. V., dem Träger der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Bundesland. Seit über 20 Jahren beschäftigt er sich mit organisiertem Neonazismus und rechten Einstellungen in Ostdeutschland.

**Nils Schuhmacher** ist Kriminologe und als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Kriminologische Sozialforschung an der Universität Hamburg tätig.

«Die zurückliegenden Jahre waren weltweit geprägt von einem Erstarren der antiliberalen, autoritären und extremen Rechten, durch rechte Terroranschläge und das Auftauchen einer rechtsaffinen bis offen rechten Anti-Establishment-Bewegung, die sich im Zuge der Coronapandemie zusammenfand. Mit einem globalen autoritären Sog, der Anfang Januar 2021 in den USA mit dem Sturm eines rechten Mobs auf das Kapitol einen bedrohlichen Höhepunkt fand, kann von Dynamiken gesprochen werden, die westliche Demokratien ebenso wie viele andere, teils vorher schon instabile Staaten weltweit in Schieflage bringen.»

Vorbereitungskreis des Gesprächskreises Rechts